

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 48 (1970-1971)

Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Christian Rentsch, Werner P. Troxler, Michel Tchang

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telefon 47 75 30
Auflage: 18 500

Druck und Versand:
Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG,
Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50

Inserate:
Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37
8001 Zürich, Telefon 23 83 83

Friedensforschung: Wie ist der Friede machbar?

Der Krieg als kalkulierte und gezielte Gewaltanwendung im Konflikt zwischen Nationen – komprimiert in der lapidaren Sentenz von Clausewitz' »Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« – zeigte eigentlich zum ersten Mal in den »Automatismen« zu Beginn des Ersten Weltkrieges seine begrenzte instrumentale Manipulierbarkeit. Im Mechanismus der Gewaltpolitik, im illusionären Gleichgewicht von Drohung und Gegendrohung gefangen, verloren die Nationen teilweise die Kontrolle über das – nach der Theorie – rational zu handhabende Gewaltpotential. In den ersten Versuchen der zwanziger Jahre, die Sicherheit, den »Frieden« kollektiv zu bewahren (Völkerbund) und in der moralischen Ächtung des Krieges (Brand-Kellogg-Pakt) reflektierte sich das vage Bewusstsein, dass nur noch globale Kooperation zur Aufrechterhaltung des Friedens imstande sei. Die Konzeption der *kollektiven Sicherheit* wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges, modifiziert sowohl durch die neue globale Machtverteilung als auch durch die aufgearbeiteten negativen Erfahrungen mit dem Völkerbund, in Gestalt der UNO wieder aufgenommen. Die Atombombe schliesslich – als mögliche totale Vernichtung – entstabilisierte vorübergehend den eingeschiffenen Bezugsrahmen der Gewaltandrohung als rationales Mittel der Aussenpolitik und trug – als Reflex auf die totale Bedrohung – auf der Ebene des Individuums

zur existentialistischen Verunsicherung bei (1).

Die Lähmung der Strategien aber war von kurzer Dauer – die Gewalt als Mittel der zwischenstaatlichen Beziehungen wurde wieder denkbar gemacht. Das qualitativ neue Gewaltpotential erfuh eine scheinbare Durchnormalisierung, indem man es in den alten Bezugsrahmen konventioneller Gewaltpolitik einbezog (2). Das Ziel dieser Gewaltdifferenzierung war das lückenlose Gleichgewicht, das immer wieder durch die rüstungstechnischen Innovationen des Gegners entstabilisiert wurde und immer noch wird. Um aus diesem Circulus vitiosus auszubrechen, kommt so den Gesprächen über Abrüstung, Rüstungskontrolle oder wenigstens Rüstungswettlaufbeschränkung (z. B. SALT-Gespräche, Nonproliferationsabkommen) grosse Bedeutung zu. Allerdings – dies wird oft geflüchtig übersehen – Rüstungswettlaufbeschränkung, Rüstungskontrolle ist nicht Abrüstung und an sich noch keine Ueberwindung der Rüstungsgesellschaft und ihrer Kosten; für den Moment resultiert daraus nur das Einfrieren des von den Supermächten kontrollierten Status quo mit einer quantitativ reduzierten Wahrscheinlichkeit des totalen Zusammenstosses (3). Unter der Schutzglocke des atomaren Patts andererseits wuchert der konventionelle Krieg in beispielloser Perfektion weiter.

Gleichheit und Gerechtigkeit, auszufallen und in Theorien über akzelerierten sozialen Wandel aufzuheben.

Es werden somit zwei Dimensionen sichtbar: die der *Theorie* (a) und die der *Praxis* (b). (a) Friedensforschung ist keine monolithische Wissenschaft wie z. B. die Physik. Sie geht ihre Untersuchungsobjekte, also Individuen, Gruppen, Gesellschaften, von verschiedenen Seiten an, d. h. sie umfasst Forschungen auf verschiedenen Teilgebieten von mehreren untereinander noch kaum integrierten Disziplinen (Soziologie, Psychologie, Ökonomie, Völkerrecht usw.). Friedensforschung ist also als Oberbegriff zu verstehen, unter dem verschiedene Wissenschaften (vor allem Sozialwissenschaften) in interdisziplinärer Zusammenarbeit an der Lösung einer zentralen Aufgabe arbeiten, nämlich ... die Bedingungen herauszufinden, die den Frieden im negativen Sinn (kein Krieg) wie im positiven Sinn (Integration, Zusammenarbeit) verhindern oder ermöglichen« (Galtung) (5). – Diese Notwendigkeit, die einzelnen Disziplinen in eine ausreichend stimulierende Umgebung einzubetten, die die Chance des Austauschs relevanter Information untereinander erhöht, findet ihren Niederschlag in der Forderung nach einem geeigneten organisatorischen Rahmen, z. B. in der Forderung nach der Schaffung eines Friedensforschungsinstituts (Postulat Arnold). Sozialforschung jedoch – an sich eine Trivialität – entlarvt nicht allzu selten das Selbstverständliche als ideologisches Konglomerat, legt die »orten scheinbar gerechtfertigte Ansprüche als nichtlegitimiert bloss. Als Reaktion auf diese Entschleierung können sich Pressionen von seiten derjenigen einstellen, deren Legitimierung durch die Forschung in Frage gestellt wurde. Die Gewährleistung der Unabhängigkeit von derarti-

gen handfesten »ausserwissenschaftlichen« Interessen ist daher eine zentrale Dimension des zu schaffenden institutionellen Rahmens.

(b) Bestehen einmal konsistente Theorien, die sich in rationale Handlungsanweisungen übersetzen lassen, so stellt sich sofort die Frage: Welche gesellschaftliche Gruppe vermag die je relevanten Variablen und Randbedingungen zu manipulieren? Die Mächtigen werden wohl mit allen Mitteln versuchen – dank der Kontrolle über gewisse relevante Faktoren wahrscheinlich mit Erfolg –, den Status quo mittels »tension management« irgendwelcher Art zu halten oder gar für sich zu verbessern. So können die Erkenntnisse der »Friedenswissenschaften«, obwohl – dies einmal als gegeben vorausgesetzt – in einem von äusseren Pressionen freien, intern selbst herrschaftsfrei strukturierten institutionellen Rahmen produziert, als Herrschaftswissen missbraucht werden. Friedensforschung hat daher, will sie mehr sein als Magd der Mächtigen oder Alibi des Systems, selbst über Approaches zu einer emanzipatorischen Praxis zu reflektieren.

Heil dir Helvetia

Wo liegen nun die Aufgaben und Chancen eines Kleinstaatens wie der Schweiz auf dem Gebiet der Friedensforschung? – Die staatspolitische Neutralität, das Sicheraushalten aus den strategischen Konzeptionen der Grossmächte (wenigstens offiziell), ist ambivalent: Einerseits besteht die Gefahr des Sichabschliessens, der geistigen Igelbildung (negative Neutralität); andererseits erwächst aus diesem Absichtsdenken gerade die Chance einer vermehrten Offenheit, die Chance für die glaubwürdige internationale humanitäre (im weitesten Sinne) Initiative (positive Neutralität). Heute nun könnte der Schwerpunkt dieser humanitären Initiative auf der Friedensforschung liegen. Wenn hier nun die Grundlagen für eine aktive Friedenspolitik erarbeitet werden sollen, ist allerdings auch die beschränkte nationale Sehweise hinter sich zu lassen. Erforschung der schweizerischen Möglichkeiten, Konflikte vom eigenen Land fernzuhalten, also Friedensforschung als Organ einer umfassenden Landesverteidigung, als Bestandteil einer nationalen Strategie, dies wäre fatale Selbstbescheidung, engte die globale Perspektive allzusehr ein; das Argument, das zweite sei im ersten Ja aufgehoben, überzeugt nicht. Dem ungestümen Drang, eine »schweizerische« Friedensforschung sofort auf die naheliegendsten Ziele zu konkretisieren, wird man daher mit Vorbehalten und Zweifeln zu begegnen haben. Des weitern ist – wie schon weiter oben ausgeführt – mit allen Mitteln zu verhindern, dass ein allfälliges Friedensforschungsinstitut in irgendeinen organisatorischen Zusammenhang mit einer militärischen Institution gebracht wird. Gerade weil Frieden sich als Allgemeininteresse bestimmen lässt, wäre es höchst fatal, wenn sich partikuläre Ansprüche (sei es von seiten der Militärs oder der Wirtschaft), verschleiert als Allgemeininteresse, in den Forschungsprozess übermächtig einschalten könnten. Der Bundesrat hat vor kurzer Zeit Alt-Botschafter Roy Ganz beauftragt, eine Projektstudie für die Schaffung eines »Instituts für Konfliktforschung und Friedenssicherung« (7) auszuarbeiten. Man dürfte auf das Ergebnis nicht wenig gespannt sein. Rolf Nef Lit.

Literatur

- (1) siehe Karl Jaspers, »Die Atombombe und die Zukunft der Menschheit«.
- (2) siehe Dieter Senghaas, »Kritik der Abschreckung«.
- (3) Ekkehart Krippendorff (Hrsg) »Friedensforschung«, S. 15.
- (4) Kenneth Boulding, »Beitrag zu einer Friedenstheorie«, S. 72, in (3)
- (5) Jürgen Horlemann, »Modelle der kolonialen Konterrevolution«, S. 154 f
- (6) Johan Galtung, »Friedensforschung«, S. 519, in (3)
- (7) »National-Zeitung« Nr. 268/70

IN DIESER NUMMER

Lausanner Modell	2
Studentenberatung	3
England: Hochschule und Tradition	5
Entwicklungshilfe	9
Film: La Battaglia di Algeri	
Le petit soldat	11
SONDERBEILAGE	
HOCHSCHULPLANUNG:	
Eindimensionale oder strukturelle Planung?	13–25

Redaktionsschluss: 1. Oktober

Liebe Leser,

der »Seisser Sommer fand nicht statt. Ein Semester geht zu Ende, das keine nennenswerten Höhepunkte aufzuweisen hat, sieht man von der »Altaubesetzung« ab, die nur eine kleine Anzahl Studenten zum Mitmachen verlockte, dafür von der Presse um so pompöser hochgespielt wurde.

Für den »zsa« war dieses Semester mehr als nur eine Amtsperiode mit vier Nummern. Die Meinungsverschiedenheiten im Februar und die getroffenen Vereinbarungen mussten ihren Wert beweisen. Und sie taten dies nicht schlecht: Die revolutionären Töne wichen weitgehend objektiven Betrachtungen. Der Wille, in Koexistenz eine Zeitung zu gestalten, andere Meinungen zu tolerieren und auch intern sich um eine faire, kameradschaftliche Zusammenarbeit zu bemühen, prägte die verschiedenen Nummern unserer Zeitung. An der unterschiedlichen Qualität liess sich der jeweilige Grad der redaktionellen Harmonie messen. Doch gerade dass es möglich war, trotz politischer Verschiedenheit, trotz ungleicher Grundauffassung von Sinn und Zweck einer Zeitung, regelmässig mit gehaltvollen Nummern zu erscheinen, beweist, dass Toleranz und Dialog keine leeren Worte sind. Eine Zeitung, so meine ich, muss nicht nur Vorkämpferin, Trägerin einer Idee sein, sondern auch als Vorbild dienen, wie für eine Sache eingestanden werden muss. Ihrer Verantwortung bewusst, sucht sie die objektive Darstellung, ohne ideologische Färbung, ohne emotionale Korrektur. Ob sich diese Idee einer Zeitung endgültig durchsetzen wird, hängt von der kommenden Neuwahl ab: Christian Rentsch tritt auf Ende dieses Semesters zurück. Nach mehr als vierjähriger Tätigkeit will er einem neuen Mann seinen Platz überlassen. Mit ihm verliert der »Zürcher Student« einen Redaktor, dessen grosser Einsatz und die echte Begeisterung am Zeitungsmachen unserem Organ sein Gepräge gaben. So hat der »Zürcher Student« für die studentischen Forderungen gekämpft, lautstark und heftig, denn Hochschulpolitik bedeutet für Christian Rentsch mehr als nur Hobby, sie ist geradezu zur Trägerin seiner Weltanschauung geworden. Gerade sein politisches Engagement hat immer wieder Zündstoff in die Redaktion gebracht, der – etwas entschärft – den Artikeln dann die gesunde Frische gab, die sich eine studentische Zeitung wohl erlauben darf.

Auch wenn wir uns lange nicht immer einig waren, hat eben diese Gegensätzlichkeit beweglich, grosszügiger gemacht. Oft entsprang die »gute Idee« aus einer langen Diskussion, entstanden Kompromisse, die mehr als falsche Zugeständnisse waren.

Vielleicht wird sich im neuen Semester einiges im »zsa« wandeln, wenn mehr als zwei Redaktoren faktisch die Zeitung gestalten. Aber dann wird Christian Rentsch nicht mehr dabei sein. Leider.

Werner P. Troxler

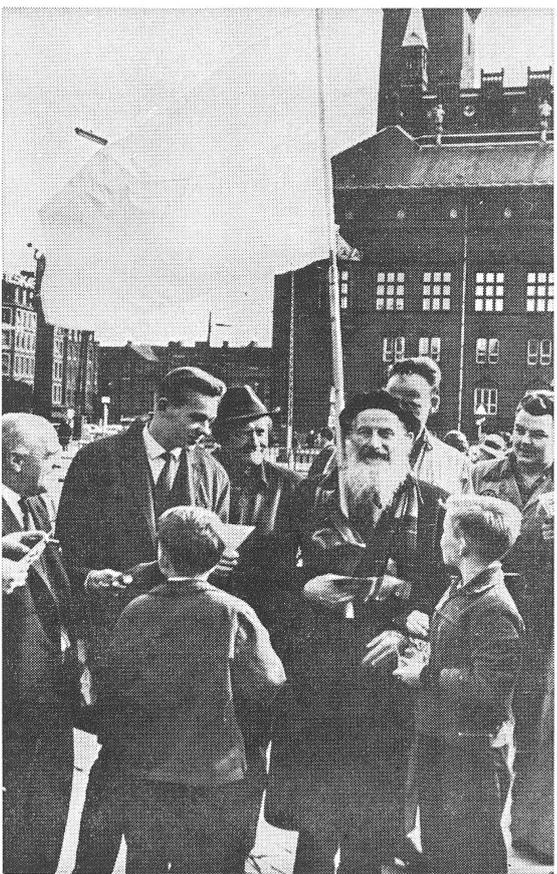
Spannung als gesellschaftliches Strukturmerkmal

Die gesellschaftliche Struktur produziert dadurch, dass sich ihre aufeinander bezogenen Elemente in unterschiedlichem Masse verändern, Spannungen, die sich in Konflikten manifestieren. Diese Spannungen finden sich auf allen Ebenen, also auf dem Niveau der Individuen, der Gruppe, der Gesellschaft, und sind auf irgendwelche Art miteinander verknüpft. Die Einheiten, die solche Spannung erfahren, werden versuchen, sie abzubauen. Somit existiert in der Struktur ein dynamischer Faktor, d. h. die Spannungen initiieren Wandel und Anpassungsvorgänge. Betrachtet man das System der Nationen, so kann eine mögliche Reaktion nach aussen auf erfahrene Spannung auf einem Kontinuum mit den Extremen totale Passivität – totale gewalttätige Aktivität festgehalten werden. Totale Passivität wird zur Desintegration des Systems führen, wird daher als rationale Politik ausser Betracht fallen; totale gewaltsame Aktivität andererseits abstrahiert von der Tatsache, dass die betrachtete Nation sich selbst in einem strukturierten internationalen System und nicht in einem Vakuum befindet. Auf dem oben erwähnten Kontinuum wird es also Schwellenwerte geben. Werden diese beim Versuch, die Spannung zu lösen, überschritten, so bedeutet das Krieg, zuerst konventionellen, dann – nach weiterer Eskalation – nuklearen. Spielt sich die Lösung der Spannung unterhalb des ersten Schwellenwertes ab, so kann man dieses Vorgehen als »friedlich« bezeichnen. Frieden ist also dynamisch zu verstehen, als eine mögliche Form sozialen Konflikts, als »idealer Konflikte (Boulding) (4).

Friedensforschung als multidisziplinäre Wissenschaft

Konfliktforschung oder – in umfassenderem Sinne – Friedensforschung wird nun versuchen, Theorien zu entwickeln, deren Kenntnis einem erlauben, die Konflikte unter dem oberen und – in geringererem Masse – unter dem unteren Schwellenwert zu halten. Dies impliziert fürs erste eine Stabilisierung der bestehenden Machtverteilung, d. h. die – wenn auch nur vorläufige – Akzeptierung der »imperialen Pax« (Frei). Aus welchen Motiven z. B. das Pentagon sozialwissenschaftliche Befriedungsstudien durchführen lässt, zeigte ja das durch Zufall bekanntgewordene Projekt »Camelot« (5). Eine »emanzipatorische« Konfliktforschung hätte aber

diese Spannung zwischen der Forderung nach »friedlichem Konflikte« und dem Willen der unterprivilegierten Nationen, im internationalen System aufzusteigen, einem Willen, der irgendwie assoziiert ist mit der Forderung nach



Ist Chancengleichheit der Chancengleichheit gerecht?

Antwort auf Gerold Bührers Kritik am Lausanner Modell

Wir einmal in der Rolle von Reaktionären. Von doppelten Reaktionären sogar. Von doppelten Reaktionären, indem wir auf eine Reaktion reagieren. Dass das notwendig ist, hat Gerold Bührer in seinem Artikel »Kritik am Lausanner Modell« bewiesen. Nach der intensiven Diskussion um diesen Vorschlag, nach Erscheinen der umfassenden Broschüre scheint ihm der Stellenwert dieses Modells noch immer nicht klar zu sein.

Der Ansatzpunkt zur Kritik, den Gerold Bührer gewählt hat, ist nämlich von vornherein falsch gewählt. Er ist falsch, weil er dem LM einen falschen Stellenwert zuordnet. Nur aus diesem falschen Verständnis heraus ist die Kritik zu verstehen. Bührer geht davon aus, dass das LM einer Weiterentwicklung der Stipendien gleichkommt und untersucht das Modell auf Konformität mit der heute geltenden Ordnung, mit dem heute geltenden Verständnis von staatlichen Studienhilfen. Dass er dabei auf einige Differenzen stösst, ist selbstverständlich. Er vergisst dabei, dass das LM keine Weiterentwicklung des Stipendienwesens ist. Er übersieht, dass bereits der Untertitel der Broschüre »Projekt einer neuen Art der Studienfinanzierung« heisst. Das LM baut entscheidend auf den qualitativ neuen Postulaten *Elternunabhängigkeit* und *Beitrag zur Verwirklichung der Chancengleichheit* auf und versteht sich unmissverständlich als Alternative. Als Alternative zur heutigen Regelung. Eine Lösung, die den Status quo (»bestehende marktwirtschaftliche Ordnung«, »föderative Ordnung als staatspolitische Maxime etc.) erhalten will, ist alles mögliche, nur keine Alternative, ist sicher nicht das, was das Lausanner Modell sein will. Aus diesem Gesichtswinkel, mit diesem Stellenwert, der dem LM zugeordnet werden muss, ist diese Kritik zu verstehen.

»Es kann nicht als gerecht betrachtet werden, wenn der finanzielle Stärke vom Staat die gleichen finanziellen Leistungen erhält. In Fällen familiärer Schwierigkeiten sollen die Studierenden reicher Eltern in den Genuss von Darlehen kommen, wie dies bereits heute der Fall ist.«

Betrachten wir diesen Einwand unter dem Postulat der Elternunabhängigkeit und erweitern es im Sinn der Unabhängigkeit von allen sachfremden Instanzen. Dann wird klar, dass die »marktwirtschaftliche Gerechtigkeit« einer andern Gerechtigkeit widerspricht. Es ist nämlich nicht einsichtig, wieso ein Student, der zufälligerweise reiche Eltern hat, mit ihnen aber nicht auskommt und infolgedessen auch nicht unterstützt wird, eine andere Ausgangsbasis haben soll als irgendein anderer. Es ist nicht einsichtig, wieso er für eine Situation bezahlen soll, in die er ohne eigenes Verschulden hineingeraten ist.

Das erwähnte Argument kann schon deshalb nicht gegen das Lausanner Modell verwendet werden, weil eine Intention genau in der Erfassung solcher Fälle liegt. Leute aus reichen Familien ohne familiäre oder interne Schwierigkeiten sowie Studierende aus finanziell schwachen Schichten haben erfahrungsgemäss die kleinsten Schwierigkeiten, ihr Studium zu finanzieren. Die grössten Probleme tauchen bei Studenten aus der Mittelschicht auf, die knapp kein Stipendium mehr erhalten, und bei Kindern aus Familien, bei denen die Finanzierung des Studiums an gewisse Bedingungen geknüpft wird. In dieser Situation fällt die Elternabhängigkeit ganz besonders ins Gewicht, hier wird das Postulat nach Unabhängigkeit relevant. Solche Zustände möchte das LM verhindern helfen. Auf diese Weise kann man höchstens dann argumentieren, wenn man die Notwendigkeit der Unabhängigkeit im Studium verneint.

»Der Nachweis der Immatrikulation als einziges Kriterium für eine Darlehensabgabe ist nicht ausreichend.«
»Die elterliche Abhängigkeit darf nicht wie im vorgeschlagenen Modell durch eine staatliche ersetzt werden.«

Das deutet einen offensichtlichen Widerspruch an. Abgesehen davon, dass es sich beim LM nicht um ein Darlehen im juristischen Sinn handelt (Begründung in der Broschüre auf Seite 92), wird auch hier wieder nicht aus der Sicht der möglichen Alternative argumentiert, sondern nur unter Be-

rücksichtigung des Status quo. Es ist ein Grundpostulat des LM, dass die Elternabhängigkeit nicht durch eine andere ersetzt wird. Die Eltern- und Staatsunabhängigkeit ist jedoch nur gewährleistet, wenn keine Leistungskontrolle von der geldgebenden Stelle ausgeübt wird, wenn die Finanzierung nicht an eine Bedingung, wie z. B. das Wohlverhalten, geknüpft ist. Eine Leistungskontrolle muss, wenn überhaupt und in welcher Form auch immer, von der Hochschule und nicht von sachfremden Instanzen unter Verwendung von sachfremden Kriterien ausgeübt werden. Das heisst also, dass der Nachweis der Immatrikulation als Kriterium genügt, weil die Immatrikulation in diesem Sinn aufgewertet werden muss. Dass Studenten, die vom Staat unterstellt werden, andern Kriterien unterliegen als solche, deren Studium von den Eltern finanziert wird, zeigt eine krasse Rechtsungleichheit. Das heisst nichts anderes, als dass der Stipendiat, um die Worte Gerold Bührers zu gebrauchen, »in seiner Arbeit der Gesellschaft einen Dienst erweisen muss«, während für den andern »Wissenschaft und Forschung weiterhin einen nur individuellen Wert« haben kann. Wie unsinnig diese Tatsache ist und wie notwendig Durchsetzung der Postulate der Eltern- und Staatsunabhängigkeit sind, brauche ich wohl weiter nicht auszuführen.

»Die dem Rückzahlungsmodus zugrunde liegende Absicht der Nivellierung der Akademikerlöhne entspringt einem der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht konformen Ansatz.«

Auch diese Kritik kann nur aus dem falschen Verständnis des Lausanner Modells verstanden werden. Weil das LM eine Alternative zum heutigen Stipendienwesen darstellt, impliziert es eine Alternative zu einem Teil der heutigen marktwirtschaftlichen und sonstigen Ordnung. Zu seiner Durchsetzung ist eindeutig eine Verfassungsänderung notwendig. Eine Verfassungsänderung, die nur durch eine Volksabstimmung vorgenommen werden kann. Die Volksabstimmung ist ein Mittel in der Hand des Volkes, durch das einerseits mate-

rielle Beschlüsse gefasst werden können, durch das andererseits aber auch unsere Verfassung und damit die gegenwärtige Ordnung ganz oder teilweise geändert werden kann. Wer nun ein solches Argument, wie das der Nichtkonformität zur bestehenden Ordnung, gegen ein Modell, das der Volksabstimmung unterworfen werden muss, verwendet, wer die bestehende Ordnung als unumstösslichen Sachzwang betrachtet, bezugt eine etwas merkwürdige Demokratieauffassung.

Wenn wir nun den Artikel unter Abstrich der erwähnten Punkte nochmals durchlesen, bleibt nicht mehr viel an Kritik übrig. Es bleibt vielleicht der Einwand, dass durch die Verwirklichung des LM das Postulat der Chancengleichheit nicht voll erfüllt werde. Es stimmt, dass der Entscheid über die Weiterbildung schon sehr viel früher gefällt wird, dass die Chancengleichheit spätestens beim Entscheid über den Besuch einer Sekundar- oder Mittelschule eine Rolle spielt, dass Kinder aus bildungsarmen Schichten durch psychologische Schranken, nur schon durch sprachliche Barrieren, benachteiligt sind. Es stimmt sogar weiter, dass das LM diese Schranken nicht beseitigen kann. Aber es kann z. B., ähnlich wie das Postulat nach dem grundsätzlichen Gratisunterricht an der Uni, einen Beitrag zum Abbau dieser Schranken leisten. Es kann nämlich das Bewusstsein fördern, dass ein Studium nicht unbedingt mit einem riesigen finanziellen Aufwand verbunden ist, dass eine Hochschulbildung nicht ausschliesslich nur »Goldküstensöhne« vorbehalten ist, dass ein Studium etwas »Normales« ist. Auch dieses Argument kann also nicht gegen das Lausanner Modell verwendet werden. Oder höchstens dann, wenn man nichts von Reformen in kleineren Schritten hält, wenn man glaubt, eine umfassende Chancengleichheit, eine umfassende Bewusstseinsänderung der Bildung gegenüber über Nacht verwirklichen zu können. Oder vielleicht dann, wenn man vom Status quo begeistert ist, wenn man ihn über die Zeit hinweg erhalten will...

Matthias Jäger

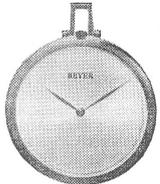


freihofler ag

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik

Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07

Wir bedienen Sie jetzt auf zwei Etagen.



BEYER

Bahnhofstr. 31/Ecke Bärengeasse

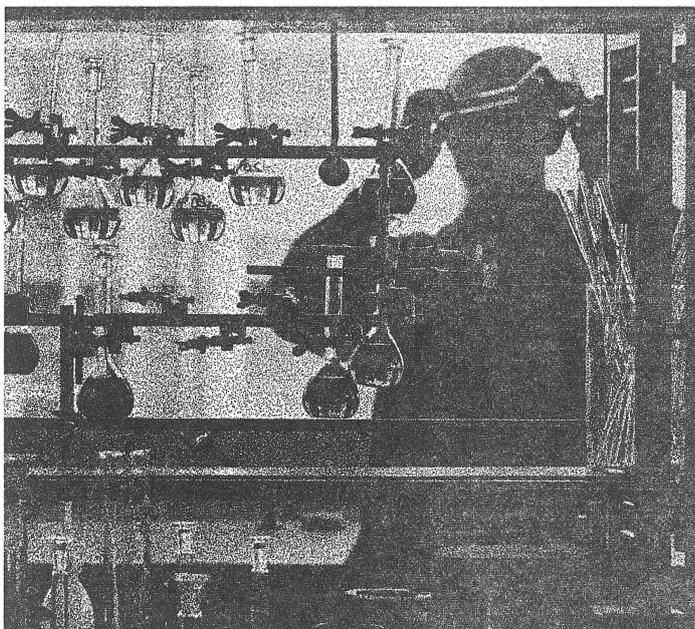
BROWN BOVERI Konzernorganisation 1970

In unserer multinationalen Organisation wird Management Development gross geschrieben.



BROWN BOVERI

Kontaktstelle: Direktor Dr. G. Bütkofer
Chef des Konzernstabes für Führungspersonal
Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie.
5401 Baden/Schweiz



Die chemische Industrie lebt vom Wissen und Können ihrer Mitarbeiter. Denn ihre wichtigsten Rohstoffe sind keine Materialien, sondern Wissenschaft und Technik – und Träger von beiden ist und bleibt der Mensch.

Geigy setzt sich zum Ziel, den Mitarbeitern auf allen Stufen eine faire Chance zu geben, ihr Bestes zu leisten und sich ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu entwickeln und weiterzubilden.

Im Zentrum des Unternehmens steht der Mitarbeiter: seine Zukunft mit Geigy bestimmt die Zukunft von Geigy.

J. R. Geigy A.G., Basel
Farbstoffe
Industriechemikalien
Heilmittel
Produkte für den Haushalt und die Landwirtschaft

Geigy

Studentenberatung

an der
Universität
Zürich

Das Problem der Errichtung von Studentenberatungsstellen an den schweizerischen Hochschulen ist spätestens seit der Verabschiedung des Hochschulförderungsgesetzes unumgänglich geworden, da dieses Gesetz den Kantonen den Aufbau von akademischen Berufsberatungen und Studentenberatungen vorschreibt. Die ersten Schritte, welche die schweizerischen Studentenschaften in dieser Frage unternahmen, datieren denn auch aus dem Sommersemester 1968. Ein Sozialsymposium des VSS befasste sich im Juni 1968 mit der Studentenberatung und gelangte unter anderem zu folgenden Feststellungen: »Der Student steht zwischen den recht verschiedenen Erwartungen der Eltern, der Institution Hochschule und der Gesellschaft: einerseits ist er Träger hoher Erwartungen, andererseits hat er sich in der Hochschule einem verworrenen, die Unterordnung verlangenden System zu unterstellen, was seine Selbstfindung sehr erschwert und zu zahlreichen Rollenkonflikten führt. Schwierigkeiten beim Hochschulstudium dürfen also nicht nur vom Einzelfall her betrachtet werden. Das Beziehungsgefüge, nämlich die pathogene Situation der Hochschule, muss auch ins Auge gefasst werden« (GV St. Gallen des VSS, Dokument S 2, 1968). Mag diese Feststellung auch sehr summarisch sein, so weist sie doch darauf hin, dass Studentenberatung zusammen mit der gegenwärtigen Hochschulsituation gesehen werden muss. Es kann nicht darum gehen, via Studentenberatung bestehende Unzulänglichkeiten des Universitätsbetriebs zuzudecken und die Studenten doch noch zu befriedigendem Arbeitsverhalten zu führen. Wenn nicht beide Pole zusammen gesehen werden, der ratsuchende Student einerseits, die reformbedürftige Universität andererseits, muss Studentenberatung notwendigerweise zur Anpassung an das Bestehende führen.

Studentenberatung an der Universität Zürich

Der GSIR befasste sich schon im Sommersemester 1968 mit Fragen der Studentenberatung und setzte damals auch eine Kommission ein, die sich vornehmlich mit Fragen der Studieninformation für Studienbeginner befasste. Unter anderem beschloss man damals, in der Eingangshalle der Universität zu Beginn des Semesters Informationsstände aufzustellen, an denen ältere Studenten ihren neu Eintretenden Kommilitonen zu Informationszwecken zur Verfügung standen. Die Errichtung einer eigentlichen Studentenberatungsstelle war damit natürlich nicht hinlänglich geworden.

Im Januar 1969 wurde die Frage vom damaligen Rektor der Universität, Herrn Professor Töndury, aufgegriffen. Zur Abklärung des gesamten Fragenkomplexes setzte er eine ihn beratende Kommission ein. Dieser gehörten Vertreter der Studentenschaft, der Akademischen Berufsberatung, der Erziehungsdirektion, der Betreuungskommission für die Studierenden beider Hochschulen, der Stipendienberater, die Studentenseelsorger beider Konfessionen, Vertreter des Psychologischen Instituts und der Psychiatrischen Poliklinik an. Die Kommission versuchte, die mit der Studentenberatung zusammenhängenden Probleme sachlich und

umfänglich zu erörtern sowie Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Im Juli 1969 konnte die Kommission ihre Arbeit abschliessen und in einem Bericht zuhanden des Rektorats ihre Stellungnahme vorlegen.

Studentenberatung im weiteren Sinne

Die Kommission stellte in ihrem Bericht fest, dass für persönliche und allgemeine Studienberatung schon jetzt einige Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen: so die Beratungsstelle für die Studierenden beider Hochschulen, die beiden Hochschulpfarrämter, die Sprechstunden der einzelnen Dozenten und Assistenten und der Rektor selber. In Stipendienfragen steht ein vollamtlicher Stipendienberater zur Verfügung, in medizinischen Schwierigkeiten die Universitätspolikliniken (für psychiatrische Fälle die Psychiatrische Poliklinik). All diese Stellen arbei-

Aufgaben und mögliche Organisation einer Studentenberatungsstelle

Ausgehend vom Umstand, dass die zunehmende Unüberschaubarkeit der Universität institutionalisierte Beratungsformen notwendig macht, stellte die Kommission für die konkrete Organisation einer Studentenberatungsstelle fest:

– Eine solche muss flexibel konzipiert sein, damit sie sich den wechselnden Umständen anpassen kann (eine Hochschule im Übergangsstadium verträglich keine starre Studentenberatungsstelle).

– Die von der Studentenberatung unmittelbar Betroffenen, nämlich die Studierenden, sollen bei der Gestaltung der Studentenberatungsstelle mitbestimmen können.

– Die verschiedenen Bedürfnisse der Studierenden können nicht von einer Stelle allein wahrgenommen werden. Die Koordination und Kooperation mit anderen Beratungsstellen muss also gewährleistet sein.

– Die Probleme der Studierenden sind zum Teil durch die aktuelle Hochschulsituation mitverursacht. Eine Studentenberatungsstelle sollte daher von der Universitätsadministration möglichst unabhängig sein. Das gleiche gilt gegenüber den politischen Behörden.

– Eine gute Zusammenarbeit zwischen Universitätsadministration und politischen Behörden muss aber trotz allem möglich sein.

– Schliesslich wäre es sinnvoll, wenn in Zürich für beide Hochschulen eine gemeinsame Stelle geschaffen würde.

Um nun vor allem die Unabhängigkeit der Studentenberatungsstelle, die Kooperation mit andern Stellen, die Mitbestimmung der an der Studentenberatung unmittelbar Beteiligten sowie ein Zusammengehen mit der ETH zu ermöglichen, wurde vorgeschlagen, einen Verein so zu bilden, dass er die Trägerschaft der Studentenberatung übernehmen würde. Damit wären Unabhängigkeit, Kooperation, Mitbestimmung optimal möglich gewesen.

Der Verein sollte entscheiden, wie er konkret die Studentenberatung aufziehen wollte. Aufgrund ausländischer Erfahrungen rechnet man damit, dass pro 2000 Studenten ein vollamtlicher, psychologisch geschulter Studentenberater angestellt werden müsste. Für

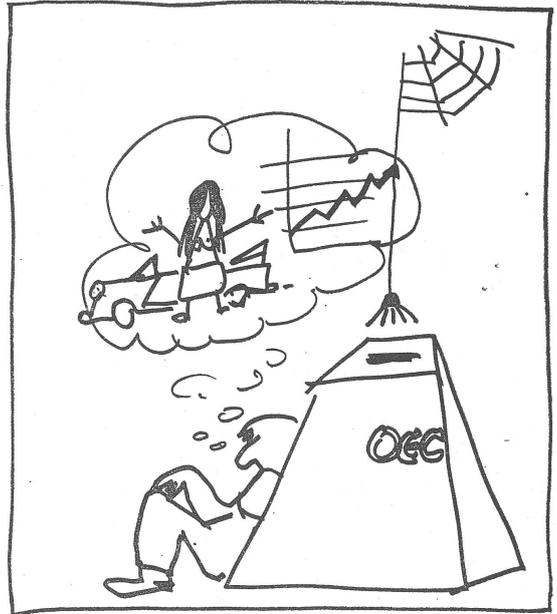
ten schon seit geraumer Zeit. Hinzu kommt, dass die Akademische Berufsberatung neben ihrer eigentlichen Aufgabe, der Mittelschüler- und Maturandenberatung, in zunehmendem Mass auch Studentenberatungen durchführt.

Die Kommission kam im Verlauf ihrer ausführlichen Beratungen zum Schluss, dass die bestehenden Möglichkeiten nicht genügen, um den Bedürfnissen gerecht zu werden. Vor allem fehlt eine Studentenberatungsstelle im Sinne einer psychologischen Beratungsstelle. Wie eine solche Stelle zu errichten wäre, welchen Personalbestand sie haben müsste, welches ihre Aufgaben sein müssten, waren die Fragen, welche die Kommission schliesslich am meisten beschäftigten. Relativ bald war man sich einig, dass es sinnvoll wäre, in Zürich für ETH und Uni eine gemeinsame Stelle zu schaffen, da die in einer psychologischen Beratung relevanten Probleme sich an beiden Orten ähnlich stellen.

Vorläufig steckengeblieben

Soweit die Überlegungen der Kommission, wie sie im Sommer 1969 vorgelegen haben. Mittlerweile ist die Entwicklung anders verlaufen, als die Kommission sich damals vorgestellt hat. Vor allem hat die ETH einen Studienberater angestellt und ist, zum mindesten kurzfristig, kaum bereit, zusammen mit der Uni eine Studentenberatungsstelle ins Leben zu rufen. Es soll aber darauf hingewiesen werden, dass das, was an der ETH eingeführt worden ist, nicht dem entspricht, was unter Studentenberatung verstanden wird. Auch mit dem Einsatz eines Studienberaters sind die Fragen, welche eine psychologische Beratung erfordern, nicht erledigt. Vielmehr bleiben sie ausgeklammert, kommen gar nicht zur Sprache, da sie sich fein hinter studententechnischen Fragen verdecken lassen. Wenn mit Studentenberatung Ernst gemacht werden soll, dann genügt es auf die Dauer nicht, einen einzelnen Mann anzustellen. Den gestellten Aufgaben kann nur ein Team gerecht werden, welches die Möglichkeit hat, die in der Einzelberatung anfallenden Daten und Erfahrungen systematisch zu verwerten und für die Veränderung der Universität fruchtbar zu machen. In diesem Sinne müsste einer Studentenberatungsstelle, zum mindesten im jetzigen Zeitpunkt, die kritische Funktion zukommen, die vielleicht später einmal Bildungsforschungsinstitute übernehmen.

Martin Michel



Die schweigende Mehrheit schweigt, weil sie schläft . . .

Die Neuwahlen für den GSIR mussten für die Oekonomen auf den Anfang des nächsten Semesters verlegt werden. Grund: für die freigewordenen Sitze liessen sich keine Kandidaten finden . . .

Zur Urabstimmung an der ETH

Lausanner Modell

Befürwortest du eine Ausbildungsförderung, bei der die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Eltern nicht massgebend sind?

Befürwortest du die Gleichstellung der mündigen Schüler mit den Studenten in bezug auf die Ausbildungsförderung?

Befürwortest du eine Abschaffung der Studien- und Prüfungsgebühren an der Universität?

Befürwortest du die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung der Ausbildungsförderung nach den obengenannten Grundsätzen des Lausanner Modells des VSS?

Ergebnis:	
Ja	1317
Nein	253
leer	26
ungültig	8
Total	1604

DC-Beschlüsse

Willst du folgende DC-Beschlüsse annehmen:

»Der VSETH-Vorstand distanziiert sich von jedem Schritt in bezug auf die Beratung des ETH-Gesetzes im Parlament?«

Ergebnis:	
Nein	1056
Ja	451
leer	77
ungültig	8
Total	1592

»Der VSETH siliert seine Vertretung in der Expertenkommission?«

Ergebnis:	
Nein	1082
Ja	418
leer	84
ungültig	8
Total	1592

Die heile Welt ist bewahrt, das Lausanner Modell angenommen, aber an echten Lösungen fehlt es weiterhin . . .

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG
WURZEL

Mühlegasse 19

bei der Zentralbibliothek

Telephon 32 14 80

DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache



Apotheke Oberstraß Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstraße 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker

In nur 14 Stunden blind maschinen- schreiben!

(Oder in 12 Stunden Ihre Schreibgeschwindigkeit um 100 Anschläge steigern!)

Mit der revolutionären Sight + Sound Methode kann das heute jedermann. Dazu einzigartige Vorteile:

- Kein Üben zu Hause
- Keine eigene Maschine nötig
- Kein Bücher- und Lehrmittelkauf
- Alter und Vorbildung gleichgültig
- Freie Wahl der Kursstunden zwischen 8 und 20 Uhr
- Täglich eine Stunde
- Anfängerkurse beginnen täglich
- Schnellschreibkurse beginnen 10mal täglich
- Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten, Familien und AHV-Bezüger

Überzeugen Sie sich selbst!
GRATIS-DEMONSTRATION jeden Montag und Donnerstag um 18 und 19.15 Uhr, Mittwoch 16 Uhr

SIGHT + SOUND EDUCATION

SWITZERLAND SA



Löwenstr. 23, 8001 Zürich, Tel. 27 15 00 und 27 02 21

Einen guten Job für die Semesterferien,

Warum nicht pickeln, schaufeln und Karetten schieben an frischer Luft? Wir suchen robuste, kräftige Aushilfen und sind nicht knauserig: Fr. 7.50 Stundenlohn (Zulagen, Ferienschädigung usw. inbegriffen). Zimmer im Werkgebäude vorhanden.

Richard Schiess AG, Strassenbau
Algierstr. 17, 8048 Zürich-Altstetten
Tel. (051) 62 17 70

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80



FACIT TP-2 — die einzige
Portable der Welt mit
«mechanischem Gedächtnis»!
Schöne Schriften. Eleganter
Koffer. Erhältlich durch die
«Zentralstelle der Studenten-
schaft» und durch die SAB.

FACIT

8021 Zürich, Löwenstrasse 11, Telefon 051 27 58 14
Verkauf auch durch die Fachgeschäfte

Besser geht's mit Coca-Cola



COCA-COLA und COKE sind eingetragene Marken

REFRESCA AG, ZÜRICH, konzessionierter Fabrikant für die Rayons Zürich und St. Gallen

gestern heute morgen

Seit der Jahrhundertwende hat sich Landis & Gyr zum größten Unternehmen des Kantons Zug entwickelt: aus einer kleinen Werkstatt mit 12 Leuten zu einem Großunternehmen mit gegen 13 000 Beschäftigten in aller Welt; in Zug allein sind rund 5200 Personen tätig. Heute ist Landis & Gyr die größte Apparatefabrik der Schweiz und schafft Arbeit für mehr als einen Drittel der gewerblich tätigen Bevölkerung des Kantons Zug.

DIE INTERNATIONALE BEDEUTUNG

Die rund 180 Produkte aus den Bereichen Elektrizitätszähler, Fernwirktechnik, Wärmetechnik, Rundsteuerung und Kernphysik werden in über 80 Länder verkauft. Etwa

75 % der Produktion des Unternehmens Zug werden exportiert. Eigene Werke und Verkaufsgesellschaften in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, den USA, Belgien und Australien unterstützen die weltumspannende Verkaufsorganisation in ihrer Arbeit.

AUF DER HÖHE DER ZEIT

Die Ausdehnung des Unternehmens in den vergangenen Jahren und die Aufgaben, die die Zukunft stellen wird, erfordern eine Führung nach modernsten Grundsätzen. Das gilt nicht nur für den Einsatz neuzeitlicher Betriebsmittel. Ebenso wichtig ist der richtige Einsatz der Mitarbeiter aller Stufen. Das man-

nigfaltige Fabrikationsprogramm und die zentralen Aufgaben, die Landis & Gyr, Zug, im Rahmen des Konzerns zu bewältigen hat, erfordern einen großen Stab an qualifizierten Mitarbeitern. Zur Zeit umfaßt er rund 400 Absolventen technischer Hochschulen und höherer technischer Lehranstalten; der technische Fortschritt und das Wachstum des Unternehmens schaffen ständig neue Arbeitsplätze.

AN DER SCHWELLE DER ZUKUNFT

Landis & Gyr hat in der elektromechanischen Meßtechnik Pionierarbeit geleistet. Die Herstellung von Elektrizitätszählern bildete die Grundlage für den erfolgreichen Aufbau aller weiteren Arbeits-

gebiete. Es wurden Steuerungen und Regulierungen für die Elektrizitätsversorgung entwickelt, Regel- und Steuergeräte für Heizung und Lüftung und — als jüngster Zweig — Geräte für die Messung von radioaktiver Strahlung. Die stürmische Entwicklung der Technik stellt neue Aufgaben und verlangt neue Lösungen für das Messen, Regeln, Steuern und Überwachen; mehr und mehr nimmt die Elektronik den Platz der Elektromechanik ein. Die Zukunft verpflichtet: Landis & Gyr will ein Pionier bleiben und die Qualität seiner Produkte hochhalten.

Fabrikationsprogramm: Elektrizitätszähler, Fernwirktechnik, Wärmetechnik, Rundsteuerung, Kernphysikalische Meßgeräte

Landis & Gyr AG
Zug

LANDIS & GYR



Englische Hochschulpolitik

Tradition und Unabhängigkeit



Von Urs Schlumpf, cand. med.

II. Teil und Schluss

Die Stellung der Universitäten Grossbritanniens darf wohl auch in dieser Hinsicht als eine ideale bezeichnet werden. Ist doch ein ausgeglichenes Mass zwischen den deutschen Hochschulen mit weitgehend akademischer Freiheit im Humboldtschen Sinn einerseits und den streng überwachten, fast militanten Colleges (gilt übrigens vor allem für die Medical Schools) der Vereinigten Staaten andererseits erreicht worden. »In Europe rigid discipline is imposed in secondary schools, with the result that students can be given more freedom when they reach the university; but university students have to satisfy more course prescriptions, tests assignments than the students in most European countries. The British student has more freedom than the American but less than the continental students (The Year Book of Education, 1959).

Um die akademische Freiheit steht es insofern nicht schlecht, als man die Individualität des Einzelnen anerkennt, auf seinen eigenen Arbeitsstil und seinen Rhythmus genügend Rücksicht nimmt, indem man einen entsprechend lockeren, unkontrollierten Studienplan schafft. Man versucht, weitgehend von einem überorganisierten, prall ausgefüllten Studienplan zu entlasten, um den Studenten möglichst viel Zeit für das Studium in der Bibliothek und das Experimentieren im Labor offenzulassen. Damit der jüngere Student (Matura durchschnittlich mit 17 Jahren) mehr Zeit gewinnt, seine definitiven Interessen und Fähigkeiten für ein bestimmtes Fachgebiet zu entwickeln, das er schliesslich als Hauptstudienrichtung auswählt, wurde in den vergangenen Jahren ein breiteres Grundstudium eingeführt. Dies gilt vor allem für die geisteswissenschaftliche Fakultät.

Professoren, Dozenten, Tutoren

Einmalig in England ist das Verhältnis von Lehrer zu Studenten, wo es gemäss Robbins' Report durchschnittlich auf acht Studenten einen Professor trifft (Sowjetunion 12:1, USA 13:1, Frankreich 30:1). Die Auffassung eines Lehrerauftrags heisst dort nicht Beschränkung auf eine gewissenhaft vorbereitete und pedantische Vorlesung, sondern heisst auch Führung, persönliches Engagement, spontaner Kontakt mit Studenten, ohne sich etwa allzu jovial aufzuspielen. Vielleicht sind es der bereits erwähnte Humor sowie eine beeindruckende Bescheidenheit, die diesen echten Dialog vom Lehrer zum Schüler erleichtern. Dieses Gespräch mit dem Lehrer soll sich nicht lediglich auf einem wohl korrekten, aber von einem falsch überbetonten Autoritätsbegriff her geprägten, kühl distanzierenden Niveau abwickeln. Dieser falsche Mythos um unabhärrige, halbgottähnliche Lehrer fällt dahin. Dieser so wichtige Dialog, der im Labor, in der Bibliothek oder im Seminarraum beginnt, soll im College resp. Studentenheim, wo auch jüngere Dozenten in speziell arrangierten Appartements wohnen und gleichzeitig mit fast seelsorgerischen Aufgaben und sozialen Verpflichtungen betraut sind, intensiv fortgesetzt werden. »It is here that the pastoral element in a university education is most patently called for. This is a task which cannot just be left to chaplains, it is something in which very many members of staff should have a share« (Sir James Mountford). Amerikanische Gastdozenten sind immer

wieder erstaunt, wie selbstverständlich ihre englischen Kollegen sich auch ausserhalb des eigentlichen Universitätsgebäudes ihren Studenten zur Verfügung stellen, sei es als Tutor, Chaplain, Lodging oder Medical Officer. Jede Universität bemüht sich darum, jedem neuankommenden Studenten einen Tutor, wenn immer möglich einen Hochschuldozenten selbst, zuzuweisen.

Gemeinschaftssinn

Erstsemestrige Studenten werden in Sheffield dazu angehalten oder sogar verpflichtet (je nach Alter), in den offiziellen Studentenhäusern oder bei Familien, die vom Lodging Officer der betreffenden Hochschule selbst angefragt worden sind, zu wohnen. Dadurch soll echte Gemeinschaft das unheimliche und ungemütliche Gefühl, forthin einer anonymen Masse anzugehören, ersetzen. In den uralten Colleges von Oxford und Cambridge wird dieser Gemeinschaftssinn auf eine ganz besondere Art gepflegt und erhalten. Die Einladung eines Studenten zu einem fürstlichen Nachtessen ins Pembroke College in Oxford wird für mich als Kontinentaler ein unvergessliches Erlebnis bleiben. Professoren und Studenten, zwar nach einer streng hierarchischen Ordnung getischt, tafeln dort zusammen und werden dabei von alteingesessenen Kellnern mit Frack und weissen Handschuhen bedient. Die ehrgeizige Atmosphäre der altherwürdigen »Halle« mit den gotischen Fenstern, den langen, glänzenden Eichenholztischen, auf denen in regelmässigen Abständen alte Lämpchen und zierliche Buketts angebracht sind, umgeben von unzähligen, riesigen Oelgemälden berühmter Ahnen und Ehemaliger, kann nicht getreu genug beschrieben werden. Dass hier eine gewisse soziale Kultur und ein Gemeinschaftssinn gepflegt werden, ist nicht eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, sondern ist uraltes, aber bewährtes Traditionsbewusstsein.

In den modernen Studentenhäusern (Halls of Residence) der Civic Universities gibt es stets einen sogenannten »senior common room«, wo Professoren regelmässig für Diskussionen oder kleinere, ganz unformelle Seminare zur Verfügung stehen. Bei dieser Gelegenheit nehmen die Professoren ihre Mahlzeit zusammen mit den Studenten ein. Kaffee, Tee oder ein Imbiss nach einem »staff meeting«, wo immer auch Studenten teilnehmen, war in Sheffield (Medical School) eine Selbstverständlichkeit. »Coffee is a useful lubricant at all meetings of staff and students have been known to say that they prefer it to sherry, which they associate with more formal parties« (G. L. Brook).

Studenten, Vereine und Klubs

Was zuerst angenehm auffällt, ist die spontane, aufrichtige Gastfreundschaft. Ohne berechnende Absicht und mit bewundernswerter Zuvorkommenheit wird den ausländischen Kommilitonen echtes Interesse und Aufmerksamkeit geschenkt. Alles erscheint so natürlich und geschieht in einem vollkommen unformellen und unkomplizierten Rahmen. Dieses entgegenkommende Verständnis beschränkt sich nicht allein auf allfällige sprachliche Schwierigkeiten oder Ratlosigkeit im komplizierten Papierkrieg beim Einschreiben auf der Universität, sondern umfasst Einladun-

gen an Studenten-Parties, ans Dinner eines Rugby-Klubs (unter Studenten der beliebteste Sport), zu Weekendausflügen überall hin. Selbst während der kurzen Osterferien durfte ich die Familien verschiedener Studenten kennenlernen und erlebte dabei immer wieder eine herzliche Gastfreundschaft.

Die leicht erreichbaren und sehr grosszügigen Stipendien des Staates, die phantastischen Wohnverhältnisse für Studenten, die schonende Milde und weitreichende Toleranz der Professoren, das mehr kontinuierliche Prüfungssystem ohne Examenstress-Situationen mit hohen Versagerquoten sowie die Abschaffung der obligatorischen Militärdienstpflicht ermöglichen eine bequeme, unbeschwerte und sorglose Studentenzeit. Die Tatsache, dass die meisten Studenten bereits im Alter von 17 Jahren den A-Level (Advanced level, vergl. mit Matura) absolvieren und die bereits genannten Umstände haben zu einer gewissen Verweilung geführt. Die üblichen Freizeitbeschäftigungen sind eher anspruchslos, eine gewisse kulturelle Interessiertheit kann nicht abgestritten werden. Die Tatsache, dass ja bereits während der zwei letzten Jahre der Grammar School (Mittelschule) auf das gewählte Hochschulstudium hin ausgerichtet spezialisiert wird, mag wesentlich dazu beigetragen haben, dass eine gründliche Allgemeinbildung eindeutig zu kurz gekommen ist. G. L. Brook, schreibt: »It may well be that most students at English universities are in fact too young to derive the full benefit from a university course. The average age of students in many foreign countries is higher than in this country, and the exservice men who came to universities after the second World War made a very favourable impression because of their greater maturity.«

Der Student's Union in Sheffield, einer sozialen und kulturellen Studentenvereinigung, gehört ein moderner, mehrstöckiger Gebäudestrakt, der im Zentrum des Universitätscampus steht und von Studenten selbst verwaltet und organisiert wird. Es befinden sich dort

die geräumige Mensa, zwei Cafeterias, eine Imbissecke sowie eine Bar. Ein Spielsalon, ein Kino- und Theatersaal, ein Fernsehraum, wohnliche Aufenthalts- und Lesehallen bieten den Studenten auch während eines regnerischen Wochenendes die Möglichkeit, sich etwas zu vergnügen und doch unter seinesgleichen zu sein. Im Parterre stehen tadellos geputzte Duschräume sowie Wäscheautomaten zur Verfügung, ein perfekt eingerichtetes Photolabor für Amateure kann zu Spottpreisen benützt werden. Ausserdem gibt es da eine Papeterie mit einem Bücherlager, ein kleines Reisebüro, ein allgemeines Auskunftsbüro und eine Reception mit zwei Portiers. Die grösseren Studentenorganisationen (in Sheffield existieren über 80 studentische Vereine) verfügen im selben Gebäudekomplex über eigene Arbeitsräume und Klublokale. Ein spezielles Komitee für Unterhaltung lädt jeden Samstagabend eine grössere Beatband als Tanzorchester ein. Im eigenen »Council Chamber« finden die Versammlungen der Student's Union, die sich aus mehreren Studentenvertretern konstituiert, statt. Die Mitglieder, die mit recht ver-

antwortungsvollen Aufgaben betraut werden, verwalten die doch finanziell und personell diesen riesigen Apparat, werden auf demokratische Weise von den Studenten aller Fakultäten und Departementen gewählt. Mit Ausnahme des Vizepräsidenten sind sämtliche Vorstandsmitglieder für ein ganzes Jahr von ihrem Studium dispensiert, das bedeutet, dass alle für das jährliche Stipendium von ca. 3000 Franken gleichwohl berechtigt bleiben. Viele der englischen Hochschulen betrachten es als ihre Aufgabe, im Rahmen der Student's Union ein akademisches Stellungsvermittlungsbüro mit eigenem Sekretariat zu unterhalten. Dabei geht es nicht etwa um eine einfache Vermittlungszentrale, sondern vielmehr um eine Beratungsstelle. Es wird dort über die wesentlichen Fragen einer allfälligen individuellen Weiterausbildung und über spezialisierte Fortbildung Auskunft erteilt. Im Stab eines solchen Büros sind nicht nur die Fachleute der einzelnen Departemente, sondern auch leitende Persönlichkeiten aus industriellen und technischen Grossbetrieben, die hier mehr informative Pflichten erfüllen.

Halls of Residence: Luxus für Studenten

Dass ein Student, sobald er den A-Level erfolgreich bestanden hat, das Elternhaus verlässt und ein völlig unabhängiges Leben führt, scheint in England eine Selbstverständlichkeit zu sein. Diese Unabhängigkeit ist nicht rein geistiger Natur, sondern auch gesellschaftlicher und sogar finanzieller Art. 1963 und 1964 haben nur 18,8% aller Studenten bei den Eltern gewohnt, 32% lebten in Colleges oder Studentenhäusern (Halls of Residence genannt) und 50% in eigenen, z.T. durch die Universität reservierten Wohnungen.

Sinn und Ziel dieser komfortablen Wohnverhältnisse für Studenten ist es, die Gemeinschaft unter den Studierenden selbst sowie den Kontakt mit ihren Lehrern zu erleichtern. Ausserdem pflegen englische Kommilitonen während eines Term (vergl. Semester, ein Jahr

umfasst drei Terms: Michaelmas Term, Lent Term, Easter Term) auch über ein Wochenende in der Stadt zu bleiben, wo sie studieren. Das Elternhaus der meisten Studenten befindet sich einige hundert Kilometer entfernt, und zudem gewöhnen die britischen Bahnen nicht die geringste Ermässigung oder gar Sonderabonnements wie hierzulande. Es liegt auf der Hand, dass man mit seinen Studienkollegen zusammen das Weekend verbringt, und so kennt man sich gegenseitig auch besser.

Die imposanten Halls of Residence liegen in Sheffield auf einem mässig bewaldeten, sonnigen Hügel, etwas abseits von der Universität. 25% von 5000 Studenten wohnen in diesen riesigen, aber mit viel Geschmack und Phantasie

(Fortsetzung Seite 7)



Moderne Universitäten: denk' ich an den Strickhof . . .

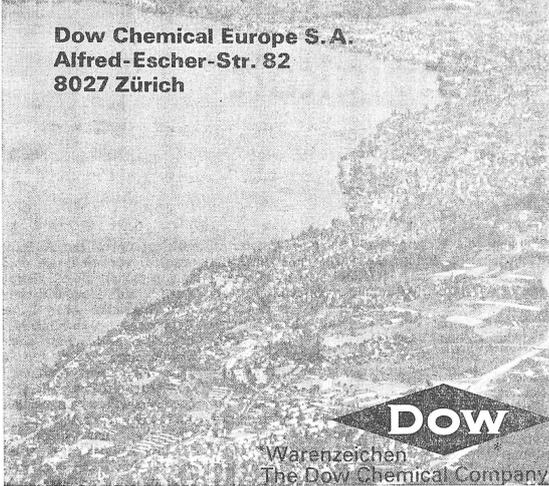
Dow Chemical gehört zu den zehn größten Chemiekonzernen der Welt.

Dow stellt tausend verschiedene Produkte her – chemische Grundstoffe und Spezialprodukte, Metalle und Kunststoffe.

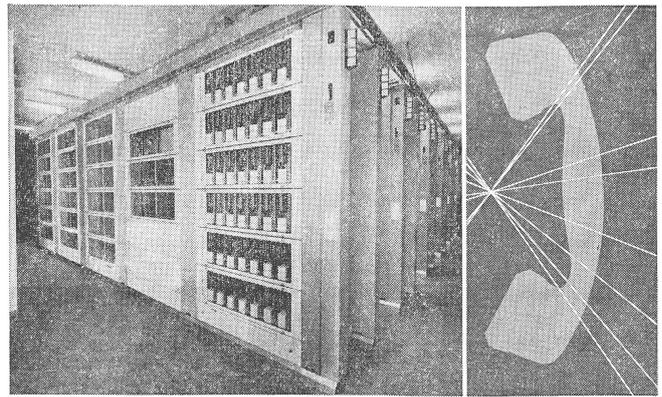
Dow Chemical Europe, 1954 gegründet, hat Büros in 13 Ländern, 10 Fabriken und 3 Laboratorien. In den nächsten fünf Jahren sollen im Rahmen der weiteren Expansion über eine Milliarde Schweizerfranken investiert werden.

Der Hauptsitz der Dow Chemical Europe befindet sich in Zürich, das europäische Zentrallabor in Horgen.

Dow Chemical Europe S. A.
Alfred-Escher-Str. 82
8027 Zürich



DOW
Warenzeichen
The Dow Chemical Company



Präzision und weltweite Erfahrung

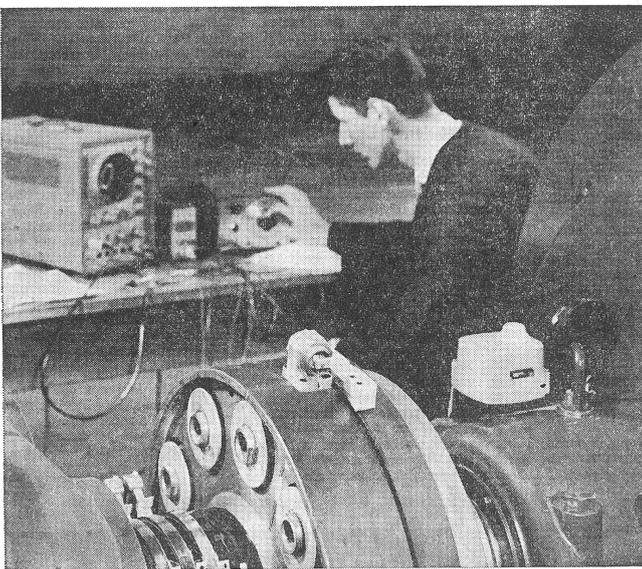
An der Entwicklung der Fernsprechtechnik in der Schweiz hat die STR, mit der Ausführung der Netzgruppen Zürich, Basel und Genf, einen entscheidenden Anteil. Kennzeichnend für die neuen STR-Amts-ausrüstungen ist der Koordinatenschalter.

Die einfache, relaisartige Funktion des Koordinatenschalters gewährleistet hohe Betriebssicherheit, geringen Unterhalt sowie kleine Abnutzung der Schaltelemente. Kurze Schaltwege ermöglichen hohe Schaltgeschwindigkeiten und ein erschütterungsfreies, geräuscharmes Arbeiten.

Diese modernen Ausrüstungen, die schweizerische Präzisionsarbeit und internationale Erfahrungen aus über 65 Ländern vereinigen, fabrikt in der Schweiz die **Standard Telephon und Radio AG**, 8038 Zürich.

STR
Ein IIT-Unternehmen

1882



Erfahrene Ingenieure forschen und entwickeln konstruieren und planen beraten und verhandeln sie schaffen die Grundlagen für unsere Spitzenprodukte sie sichern unsere Stellung auf dem Weltmarkt

Junge Ingenieure helfen Escher Wyss fortschrittlich zu bleiben sie wahren und mehren den guten Ruf von Escher Wyss heute und morgen

Escher Wyss, Personalabteilung, Postfach, 8023 Zürich

ESCHER WYSS Zürich

**«Super»-Entspannung...
«Super»-Genuss...
PARISIENNES SUPER**
*Sie ist wirklich «Super»...
darum mit Abstand die Beliebteste!*

- ★ Parisiennes Super: natürliche Milde
- ★ «Super»: ihr reiches, reines Aroma
- ★ «Super»: ihr perfektionierter «PS»-Filter

(Fortsetzung von Seite 5)

Englische Hochschulpolitik

erstellten Häuserblocks, die von weitreichenden Parks und Gärten umgeben sind. Für weitere 65% werden von Lodging Officers der Universität Unterkunstmöglichkeiten bei Familien oder in speziellen Wohnungen organisiert.

Es ist vorgesehen, dass jeder Student mindestens ein Jahr (drei Terms) in den Halls of Residence wohnt. Die bereits bestehenden Bauten, wie Halifax für 300 Studentinnen, Earnshaw und Sorby Hall zusammen für 800 Studenten, nebst Stephenson und Crewe Hall für 250 Studenten werden durch ultramoderne und grosszügige, kurz vor der Vollendung stehende Wohnblocks ergänzt. Nebst geräumigen Einzelstudierzimmern umfasst eine Hall eine eigene kleine Bibliothek, Seminar- und Zeitschriftenabteilung, Musik- und Fernsehzimmer, Aufenthaltsräume sowie den Speisesaal. Auch weitere Räumlichkeiten, die der Freizeitgestaltung sowie täglichen Notwendigkeiten dienen, stehen zur Verfügung: Duschen, Badezimmer und Küchen, Putzräume, Garagen sowie Werkstätten. Sheffield hat ausserdem eine ganz neue Form von studentischen Unterkunstmöglichkeiten, ein Experiment mit 50 selbstverwalteten Wohnungen, die in älteren Häusern innerhalb des Hochschulviertels liegen, geschaffen. Die Idee dieser neuzeitlichen Halls of Residence ist von den älteren Colleges in Oxford und Cambridge übernommen worden und soll auch hier, mitten in den riesigen Industriestädten, den Studenten das Gefühl von Geborgenheit und einer unabhängigen Gemeinschaft vermitteln. Das echt studentische Milieu der Halls soll ein weiterer Ausdruck der Autonomie der Hochschule sein. Der oft gehörte und verbreitete Vorwurf, die heutigen Studenten gingen morgens zu den Vorlesungen und kehrten abends zurück wie Fabrikarbeiter oder Büroangestellte, ohne am einmaligen, vielversprechenden Hochschulleben teilzunehmen, besteht hier zu Unrecht. Die anregende Atmosphäre der Halls fördert die studentische Aktivität in einem gesunden Mass.

Diese Studentenwohnblocks stehen unter der Oberaufsicht eines dafür speziell gewählten Rektors (Warden), der selbst aus dem Lehrkörper der zugehörigen Hochschule stammt. Sein persönlicher Einfluss und seine Einfühlungsgabe auf das interne Milieu und die Stimmung innerhalb einer solchen Wohngemeinschaft sind von entscheidender Bedeutung. Er wird in seiner Funktion von Tutors und Postgraduates (Assistenten), die zu der jüngeren Generation der Dozentenschaft gehören, unterstützt. Viele Mitglieder eines solchen leitenden Teams wohnen selbst mit ihrer Familie in speziellen Wohnungen dieser Halls of Residence. Ob diese Studentenhäuser voll ihrer Pflicht nachkommen und ihrer Aufgabe genug gewachsen sind, beurteilt eine zu die-

sem Zweck eigens ernannte Kommission. Diese kontrolliert die Leitung und den Betrieb und verfasst alljährlich einen Rapport. »The Niblett Report (1957) on Halls of Residence commissioned by the UGC elaborates the value to students of living, day in day out, with people of their own age, who have varying backgrounds, interests, opinions and ambitions, by informal contact they educate each other in areas beyond an academic curriculum. Such an experience, at a critical time in his life, widens a student's outlook and teaches him the need of tolerance, the clash of argument around the coffee cups sharpens his wits and brings him face to face with the necessity of defining for himself his own beliefs and ideals.«

Das Wohnungsangebot der verschiedenen Civic Universities schwankt erheblich: Reading und Leicester boten 1963/1964 für mehr als 50% der Studenten Plätze in Halls of Residence an, Bristol, Newcastle und Sheffield für ca. 25% und Birmingham für 12%. In Oxford, Cambridge und Durham wohnen die meisten Studenten in den weltberühmten Colleges, wo z. T. fast luxuriöse Einzelappartements mit Studio, Schlafzimmer, Küche und Bad offeriert werden. Die einzelnen Colleges in London haben weitgehend selbst für genügend Unterkünfte ihrer Studenten zu sorgen, in Royal Holloway und Westfield finden alle eigenen Studenten Platz genug im College selbst. Bedford bietet mehr als der Hälfte seiner Studenten Zimmer an. Das Imperial College gewährt etwas mehr als einem Viertel Logis an. Da in London das Zimmerangebot eher als prekär bezeichnet werden muss, trifft die Universität selbst entsprechende Massnahmen, um den Studenten das Wohnproblem zu erleichtern. Ausserdem beziehen Studierende in London entsprechend den gestiegenen Zimmerpreisen bessere Stipendien als anderswo.

Das altbewährte Collegesystem von Oxford und Cambridge hat die Gestaltung und Organisation der neuen »Civic Universities«, zu denen auch Sheffield gehört, massgeblich beeinflusst und kommt in seinen Grundzügen erneut zum Vorschein. Bewährte Tradition und Treue zu eigenem Stil haben sich in Sheffield dank unabhängiger Denkweise und Verzicht auf geistigen Import in einem originellen, seit Jahrhunderten bewährten Hochschulsystem erfolgreich durchgesetzt.

Literatur:

The University of Sheffield, Handbuch 1968-1969
 Jahresbericht: Sheffield-Session 1968-1969
 G. L. Brook: »The Modern University, André Deutsch, London, 1965
 Sir James Mountford: British Universities - Oxford Paperbacks Universities Series Opus 14, 1966
 U. Schlumpf: »Praktikum in einem teaching hospital in Sheffield, Schweiz. Aerzte-Zeitung, Nr. 35, 1969

Das Eis brechen

Rücktritt oder Politik ohne ADC

Am 25. Mai traten der Präsident des Vorstandes, vier Vorstands- und acht Parlamentsmitglieder zurück. Die Zurückgetretenen gehörten mehrheitlich der Gruppe INFORM an. Wie kam es zu diesem Rücktritt?

Der Ende des Sommersemesters 1969 gewählte Vorstand unterbreitete dem Allgemeinen Delegiertenconvent (ADC) ein äusserst zurückhaltendes, detailliertes Programm, das zur Realisierung minimaler studentischer Emanzipationsmöglichkeiten beitragen sollte. Mit einer an Selbstverleugnung grenzenden Bescheidenheit verlangte man beispielsweise studentische Beobachter mit Sprecherlaubnis im Senat! Der ADC stimmte dem Programm zu. Der einzige Versuch, die Studentenschaft gesellschaftspolitisch zu engagieren (eine Solidarisierungsdemonstration für die amerikanischen Vietnamkriegsgegner), wurde vom ADC nicht akzeptiert.

Verzögerungstaktik des ADC

Der von der »Liberalen« Studentengruppe dominierte ADC, der anfänglich fast allen Postulaten des Vorstandsprogramms zugestimmt hatte, verlegte sich nun auf eine Politik des Misstrauens und nahm die ihm statutarisch zugestandenen Kontrollmöglichkeiten über den Vorstand recht extensiv wahr. Bezeichnend war, dass anfänglich nie die Postulate selbst unter Beschuss genommen wurden, sondern lediglich der vom Vorstand eingeschlagene Weg zu deren Realisierung. Der ADC selbst formulierte weder studentpolitische Ziele, noch gab er dem Vorstand konkrete Handlungsanweisungen. Vielmehr konzentrierte er sich auf die Beschränkung der Informationsstätigkeit, rügte unter lächerlichen Vorwänden Vorstandsmitglieder (nach der zweiten Runde konnte ein Vorstandsmitglied mit Zweidrittelmehrheit des ADC abgesetzt werden), schliesslich sollte der Präsident seine Rede zum Dies dem ADC zur Kontrolle (= Zensur) vorlegen. Trotz diesen unhaltbaren Zuständen konnten einige Programmpunkte durchgesetzt werden. Bei einigen wichtigen Angelegenheiten (wie der Vertretung im Senat) versagte der ADC dem Vorstand zu Beginn des Sommersemesters jegliche Unterstützung.

Der Vorstand sah in dieser Situation nur noch zwei Möglichkeiten: Rücktritt

oder aber eine Politik unter Durchbrechung formaldemokratischer Regeln, m. a. W. ohne ADC. Da die für die zweite Variante notwendige studentische Basis fehlte, entschied man sich für den Rücktritt.

In einem Sonderinformationsbulletin wurde der Rücktritt begründet und explizit erklärt, dass Rücktritt weder Resignation noch Rückzug bedeute.

Nach dem Rücktritt

Während die Liberale Studentengruppe die »Flurbereinigung« triumphiierend zur Kenntnis nahm, antwortete die Hochschulleitung (die nebst dem ADC und der lethargischen Basis im Sonderinformationsbulletin massiv angegriffen wurde) mit einem eifertigen Papier, worin u. a. auf fünf Seiten dargelegt wurde, wie viele Postulate des Vorstands verwirklicht worden seien (von der Ausleihe von Diplomarbeiten bis zur Abschaffung der Testate für die Vorlesungen wurde jede Kleinigkeit aufgeführt).

Jene Studentpolitiker, die zwar die meisten Ziele des Vorstandes nachträglich wieder in allerdings verwässerter Form akzeptierten, aber den Weg des Möglichen und Realisierbaren zu suchen vorgeben, vermögen jetzt offenbar keine sinnvolle Politik zu betreiben. Der ADC hat seit fünf Wochen nicht mehr getagt, die Vorstandswahlen (6 Aemter, 7 Kandidaten!) müssen aufgrund formaler Fehler des Wahlbüros wiederholt werden. Es tut sich also nichts mehr.

Was tun?

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass mit einer sachlichen, emanzipatorischen Politik an der HSG nichts erreicht werden kann. Politik kann hier offensichtlich nur emotional sein, wenn man bedenkt, dass z. B. ein Satz wie »Der ganze ideologische Schnickschnack um das politische Mandat zielt nur darauf ab, der Studentenschaft in einem Sack aus von links geborgtem Verbalismus eine Katze zu verkaufen, die sie gar nicht braucht...« (Jörg Baumberger, Assistent, LSG) unwidersprochen bleibt, obwohl er zu einer Zeit geschrieben wurde, als kein einziger Linker mehr im Amt war.

Infolge der sozialen Herkunft und infolge des festgefügteten Berufs-

Weltbildes sind die meisten Studenten immun gegenüber neuen Gedankengängen und desto empfänglicher für noch so durchsichtige Argumentationen der Reaktion.

Die Linke hat sich bis jetzt noch nicht auf eine neue Strategie einigen können. Nachdem eine sachliche Politik im Rahmen eines Gesamtprogramms nicht die gewünschten Erfolge zeigte, scheinen zwei Möglichkeiten zu verbleiben, die allerdings noch nicht durchdiskutiert wurden. Die eine wäre eine permanente Verunsicherung der Basis mit dem Ziel, deren festgefügtes Gesellschaftsbild allmählich zu zerstören. Die einzusetzenden Mittel wären Agitation in den Vorlesungen, spektakuläre Aktionen, Propaganda an den Wandzeitungen etc.

Die zweite Möglichkeit wäre eine Politik der kurzfristigen Aktionen, die das Aufdecken und Bekämpfen allgemein empfundener Missstände zum Ziel haben müssten, was allerdings die Gefahr in sich birgt, dass wir durch Reförmchen mithelfen, veraltete Strukturen noch länger am Leben zu erhalten. Immerhin bleibt zu hoffen, dass die Hochschulleitung wie schon oft in ihrem Interesse liegende Reformen verzögert und dass dadurch einige Studenten aus ihrer Lethargie erwachen.

Ansetzen könnte man z. B. bei der überfalligen Reform des Technologie- und Sprachunterrichts, denn hier wäre eine Solidarisierung der Studentenschaft am ehesten zu erreichen. »Das Eis muss gebrochen werden, wo es am dünnsten ist.« (Che) H. Elmer

Vollversammlung der Zürcher Jugend

zur Frage des Jugendzentrums Lindenhof

am 9. Juli 1970 im Volkshaus am Helvetiaplatz ab 19.00 Uhr

Der städtische Lindenhof-Bunker steht für ein Jugendzentrum zur Verfügung!

Übernehmen wir den Bunker! Wir rufen die Zürcher Jugend zur Entscheidung auf.

Information, Diskussion, Film, Beat, Abstimmung, Wahlen am 9. Juni im Volkshaus.

Unser Entwurf für Statuten und internes Reglement kann bei der Limmatbuchhandlung, Froeschgasse 7, gratis bezogen werden.

Aktion Treffpunkt City + FASS Das vorbereitende Komitee

Wettbewerb

Die Zentralstelle bekommt neue Räumlichkeiten und wird im Herbst umziehen. Jetzt ist es Zeit, Vorschläge und gute Ideen anzumelden für den Laden, der den Studenten gehört.

Zudem suchen wir den originellsten Namen für die neue Zentralstelle. 1. Preis: Gutschein Fr. 100.—, 2. Preis: Gutschein Fr. 60.—, 3. Preis: Gutschein Fr. 30.—.

Gesucht: der originellste Name für die neue Zentralstelle.

Mein Vorschlag: _____

Mit der jetzigen Zentralstelle bin ich zufrieden:

Ja	Nein
<input type="checkbox"/> Artikelsortiment	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Preise	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Öffnungszeiten	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Organisation	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Bedienung	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Information	<input type="checkbox"/>

Im neuen Laden sollte man _____

Einsenden oder abgeben bis 31. 7. 70 an die ZEKO, Kommission für die Zentralstelle, Künstlergasse 15, 8006 Zürich.

Absender nicht vergessen!

Ihre

DISSERTATION

schreibt schnell und preisgünstig
Tel. 74 16 68



Mettler
Mettler Instrumente AG, 8606 Greifensee

Die Mettler Analytischen und Präzisions-Waagen sowie andere physikalisch-chemische Messgeräte sind typische Produkte der schweizerischen feinmechanisch-elektronischen Präzisionsindustrie, die auf dem Weltmarkt in wenigen Jahren eine führende Stellung erreicht haben.

Unsere Departemente Forschung und Entwicklung beschäftigen Chemiker, Physiker, Elektro- und Maschineningenieure, Laboranten usw., die alle an der Weiterentwicklung bestehender Produkte sowie der Entwicklung neuer Geräte für Forschung und Industrie tätig sind. Modern eingerichtete Laboratorien und gut ausgestattete Versuchswerkstätten stehen Ihnen zur Verfügung.

Für den Weiterausbau suchen wir

Elektro- und Maschineningenieure

die wir nach besonderen Wünschen entweder in der Forschung oder in der Entwicklung einsetzen können. Wir bieten sehr vielseitige, interessante und selbständige Arbeit in kleinen Gruppen. Für nähere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Schreiben oder telefonieren Sie an das **Personaldepartement der Mettler-Unternehmungen, 8606 Greifensee, Tel. (051) 87 63 11, (Hr. Nabulon).**

Ferienkurse in England

Der beste Unterricht und die bestmögliche Studentenbetreuung = der beste Urlaub.

Prospekt und Auskunft:

The Director
 Churchill House School of English Language
 Ramsgate-on-Sea, Kent, England



FREIHOFFER
 Buchhandlung für Medizin

Rämistrasse 37
 Zürich 1
 Tel. 47 92 22

Dies ist ein Inserat der

Wir zitieren für Sie – die Schlussfolgerung** überlassen wir Ihnen:

Euphorie in der City

f. w. London. Euphorie herrscht in der City, wo man an der Finanz- und profitfeindlichen Labour-Administration je nie besondere Freude hatte. Um 22 Punkte in die Höhe schnelle der »Financial Times«-Index sofort bei Oeffnung der London Stock Exchange...
»Auch die internationalen Pfandleiher, wie sich Labour so gerne ausdrückte, haben offensichtlich begeistert auf Heaths Wahltag reagiert. 100 Mio. Pfund ausländische Gelder strömten am Freitagmorgen in britische Regierungspapiere.
Nationalzeitung, 20. 6. 1970

Londoner Börse

Die Börse feiert die Tories ...

Am Freitag, dem Tag nach der Wahl, war die Börse, deren Sympathien bekanntlich fast durchwegs der Konservativen Partei gehören, in Feierstimmung. Die Kurse, welche die Jobber in weiser Voraussicht gleich zu Beginn heraufgesetzt

hatten, wurden von den begeisterten Käufern noch höher getrieben.
Finanz + Wirtschaft, 20. 6. 1970

Londoner Börse: Freudensprung

... Freudentänze vollführten erst recht die Bankiers und Makler in der City: im wörtlichen und im übertragenen Sinn. »Es ist eine Mischung zwischen Cupfinal und V-Days«, jubelte ein Broker, »wie wenn das Land endlich von einer feindlichen Besetzungsmacht befreit worden wäre...«
Heaths triumphaler Einzug in die Downing Street hat nämlich nichts an der katastrophalen Lage von Wallstreet geändert, hat auch die IOS nicht gerettet und vor allem die Kosteninflation in Grossbritannien selbst nicht gebremst. Und doch ist die City-Euphorie nicht nur ein »Vertrauensvotum«, sondern technisch und politisch durchaus erklärbar...
Die Furcht vor Streiks, vor Eingriffen an der Preisfront und einer Nachfrageregulierung wird mehr als kompensiert durch die Tory-Versprechung, die Arbeitsbeziehungen endlich legal regeln, die hohe Besteuerung kürzen und die Sparrätigkeit – das Börsentonium – fördern zu wollen.
Weltwoche, 26. 6. 1970

Balthazar Johannes Vorster begrüsst Tory-Wahlsieg

... Vorster meinte, der Regierungswechsel in London werde sicher zu besseren Beziehungen zwischen beiden Ländern führen. Ueber den geschlagenen Labour-Premierminister Harold Wilson, der sich im Wahlkampf auch mit dem Südafrika-Problem befasst hatte, mokierte sich Vorster mit der Bemerkung, manche Leute würden Parlamentswahlen verlieren, weil sie das Geschehen in andern Ländern mehr interessiere als die Vorgänge im eigenen Land. Vorster hob vor allem die von den britischen Konservativen erklärte Bereitschaft hervor, das von der Labour-Regierung gegen Südafrika verhängte Waffenembargo wieder aufzuheben. Südafrika benötige Waffen, um den Schiffsahrtsweg um

das Kap der Guten Hoffnung »für die freie Welt und Europas zu verteidigen.«
Basler Nachrichten, 22. 6. 1970

Heisses Waffengeschäft

Die neue britische Regierung soll die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Südafrika beschlossen haben / Schwierigkeiten seitens der Uno und der afrikanischen Staaten zu erwarten.
... jeder Bomber, jedes Marine-Aufklärungsflugzeug, jeder Helikopter für U-Boot-Bekämpfung, jede Fregatte, die Grossbritannien liefern würde, bedeutete eine Verstärkung der eigenen Seeverteidigung, und obendrein würde Grossbritannien noch daran verdienen. ... der Verkauf von Waffen an Südafrika widerspräche einer Uno-Resolution aus dem Jahre 1963.
Nationalzeitung, 24. 6. 1970

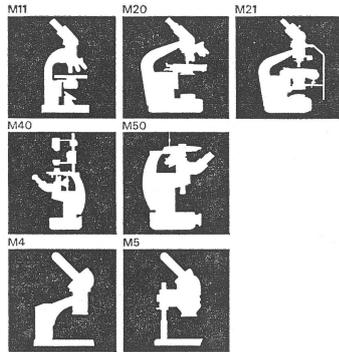
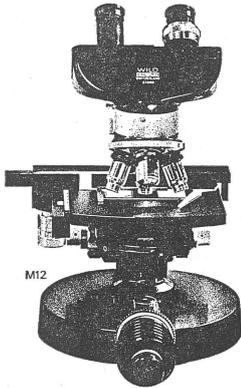


Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich

Engelstrasse 64, 8004 Zürich

Ich wünsche Mitglied der SPS zu werden / Ich ersuche um Zustellung der neuen, seitigen Standortbestimmung.
Name/Vorname: _____
Genauere Adresse: _____

Moderne Mikroskope mit leistungsfähiger Optik



Die Wild-Mikro-Optik ist erstklassig berechnet, wird mit hoher Präzision hergestellt und zeichnet sich aus durch brillante Bildscharfe.

Wild-Mikroskope bieten erstaunlich viele Ausbau- und Anwendungsmöglichkeiten.



Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg/Schweiz
Werke für Optik und Feinmechanik

Die Wild-Stativ-:

- M11 Kurs-, Reise- und Labor-Mikroskop
- M12 Forschungs-Mikroskop
- M20 Arbeits- und Forschungs-Mikroskop
- M21 Polarisations-Mikroskop
- M40 Umgekehrtes, biologisches Mikroskop
- M50 Umgekehrtes Auflicht-Mikroskop
- M4- und M5 Stereo-Mikroskope



SANDOZ

Jeder zehnte Mitarbeiter bei SANDOZ ist Akademiker. Das sind allein in Basel 550 Absolventen aller Fakultäten. SANDOZ Basel ist nicht nur das Stammhaus von über 40 Tochtergesellschaften, sondern auch Verwaltungs-, Planungs- und, vor allem, Forschungszentrum des weltweiten SANDOZ-Konzerns.

Ohne intensive und grosszügig dotierte Forschung ist kein Fortschritt möglich. Und Forschung braucht Nachwuchs. Industrielle Chemie ist angewandte Wissenschaft. SANDOZ AG Basel



Das Sonntags Journal*

mit

30%

Rabatt für Studenten

Jahresabonnement: Fr. 18.— statt Fr. 26.—

Sonntags Journal
Postfach, 8027 Zürich

Ich wünsche ein Jahresabonnement des Sonntags Journals zu Fr. 18.—, dem Sympathiepreis für Studenten.

Frau/Frl./Herr: _____

Strasse: _____

Postleitzahl und Ort: _____

* Herausgeber: Rolf R. Bigler, Friedrich Dürrenmatt, Markus Kutter, J.-R. von Salis

Entwicklungshilfe:

Geschichte der Enttäuschung

Von Bernhard Imhasi

Wenn man 1970 die bisher geleistete Entwicklungshilfe und die erzielten Fortschritte in den Entwicklungsländern betrachtet, kommt man nicht darum herum, sie als eine Story der Enttäuschung zu bezeichnen, denn gerade heute, nach 25 Jahren Entwicklungshilfe und am Ende der ersten Entwicklungsdzade der Uno scheint man kaum weiter zu sein als nach dem Zweiten Weltkrieg – sowohl was die Entwicklung in den ehemaligen Kolonialländern angeht, wie auch die Entwicklung eines Problembewusstseins der öffentlichen Meinung bei uns. Die »Revolution der steigenden Erwartungen« wurde eine »Revolution der steigenden Enttäuschungen«, und in den reichen Industrienationen scheint sich in den letzten Jahren eine eigentliche »Entwicklungsmüdigkeit« auszubreiten: Resignation, Ernüchterung, Frustration kennzeichnen heute das Verhältnis der Industrieländer gegenüber den armen Ländern.

Instant Development

Als vor 25 Jahren die Kolonien aus ihrem Hinterhof-Status plötzlich in den Rang gleichberechtigter internationaler Partner geschoben wurden, dachten sich wohl die wenigsten, dass gerade die politische Gleichberechtigung die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit auf lange Zeit nur noch stärker hervortreten liesse. Man war fast einmütig überzeugt, dass diese Gleichberechtigung die Entwicklung rasch in Gang bringen würde, und der Optimismus, der den raschen und erfolgreichen Wiederaufbau Westeuropas nach dem Weltkrieg bestimmt hatte, übertrug sich bald auch auf die Entwicklungshoffnungen der ehemaligen Kolonien. Es herrschte der Eindruck, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt sei ein verhältnismässig einfacher und natürlicher Prozess, der sich sozusagen von selbst vollziehe, wenn nur das nötige Kapital, etwa im Stil eines Marshallplans, zur Verfügung gestellt würde.¹

Aber es gab kein »Entwicklungswunder« wie es ein »Wirtschaftswunder« gegeben hätte. Dies lag einmal in der Anwendung einer falschen Strategie, indem die gleichen Methoden, die für den Wiederaufbau Europas angewandt worden waren, nun auf die unterentwickelten Länder übertragen wurden, ohne dass man sich um die völlig anderen ethnologischen, kulturellen und geographischen Strukturen dieser Länder kümmerte. Darüber hinaus waren die ehemaligen Kolonialmächte gar nicht daran interessiert, eine Analyse der ehemaligen Kolonialgebiete zu machen – denn dies wäre einem offenen und nachträglichen Schuldbekenntnis gleichkommen. Die internationale Verflechtung in den Weltwirtschaftsprozess als unabhängige politische Grössen zeigte zwar bald, wie sehr die Länder der Dritten Welt ausgepumpt waren und wie sehr die Kolonialmächte den natürlichen Entwicklungsprozess dieser Länder verhindert hatten; aber die formale Unabhängigkeit dieser Länder schuf die Illusion einer realen, politischen, oft sogar wirtschaftlichen Unabhängigkeit, und verdeckte damit die faktisch andauernde Abhängigkeit zu den ehemaligen »Mutterländern« (und jetzigen Weltwirtschaftszentren). Eine solche Abhängigkeit der Dritten Welt von den reichen Ländern war zugleich eine politisch-ideologische wie wirtschaftliche Notwendigkeit – besonders für die Grossmächte Russland und Amerika.

Die endgültige Etablierung dieser beiden Staaten als Weltmächte nach dem zweiten Weltkrieg schuf im geographischen Zwischenraum Europa zwei erratische und unbewegliche Blöcke, die beiden Mächten auf die Dauer wenig Spielraum für ihren Expansionismus boten. Die Dritte Welt mit ihrem riesigen Potential an Bodenschätzen und Bevölkerungsmassen wurde zum Schauplatz der Auseinander-

setzung zwischen diesen beiden Staaten. Die Ost-West-Spannung die für Europa sicher politisch tragbar und wirtschaftlich sogar oft nützlich war, verlagerte sich in der Dritten Welt nicht etwa in ein politisches Vakuum, sondern überlagerte sich dort mit dem komplexen Gebilde, das man in den letzten Jahren den »Nord-Süd-Konflikt« zu nennen begann: nämlich den krassen Unterschied zwischen armen und reichen Ländern, zwischen wirtschaftlich und technologisch fortgeschrittenen

Staaten und archaischen Gesellschaften. Damit waren die zukünftigen regionalen Zentren zukünftiger Weltkonflikte auch schon gegeben: denn es ist nicht wahr, dass der Ost-West-Konflikt durch einen Nord-Süd-Gegensatz allmählich ersetzt wird, im Gegenteil: die beiden Spannungen überlagern sich in der Dritten Welt, und in den Randzonen, wo sich ihre Felder überschneiden, ist die Situation am explosivsten: Indochina und der Nahe Osten sind Beispiele dafür.

Entwicklung: Nur ein wirtschaftliches Problem?

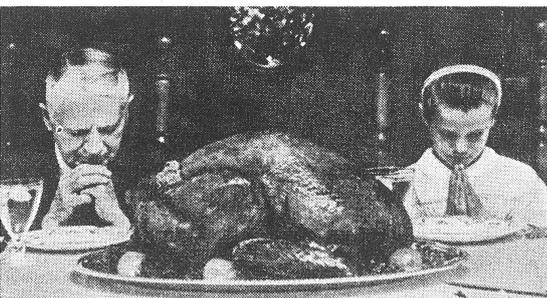
Der Beitrag der Wissenschaften zum Problem des Wandels war oft ebenso verflüchtend einseitig wie gutgemeint. Vor allem in den Analysen der Wirtschaftstheoretiker wurden die sozialen, religiösen und autochthon-wirtschaftlichen Institutionen ökonomisch einfach als negative Faktoren eingestuft, und anstatt von den sozio-kulturellen Strukturen dieser Länder auszugehen, basierten ihre Theorien auf einer utopischen Entwicklungs-Gesellschaft (die der eigenen westlichen jeweils verdächtig ähnlich sah). Selbst Gunnar Myrdal, der im Vorwort zu seinem dreibändigen »Asian Drama« eine neue Definition der Nationalökonomie im Hinblick auf die veränderten Strukturen der Weltwirtschaft fordert, vermag z. B. in der indischen Tradition nicht mehr als eine breite Kollektion irrationaler, schwerfälliger, aber doch zäher Widerstände zu sehen, die sich gegen jeden »vernünftigen« Wandel wehren. Religion definiert Myrdal als »normally irrational, superstitious – a mythical

rather than logical way of thinking.« Das Dorf – der point de départ für beinahe jeden Entwicklungsprozess in der Dritten Welt – ist für ihn »this stronghold of stagnation.« – Damit soll nicht abgestritten werden, dass die meisten sozio-kulturellen Institutionen nicht gerade »driving forces« für einen Wandel sind – aber erstens sollte man nicht vergessen, dass wir, wenn wir von »Modernisierung« sprechen, diesen Begriff immer schön im Koordinatensystem unserer kapitalistischen oder sozialistischen Werte und Zielvorstellungen sehen – als ob diese Gesellschaftsformen axiomatisch als ideal angenommen werden müssten, zweitens beginnt eine Entwicklung nie bei Null und nähert sich dann allmählich unserem Koeffizienten, sondern es ist ein Prozess, der in lebende Kulturen eingreift und diese höchstens zu steuern und zu gestalten vermag – aber nicht zu negieren. Wirtschaftliche Entwicklung kann nie das Fundament des gesellschaftlichen Wandels sein, sondern nur ihr Produkt.

Wirtschaftstheorie und Ideologie

Die Monopolstellung des wirtschaftlichen Denkens in bezug auf die Entwicklungsländer ist aber nicht nur indirekt und à-coutre-coeur für die ausbleibende Entwicklung mitverantwortlich, sondern auch direkt und eine notwendige Folge der diesem Denken inhärenten

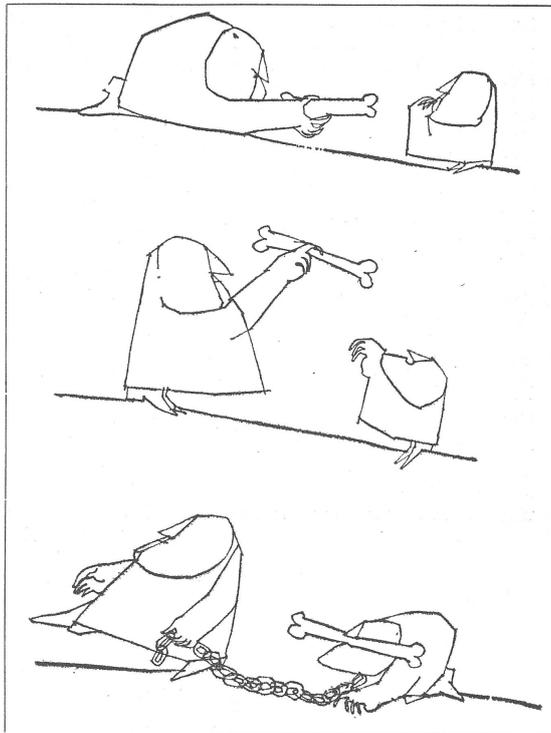
die diesen Prozess durchliefen; die Abwesenheit einer starken wirtschaftlichen Konkurrenzmacht, die die Ausbreitung des Kapitalismus hätte gefährden können usw.). Gerade die Übertragung solcher historisch einmaliger und irreversibler Prozesse auf die Entwick-



... das tägliche Brot gib uns heute!

Ideologie: Bei der Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Problemen der Unterentwicklung und Vorschlägen zu ihrer Lösung werden Modellvorstellungen und Erfahrungen der eigenen Entwicklung der industrialisierten Länder unbesehen auf die heutige Situation der unterentwickelten Welt angewandt. Die kapitalistische Wirtschaftstheorie basiert vor allem auf der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert, und ihre Anwendung auf die kapitalistische Welt des Westens mag berechtigt sein – aber der Erfolg dieser Anwendung ist das Resultat der spezifischen sozialen, kulturellen und geopolitischen Gegebenheiten (geographische und demographische Beschränkung; die wichtige Rolle der Kolonien in der damaligen Wirtschaft; die politische und wirtschaftliche Führungsrolle der Staaten, Entwicklungsländer hat nicht selten zu folgeschweren Nebenerscheinungen geführt,

die die angestrebte Wirkung direkt in Frage stellen. Ein Beispiel: Die Theorien einiger westlicher Wirtschaftstheoretiker – z. B. Rostow, Nurske, Harrod-Domar – haben Planer der Dritten Welt dazu verleitet, dem Kapital für den Entwicklungsprozess eine Schlüsselrolle zuzuspielen: Jede Nation, die den Faktor »Kapital« besitzt, kann sich auch wirtschaftlich selbstständig entwickeln. Den »Take-off« hat ein Land dann erreicht, »wenn es die Fähigkeit besitzt, die Nettoinvestitionsraten in verhältnismässig kurzer Zeit auf 5 bis 10% heraufzusetzen, einen führenden verarbeitenden Industriesektor aufzubauen, der imstande ist, starke Verknüpfungseffekte im ganzen wirtschaftlichen System auszulösen.«² Woher sollte das Kapital kommen? Aus dem Ausland durch entsprechende Kredite, und vor allem durch Mobilisierung im Inland, indem »Inseln der Kapitalbildung« geschaffen wurden – dies durch



Förderung von Ungleichheiten in der Einkommensverteilung, durch Zurückschrauben des Massenverbrauchs. Damit wurde aber eine neue Klassenbildung systematisch gefördert, indem den wirtschaftlichen Interessen der Vorrang gegeben wurden – auf Kosten der sozialen Lage der Bevölkerungsteile. Die Ungleichheit wurde mit moralischen und staatspolitischen Motiven sanktioniert und untermauert – wobei der sta-

tus quo der herrschenden Schichten – Beamte, Militär, Unternehmer – protegirt wurde, die es ihrerseits verstanden, mit einem verbalen Radikalismus ihre etablierten Interessen zu schützen. In den Augen der diskriminierten Schicht der Arbeiter wurde westliche Hilfe damit oft zum Instrument »to protect vested interests in the name of economic rationality« (Clifford Geertz).³

Doppelmoral und schlechtes Gewissen

Die Ursachen für die ganze Zwiespältigkeit des Verhältnisses der reichen Welt zum Tiers Monde – sowohl auf der staatlichen Ebene der Wirtschaftspolitik wie auf der psychologischen Ebene des Einzelnen – liegen allerdings noch tiefer und sind im Aufzeigen der Fakten und Symptome nicht zu fassen. Der Pearson-Report nennt als Hauptantriebskräfte der Auseinandersetzung mit der Dritten Welt zwei Faktoren: »moralische Verpflichtung« und »wohlverstandenes Eigeninteresse«. »Moralische Verpflichtung«: das waren bisher christliche Motive wie »Nächstenliebe«, »Mitleid«, »der Stärkere hilft dem Schwächeren« etc.; das sind heute, da diese Vokabeln in ihrer oft herablassenden und selbstgerechten Leerheit entlarvt sind, Begriffe wie »Internationale Solidarität« gemeinsames Verantwortungsbewusstsein gegenüber den globalen Problemen des Hungers, der sozialen Diskrimination, der Erziehung, des Atomkriegs usw.

Wie kann aber eine moralische Pflicht – gerade wenn sie sich ernst nimmt – zusammengespannt werden mit einem »Interesse«, das eben diese Pflicht usurpiert und sie verunmöglicht? Solange wir in unserem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System einen Wert sehen und mit ihm bestimmte Zielvorstellungen verbinden, identifizieren wir uns mit ihm und suchen ihn zu verwirklichen – und die expliziten Werte des Kapitalismus sind doch wohl der Profit und das Recht auf Eigentum (und damit Freiheit) des Einzelnen, das diesem Profit eine institutionelle Basis verschafft und es absichert. Wie kann aber die westliche Welt des Kapitalismus die Entwicklung armer Nationen eigentlich wünschen, da ja gerade die Existenz des Reichtums den Begriff der Armut voraussetzt, da ja das Gefälle zwischen arm und reich die Basis des Wohlstands und des Reichtums darstellt, und in der Erreichung und Erweiterung des Wohlstands sieht der Westen ja nachgerade seine eigene moralische Rechtfertigung (Prosperität gleich Glück) – besonders seitdem die Industriegesellschaft uns in weniger als hundert Jahren »zum Glauben bekehrt hat, dass die menschlichen Bedürfnisse vom Schöpfer gemeint sind als Nachfrage nach Produkten, die wir selber erfunden haben.« (Ivan Illich)

Gerade in unserem Verhältnis zu den unterentwickelten Ländern bricht diese Inkonsistenz oft auf: Bei der Erörterung des Begriffs »Entwicklung« wird stillschweigend eine Dynamik in den

Begriff der Unterentwicklung, d. h. des Noch-nicht-Entwickeltseins hineingelesen – währenddem entwickelte selbstverständlich statisch gefasst wird und einen endgültig erreichten Zustand suggeriert, als ob nicht das kapitalistische System als solches sich ständig weiter zu entwickeln, zu perfektionieren, durch Rückkoppelungsprozesse diese Dynamik noch zu steigern, zu sichern und Fehler auszuschalten suchte. Wie kann da eine Wirtschaft, die gegenüber diesem kybernetischen Prozess noch wie eine archaische Rumpelkammer aussieht, sich behaupten, ja nicht nur behaupten, sondern – so wird es überall gesagt – sie auch einholen? Besonders wenn man bedenkt, dass das reibungslose Funktionieren dieses durchorganisierten Wirtschaftsapparates die Möglichkeit von billigem Input – den Rohstoffen – und überflüssigem Output – der Überproduktion – voraussetzt. »Es ist gerade die Ungleichheit der Einkommensverteilung, die die Akkumulation von Wohlstand und Kapital überhaupt ermöglicht: Der Satz stammt nicht von Marx, sondern von Keynes, dem Wirtschaftstheoretiker des Spätkapitalismus par excellence. Und die diesem System eigene Dynamik versucht, legitimiert durch seine Wertvorstellungen, alle assimilierbaren Elemente – z. B. eben die unterentwickelten Länder – zu integrieren und dem Zweck entsprechend und gewinnbringend einzusetzen.

Gerade in der Koppelung und Parallelführung dieser zwei Begriffe zeigt sich, wie stark eine Moral missbraucht wird und sich missbrauchen lässt zur Verhüllung wirtschaftlicher und ideologischer Interessen und so bestenfalls Ausdruck des eigenen schlechten Gewissens wird, das diese doppelte Moral wohl fühlt, aber ihr nicht entgegen kann, da sie die Luft ausmacht, in der es lebt.

Die selbstverständliche Art, in der Begriffe übereinandergestellt werden – sogar ein Pearson-Report – zeigt, wie sehr sich diese Moral im System der christlich-kapitalistischen Ideologie schon eingefügt hat: moralisch dienen die Entwicklungsländer als Tugendlieferanten, wirtschaftlich sind sie die Rohstofflieferanten – in beidem geht es um unsere eigene Entwicklung sowohl unseres Selbstgefühls wie unserer Gottheit.

¹ Vgl. »Entwicklung und Zusammenarbeit« 2/70.
² Vgl. »Offene Welt« 99/100 (1969) p. 98/99.
³ Encounter, Juli 1968, p. 25

Zum guten Essen:

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-In-Menus** (Getränk -60, Kaffee -60).

Glace-Spezialitäten:

Wir sind stadtbekannt für unsere feine Konditorenglace. Auf unseren Boulevardterrassen und in unserem Gartenrestaurant im »Rosenhof« können Sie sich richtig entspannen.



Biber + Wellenberg

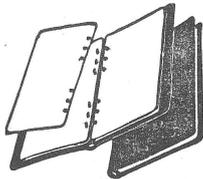
Die von Studenten bevorzugten alkoholfreien Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek) 100 Schritte vom Limmatquai.

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei).



Ringbücher und Kollegbücher



Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben, mit 2, 3, 4 und 6 Ringen, elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

Ihr Besuch freut uns

Unibar

Universitätsgebäude

Mensa der Universität

Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Karl der Grosse
Olivenbaum

Zahnärztliches Institut
Tierspital
Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften



Kugellager und Rollenlager

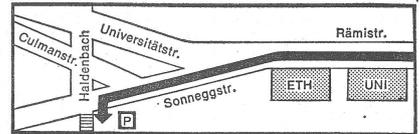
das Schweizer Präzisionsfabrikat für den gesamten Fahrzeug- und Maschinenbau

SRO Kugellagerwerke J. Schmid-Roost AG

8050 Zürich
Telefon (051) 46 76 34

Taschenbücher!!!
rororo. Fischer.
Heyne. Ullstein.
Goldmann. Knaur.
Suhrkamp. dtv.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen jetzt
auch Fotokopien.
Für 20 Rappen.

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30—12.15 und 13.00—18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich



BÜCHERGILDE GUTENBERG

Sonderangebot für die Leser des Zürcher Student

Der Kauf eines dieser Werke berechtigt Sie zum Bezug von mindestens drei weiteren Büchern oder Schallplatten zu den vorteilhaften Mitgliederpreisen der Büchergilde Gutenberg.



Helmut Hirsch – August Bebel

Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften
Nr. 1248 Fr. 18.80

Berge der Welt

Das Buch der Forscher und Bergsteiger. Herausgegeben von der Schweizerischen Stiftung für alpine Forschung.
Nr. 1376 Fr. 21.80



Händel – 12 Orgelkonzerte

6 Konzerte op. 4
6 Konzerte op. 7
Orgel Karl Richter
DECCA-Kassette, 3 Platten mit Begleitheft.
Nr. 5625 Fr. 48.—

BESTELLUNG

Senden Sie mir bitte
..... Ex. 1248 zu Fr. 18.80
..... Ex. 1376 zu Fr. 21.80
..... Ex. 5625 zu Fr. 48.—
..... Ex. Zeitschrift gratis

Name _____
Adresse _____

Büchergilde Gutenberg, Kanzleistrasse 126, 8021 Zürich, Tel. 25 68 47

Sie zählen auf Ihre Zukunft- wir rechnen damit

Sie schätzen Ihre Arbeitskraft. Für den zukünftigen Akademiker ist sie Hunderttausende von Franken wert, vielleicht eine Million. Haben Sie dieses Kapital sichergestellt?

Wer verunfallt, kann die Arbeitskraft verlieren. Unwiederbringlich. Wie steht es dann um die Zukunft, um die Karriere? Die Einkommensentwicklung eines Akademikers zeigt fast immer, dass die Arbeitskraft sein wertvollster Besitz ist. Wer sie in jungen Jahren ganz oder teilweise verliert, erleidet somit einen harten Schicksalsschlag. Weil dieses Problem so schwerwiegend ist, wollen wir es gemeinsam mit Ihnen lösen. Individuell.

Ob Sie bei einer beruflichen Tätigkeit, im Militärdienst, beim Sport, in Ihrer Freizeit oder in den Ferien verunfallen, Ihre Zukunft soll finanziell gesichert sein. Die neue Unfallversicherung der Winterthur-Unfall bietet Ihnen diese umfassende, weltweite Deckung.



Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft in Winterthur
General Guisan-Strasse 40
8401 Winterthur

COUPON

Bitte ausschneiden und in offenem Kuvert mit 10 Rp. frankiert einsenden an Winterthur-Unfall, Postfach, 8401 Winterthur

Ich wünsche

Informationschrift «Schätzen Sie Ihre Arbeitskraft?»

Name: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____



La Battaglia di Algeri

Ein guter Film, ein schmutziger Krieg

Erinnerung an eine heroische Vergangenheit, Propaganda, Aktenstück oder einfach ein grosser Film – die »Battaglia di Algeri« ist alles gleichzeitig, ohne in die entsprechenden Schwächigkeiten zu fallen. Um einen Film solcher Intensität zu finden, muss man zum Film von

René Clair, »La Bataille du Rail«, gedreht 1945, zurückkehren. Dieser Film berichtet über eine Episode während des algerischen Krieges, wo sich Terror und Gegenterror mit blutigem Gewalt gegenüberstehen und wo die zukünftige OAS geboren wurde. Ohne Zweifel ist

dieser Film politisch; aber die Algerier, die diesen Film kontrolliert und überwacht haben, »se sont donné le luxe méritoire d'une objectivité totale« (Le Nouvel Observateur). Eigentlich analysiert Pontecorvo die kalte Steigerung der Wiedervergeltung zwischen Unterdrückten und Unterdrückten. Obwohl es klar ist, dass die Sympathie des Regisseurs den »Rebellene« gehört, verteidigt er nicht das Abschlechten unschuldiger Leute. So sieht man zum Beispiel eine junge Araberin, die seelenruhig eine Bombe in eine Bar legt, in der sich viele sympathische Männer, Frauen und Kinder befinden. In einem nicht weit entfernten Dancings, das voller junger Leute ist, wiederholt sich die gleiche Szene. Die Kamera zeigt in der Tat den Abgrund, der diese Gegner voneinander trennt. Sie sind nicht Krieger in gewöhnlichem Sinn, denen trotz ihrer Lage nichts anderes übrigbleibt, als dementsprechend konsequent logisch zu handeln. Jede Seite begibt Abscheulichkeiten gegen die andere, die sie in einer normalen Zeit sicher anders beurteilt hätte. Pontecorvo macht klar, dass die humanitären Prinzipien kein Gewicht vor dieser konträren Bewegung haben, nämlich vor der Verteidigung eines Kolonialsystems und dem Kampf für die Freiheit, so bedauerlich dies auch sein mag!

Man muss sagen, dass sowohl auf der französischen als auch auf der algerischen Seite viele polemische Artikel über den Film geschrieben wurden. Die einen rufen Beschimpfungen gegen die französischen Gefallenen und gegen die französische Armee aus, ohne jedoch diesen Film gesehen zu haben. »Colonel Trinquier«, der diesen Film gesehen hat und eine aktive Rolle in diesem Krieg gespielt hatte, gab folgenden Kommentar ab: »... tout compte fait, c'est un hommage rendu à l'armée française.«

Die anderen werden diesem Film vor, er sei im Western Style gemacht, in dem die Franzosen zu nett dargestellt wurden und der Mythos eines Fair-play-

Kampfes aufgebracht wurde. In der Tat, die »Paras« erscheinen als nette Kerle, die diesen »guerre spéciale« machen, weil sie nichts anderes machen können. Man sieht auch einen französischen Polizisten, der ein junges arabisches Kind vor dem Tod rettet. Wie dem auch sei; dieser Film hat mindestens die Sache im richtigen Licht dargestellt: Männer, Franzosen wie Algerier, gefangen im Wirrwarr ihrer gegenseitigen Geschichte. Auch die Deutschen und die Franzosen haben einander furchtbar gehasst und grausam bekämpft, doch die Zeit hat nun auch diese beiden Nationen zu Vernunft kommen lassen, und nun arbeiten sie wieder zusammen.

Michel Tchang

Le petit soldat

Alors que dans »A bout de souffle«, Michel était avant tout un impulsif, dans »Le petit soldat«, Bruno est un homme qui médite; par la suite, Godard tournera plusieurs films, qui traiteront alternativement ces deux thèmes. Ainsi à »Une femme est un femme« correspond »Vivre sa vie« et à »Bande à part«, »Pierrot le fou«. Mais c'est surtout avec »Le petit soldat« que Godard aborde la politique, et sur ce point sa vision des choses n'est pas encore, du moins à cette époque, très nette. Godard est d'ailleurs le premier à le reconnaître:

»... Encore une fois, si moi je ne savais pas de quoi il fallait parler, les gens qui le savaient ne savaient pas comment le faire. Mon film lui était plutôt juste sur le cinéma et plutôt faux sur le reste, c'était donc un film moyen«, et d'ajouter un peu plus tard: »Je voulais montrer un esprit dans la confusion nageant au milieu d'une situation confuse.«

Il s'en suit que dans ce film, comme dans »Made in USA«, la politique perd de son contenu et prend l'aspect d'un jeu futile voire incompréhensible. La droite et la gauche se confondent dans la même grisaille: Luzzo du FLN, Jacques de l'OAS lui font à des intervalles différents la même remarque: »Tu dois avoir parfois l'énergie d'utiliser le poignard pour te frayer un chemin.«

Bruno comprend de moins en moins, il ne voulait pas faire cette guerre en Algérie, et il a déserté; alors que dans »A bout de souffle« Michel ne savait pas pourquoi il se révoltait, il s'en rendait d'ailleurs à peine compte, Bruno, lui, s'en rend compte et en recherche la raison.

»Pour moi le temps de l'action est passé, j'ai vieilli. Le temps de la réflexion commence.« C'est par ces mots que Bruno commence le film, et il ne cessera de poser des questions pour finalement arriver à la conclusion qui ressemble singulièrement à une question:

»Peut-être qu'après tout se poser des questions est plus important que de trouver des réponses.«

Cependant cette attitude ne lui réussit pas, et il se réfère peu à peu sur lui-même pour déclarer:

»Ce qui est important ce n'est pas la façon dont les autres vous regardent, mais la façon dont on se voit.« Godard se charge dans le film de la contredire en montrant que la recherche de l'individualisme pour soi-même conduit droit au désastre, à l'assassinat, à la mort, ce qui, en fin de compte, contrecarre l'individualisme. En fait, »Le petit soldat« est l'histoire d'un homme sans idéal et qui en cherche un désespérément. Il résiste à la torture, tue, non pour des raisons politiques, mais pour des raisons personnelles, sans conviction d'ailleurs, pour s'apercevoir finalement qu'il a tué pour rien.

»Une seule chose me restait: apprendre à ne pas être aimé. Mais j'étais heureux, parce que j'avais tout le temps devant moi.«

Michel Tchang

Ausstellungen

Gleichzeitig mit den Ausstellungen im Kunsthaus und in den verschiedenen Kunstgalerien werden in Zürich seit kurzem zwei Ausstellungen gezeigt, die von Vereinigungen organisiert wurden, deren Ziel es ist, junge Künstler zu fördern. Das Merkwürdige an diesen Ausstellungen ist die tiefe Kluft, die sie voneinander trennt.

Die eine der Ausstellungen wurde von der Vereinigung »Viadukt« organisiert, die sich aus Kunstsachverständigen (Kritikern und Sammlern) und Donatoren zusammensetzt. Erstere wählen die Werke, fungieren daneben aber ebenfalls als Donatoren. Jeder Donator erhält entsprechend der von ihm einbezahlten Summe Gutscheine im Wert von 100 Franken, mit denen er wiederum aus den angekauften Bildern ein Werk nach seinem Geschmack erwerben kann.

Die andere Ausstellung wurde von jungen Künstlern organisiert, die dem Kulturzentrum »La Fourmière« nahestehen.

»Viadukt« zeigt in der neuen Glasgalerie des Kunsthauses eine Ausstellung von – abgesehen von einigen Werken – sehr mittelmässigem Niveau. Wäre das Ganze nicht so offiziell-amtlich aufgezogen, wäre man fast versucht zu glauben, es handle sich um einen schlechten Scherz. »La Fourmière« eröffnet die Ausstellung in einer privaten Villa am Zürichberg, und auch die mondäne, um nicht zu sagen vernobte Atmosphäre konnte die Freude über so viel Begabung nicht verderben. Es ist nur schade, dass der breiten Öffentlichkeit diese wunderschöne Ausstellung vorenthalten bleibt, um so mehr als mir diese Art Exklusivität im Widerspruch zum Kunstidealismus junger Künstler zu stehen scheint. Was aber heisst »La Fourmière«? Der nachstehende Artikel gibt nähere Auskunft darüber.

Michel Tchang

La Fourmière

Am 2. Juli – einem Donnerstag – werden sich zum achten Mal die Tore der Kontaktgalerie »La Fourmière II« an der Höschgasse 4 öffnen, um die Besucherscharen zu einer weiteren Ausstellung »à la Fourmière« zu empfangen.

Ausgestellt werden Plastiken von Armin Schnyder – einem jungen, langhaarigen, engagierten, sehr sympathischen Zürcher Künstler – und Graphiker von Berner Künstler Daniel de Quervain – Graphiken, die ihm an der II. Biennale della Grafika in Florenz eine Goldmedaille eingebracht haben.

Es dürften also selbst die anspruchsvollsten und verwöhntesten Galeriebetrachter auf ihre Rechnung kommen. Aber auch für all jene, die zwar kein übertrieben grosses Kunstverständnis, dafür aber Interesse und gute Laune mitbringen, wird der Abend zu einem Erfolg werden. Das war die Ankündigung für die Eingeweihten. Da es aber vielleicht immer noch Leute gibt, für die »La Fourmière« noch nicht zu einem Begriff geworden ist, sei hier eine kurze Geschichte unserer Galerie gegeben. Anfang April 1968 nisteten sich

im Seefeld, an der Lindenstrasse 7, ein paar Studenten in einem Abbruchhaus ein und richteten dort gleichzeitig eine Kontaktgalerie ein. Kontakt deshalb, weil es nicht das Anliegen war, Kunst zu verkaufen, sondern »unter die Leute zu bringen«. Gesucht wurde der Kontakt zwischen Publikum und Künstler, zwischen den Künstlern ebenso wie zwischen den Besuchern untereinander. Neben den Ausstellungen wurden Diskussionen, Lesungen, Musikabende etc. veranstaltet, alles in einer Stimmung und Atmosphäre, die man kaum beschreiben kann, die man erleben muss. Der junge Schriftsteller und Dichter Clemens Mettler hat das Phänomen La Fourmière so umschrieben: »Ein und dieselben Räume wurden Wohnung und öffentlicher Ort, persönlich durchlebter »Gemeinplatz« für Kulturpartizipation, und damit war eine neue Verbindung von Kultur und Leben er- oder gefunden; die private, im Kleinen gesellige Existenz der Studenten durchdrang und vermischte sich mit den geistigen Erregungen des grösseren Kollektivs, der Stadt, insoweit diese (als Produzenten oder Aufnehmende solcher Erregungen)

den Weg in die La Fourmière fand, und der Welt, indem auch viele ausländische, gern gar durchreisende Künstler eingeladen wurden, hier auszustellen und, sofern das möglich war, auch zu wohnen, jedenfalls so sein und zu diskutieren, Freunde und Freude und Umwelt zu haben; jeder neugierige Besucher aber wurde zum persönlichen begrüßten Gast, zum unverzüglichen Bekannten, zum, möchte ich fast sagen (wenn auch nur noch so momentanen)

Mitwohner: Kultur war im Leben daheim. Man hatte nie ein festes Programm. Man wusste oft nicht, was als Nächstes kam, hielt sich zur Verfügung, bereit fürs Zufliegende.« Dann kam, was zuerst wie das Ende der La Fourmière aussah: das Abbruchhaus wurde abgebrochen. Glücklicherweise fand die Galerie dann aber im Keller der Villa Egli an der Höschgasse 4 (neben Centre Le Corbusier und vis-à-vis Museum Bellerive, in würdiger Nach-

barschaft also) ein neues Obdach. Und wie sich das für eine Wiedergeburt gehört, wurde bei dieser Gelegenheit auch kräftig erweitert: der Organisationsstab wurde vergrössert ebenso wie das Aktionsprogramm. Neben Ausstellungen und Lesungen werden musikalische Anlässe, Diskussionen zum Thema »Wissenschaft und Umwelt« und über Probleme der Architektur, des Bildungswesens etc. und Theaterexperimente zur Durchführung gelangen.

Daneben möchte man aber auch Anlässe organisieren, die dazu dienen sollen, in vermehrtem Masse in Kontakt zu treten mit den Studierenden an beiden Hochschulen. Solche Anlässe wären zum Beispiel Diskussionen oder Seminarien, die von Studenten organisiert werden, für die aber die Räume der Galerie zur Verfügung stehen würden, oder es würden von der La Fourmière Ausstellungen in den Foyers an der Leonard- bzw. Voltastrasse organisiert. Weiter wäre es möglich, an den Hochschulen eine Art von künstlerischem Wettbewerb zu veranstalten, wobei die verschiedenen Werke anschliessend ausgestellt und die Preisträger prämiert würden. Die Preise wären dann allerdings eher symbolisch aufzufassen. Zur Realisierung dieser und anderer Ideen benötigt die La Fourmière aber weitere Mitarbeiter. Falls also Du, lieber Leser, dich interessierst, komm an der Höschgasse vorbei!

Da die Galerie natürlich weiterhin kein kommerzielles Unternehmen ist, sondern nach wie vor auf privater Basis (kein Klub, kein Verein) geführt wird, der Ausbau der Galerie aber ebenso wie jeder Anlass eine Unmenge Geld verschlungen hat und weiter verschlingt, ist die La Fourmière mehr als je dringender auf private Unterstützung angewiesen! Um sie daher vor einem neuerlichen, diesmal finanziell bedingten Untergang zu bewahren, versucht man einerseits Mäzene zu finden, die jeweils für einen Anlass die Patenschaft übernehmen, führt andererseits eine Künstlerkasse, die von den Gästen gespeist werden soll, und veranstaltet schliesslich spezielle Aktionen, zum Beispiel die Versteigerung gemeinsam gemalter Bilder. Das dürfte als kleiner Ueberblick genügen. Jetzt bleibt eigentlich nur noch zu hoffen, dass wir in Zukunft auch dich, lieber Leser, in der Kontaktgalerie La Fourmière zu unseren Gästen zählen dürfen.

Rainer Prögler



Das wär's!



BULLWORKER macht's möglich!

Mit dem BULLWORKER wird Ihr Körper in nur 5 Min. pro Tag in wirksamster Form trainiert. Wissenschaftlich erprobt. Fitness auf schnellstem Wege - dadurch grössere geistige und körperliche Leistungsfähigkeit!

BULLWORKER das meistgekaufte Heimtrainingsgerät der Welt!

Gratis-Farbdokumentation • Ohne Risiko

JA, senden Sie mir alle Details über das superwirksame Bullworker-Training, das mir garantiert zu athletischen Muskeln verhilft, bei nur 5 Minuten Training pro Tag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bullworker-Service der Tono AG
Dufourstrasse 145, 8034 Zürich

STU007

Als Feriegepäck: leicht, kompakt!

WURZEL

bei der Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST FÜR DAS WISSENSCHAFTLICHE BUCH

Tanzen Sie gerne?

Begeistert Sie fremdländische Volksmusik z. B. aus dem Balkan, dann gefällt es Ihnen in der Ferienanzwoche (auch für Anfänger) in Schwelbrunn AR vom 5. bis 11. Oktober 1970.

Kosten: Fr. 150.— inkl. Verpflegung und Unterkunft.

Anmeldung: Richi Holz, im Trübacker 4, 8600 Dübendorf, Tel. (051) 85 20 77.

Teilnehmerzahl beschränkt. Letzter Anmeldetermin 20. September.

volkstanzfreunde zürich



Einige Studenten arbeiten jeweils am Samstag und Sonntag als Gepäckarbeiter auf dem Flugplatz

Sie interessieren sich auch? Wir senden Ihnen gerne ein Anmeldeformular.

Swissair, Personaldienst/PBB, 8058 Zürich, Tel. 83 56 11, intern 4071

Erziehung zur »vollen geistigen und körperlichen Hingabe«

Artikel 42 aus dem Dienstreglement der schweizerischen Armee:

Disziplin ist die volle geistige und körperliche Hingabe des Soldaten an seine Pflicht. Unerbittliches Pflichtgefühl, das dem Soldaten in jeder Lage



Militärische Erziehung: Stabilisierung der zivilen Unterdrückung

Es gibt kein rein militärisches Autoritätsproblem. Das Militär spiegelt die gesellschaftspolitischen Verhältnisse nur schärfer und in der Regel mit einer zeitlichen Verschiebung wider.

Die absolute Eigengesetzlichkeit der Soldateska früherer Jahrhunderte wurde durch die allgemeine Wehrpflicht eingeschränkt. Im Gefolge der industriellen Revolution boten sich der Armee ähnliche Methoden der Menschenführung an, wie sie die Unternehmerschicht anwendete, um von dem Arbeitsprozess eingespannten Männern, Frauen und Kindern das Maximum an physischer Leistung zu erzwingen.

Zerfall der Autorität durch die Technisierung

Der hohe Technisierungsgrad einiger Truppenteile leistet der fachlichen Abhängigkeit der Vorgesetzten vom Untergebenen Vorschub. Diese Entwicklung wirft das ganze traditionelle Autoritätsverhältnis über den Haufen.

Aufrechterhaltung des traditionellen Autoritätsbegriffs

In den nichttechnischen Dienstbereichen (Infanterie-Gefechtsausbildung, Exerzieren, Innerer Dienst) kann der durch technische Sachgesetzmässigkeiten

Ist die sog. »Subversion« in der Schweiz heute etwas anderes als ein Hirngespinnst, das von untüchtigen Beamten gehegt und gepflegt wird, um von eigenen Versagen abzulenken? Es entbehrt wohl nicht einer gewissen Komik, wenn gewisse Offiziere der Sektion Heer und Haus ihren staunenden Zuhörern zu erklären versuchen, dass Organisationen, die sich um arme Witwen und Waisen kümmern, als subversive Keimzellen anzusehen sind, nur weil ihre Leiter teilweise politische Ansichten vertreten, die sich mit den Ansichten der Mehrheit der Bevölkerung nicht decken.

(Aus: Brun Bernhard. Aktuelle Probleme der schweizerischen Landesverteidigung)

in seinem Anspruch frustrierte Vorgesetzte zur Kompensation auf disziplinierte Methoden traditioneller Art zurückgreifen. Die während des gesamten

den rechten Weg weist, und ein starker Wille, der ihn befähigt, diesen Weg trotz Entbehrungen, Müdigkeit und Todesfurcht zu gehen, sind die Wurzeln der Disziplin.«

General Wille schrieb: »Für die militärischen Verhältnisse genügt es nicht, dass der Untergebene seinem Vorgesetzten gehorcht, weil er in ihm einen tüchtigen Mann erkannt hat und er den Befehl für zweckmässig hält. Das geht den Untergebenen nichts an. Sondern weil jener sein Vorgesetzter ist, deswegen hat er ihm zu gehorchen und deswegen hat er ihm auch als der Tüchtigere zu gelten.«

Obwohl das Dienstreglement und damit der Dienstbetrieb auf dieser kernigen, unverblümlten Formulierung basieren, wäre es falsch wenn auch verführerisch, das Autoritätsproblem satirisch-polemisch zu erledigen.

cher Leistungen, Verteilung von Spezialabzeichen etc., alles bewährte Methoden der industriellen Leistungsgesellschaft. Die militärische Ausbildung erfüllt aus diesem Sichtwinkel die wichtige Aufgabe, den jungen Mann im »männlichen« Ertragen archaischer Repressionsmechanismen zu trainieren. Das geht um so leichter, weil es ja »nur das Militär« ist. Raffiniert verschleierte, differenziertere Unterdrückungsmethoden werden als Erleichterung, ja im Gegensatz zu den alten als Freiheit schlechthin akzeptiert. Der militärisch »Vorgeformte« wird daher den zivilen Gehorsam fraglos ausüben, da sein Erfahrungshorizont im Dienst nur negativ erweitert wurde. Dabei sind die Ketten des Zivillebens für manche so drückend, dass sie in masochistischer Perversion den Militärdienst als Befreiung empfinden.

humanitärem Interesse, sondern ist eine Konsequenz der durch die Technisierung veränderten militärischen Arbeit. Solange die Liberalisierung lediglich auf psychologische Manipulation der Untergebenen abzielt, um die störungsfreie Funktion der Apparate zu sichern, kann von einer Demokratisierung nicht die Rede sein. Sie verschleiert im Gegenteil die wahren Machtverhältnisse weiter und zementiert den Status quo.

Militärdienstes durchgeführte Formalausbildung fungiert als wichtiges Mittel zur Wiederherstellung der skalaren Hierarchie. Der Gegensatz zur technischen Ausbildung bildet eine notorische Konfliktquelle. Exerzieren, Formalausbildung und Innerer Dienst eignen sich daher besonders als Hebel für weitreichende Kritik.

Die Verteidiger der Formalausbildung sind sich der Unbrauchbarkeit dieses Dienstes für den modernen Krieg bewusst, messen ihr jedoch einen erzieherischen Wert bei.

»Der nur handverwählt Ausgebildete, passiv Gehorchende oder sich widerstrebend Unterordnende ist nicht kriegerisch. Er wird zur Belastung für die Truppe und zu einer Gefahr für den Staat.« (Baudissin)

Der »pädagogisch wertvolle Kern« besteht de facto darin, dass der Offizier nur während des Formaldienstes in der Lage ist, alle Soldaten zu überblicken und ihnen allen gleichzeitig gleichlautende Befehle zu erteilen. Auch die Durchführung der Befehle kann der vor der Front postierte Aufseher unmittelbar überwachen. Der Untergebene muss die schematisierten Befehle sofort ausführen. Hier besitzt das traditionelle

Prinzip der Polarität von Befehl und absolutem Gehorsam noch unbeschränkte Gültigkeit. Diese Erniedrigungen provozieren den selbständig denkenden Untergebenen. Er wird zum individuellen Protest getrieben, der hier ohne Schwierigkeiten gehandelt werden kann.

Ins gleiche Kapitel gehört der übertriebene Reinlichkeitsdrill des Feldweibels, der zwar formaljuristisch mit dem missbrauchbaren Begriff der gebotenen Hygiene, der Schlagkraft der Armee oder der Fürsorgepflicht des Vorgesetzten begründet werden kann. Der Sauberkeitskult im Innendienst und sein Verhältnis zum Zweck demaskieren ihn in vielen Fällen als Akt persönlicher Willkür und als schikanöse Methode zur Aufrechterhaltung der Autorität. Als Beispiel sei erwähnt, wie unnachgiebig kleine Steine zwischen den Gummisohlen gehandelt werden und wie gleichgültig man sich andererseits gegenüber Waschgelegenheiten, Handtüchern im WC oder Geschirrtüchern in der Küche gibt. Es steht also nicht die Hygiene im Vordergrund, sondern die Ausrottung des rational-kritischen Denkens, der Abstumpfung des selbständigen Handelns.

Die Ideologie der momentanen Liberalisierungsphase

Demokratisierung wird nicht aus Gesinnung praktiziert, sondern aus zweckrationalen Überlegungen. Die Offiziersclique, die dem Soldaten nicht einmal einen schalen Abguss geistiger Eigenständigkeit gönnt, betrachtet die Untergebenen als amorphe Masse und verfährt nach der Devise: Die Kunst der Menschenführung besteht darin, den anderen zu veranlassen, von sich aus das zu wollen, was ich von ihm fordere. Angesichts solcher Lehrsätze entlarven sich die Reden vom Menschen als Mittelpunkt aller militärischen Dinge als zynisches Ziermuster. Der Gegensatz der persönlichen Willkür zu sachlich determinierten Kooperationsanforderungen muss mit ideologischen Taschenspielertricks weggetouchiert werden. Die freiwillige Unterwerfung unter die Autoritätsansprüche des Vorgesetzten wird als moralisch wertvolle Selbstüberwindung gefeiert.

Ein schweizerischer Divisionskommandant sprach vor den Offizieren eines seiner Regimenter. Nachdem der Stellvertreter des Regimentskommandanten in einem klaren und mutigen Exposé auf den jämmerlichen Ausbildungsstand des Regiments hingewiesen hatte, erwartete man vom Divisionär: 1. eine Orientierung darüber, wie er sich die Verbesserung der Ausbildung in seiner Division sachlich denke, und 2. klare Arbeitsanweisungen.

Davon war aber nicht die Rede. Die wesentlichen Punkte seiner Ansprache waren die folgenden:

1. Er gab seiner Sympathie für die griechische Militärregierung, die die Macht auf illegalem Wege errungen hatte, Ausdruck.
2. Er verurteilte Protestdemonstrationen für den Schutz der demokratischen Rechte in Griechenland und klassierte sie als linksextremistisch.
3. Er bezeichnete die Armee ganz allgemein als »moralische Kraft«.
4. Er verlangte mehr Vertrauen in unsere Führung.
5. Er forderte mehr »intellektuelle Disziplin«.
6. Haarschnitt.

(Aus: Aktuelle Probleme der schweizerischen Landesverteidigung, von Bernhard Brun)

Die in letzter Instanz durch Anwendung physischer Gewalt erzwingbare Disziplinierung des Untergebenen gibt sich als lobenswerte Selbstdisziplin.

»Zum guten Soldaten bedarf es keines grossen Gedankenaufwandes: es braucht die Kraft des Gemütes und jenes innere Ergreifensein, welches wir als Disziplin bezeichnen.« (Oberst Schuhmacher)

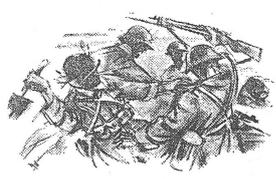
Es genügt also nicht, einen Offizier einfach zu grüssen, das wäre minderwertiger Kadavergehorsam, nein es gilt dem Offizier ergriffen, mit leuchtenden Augen die Reverenz zu erweisen. Nicht die physische Unterwerfung steht im Mittelpunkt, sondern die psychische.

Folgerungen

Das Millzheer ist in erster Linie ein innenpolitischer Machtapparat:

Die Militärhierarchie und ihr Machtapparat werden als notwendiges Übel zur Abschreckung des potentiellen Aggressors hingestellt. Die Ansprüche der militärischen Sozialordnung erscheinen daher identisch mit dem Wohl des Va-

terlandes, dem sich alle unterzuordnen haben. Das Aufbegehren wider die Forderung nach absolutem Gehorsam erhält somit den Geruch unpolitisch-er Perfidie (siehe Zivilverteidigungsbuch). Dass dieser Machtapparat aber vor allem innenpolitisch voll zum Zuge kommt, bezeugen nicht nur die historischen Daten, sondern auch folgende Passagen:



»Ich glaube an die Armee als nationales Erziehungsinstitut. Ich glaube an die sozialen und ethischen Werte, welche unsere Milizarmee dem Wehrmann - und damit dem Bürger - zu übermitteln berufen ist.

Ich glaube an die gesunden Kräfte und deren Entwicklungsfähigkeit, welche in unserer Volks-Armee verankert sind, an unsere Führer von heute und an die heranreifende kommende

»Das Recht der Kritik hat nur, wer bereit ist, etwas besser machen zu wollen. In der Armee heisst das: Kritikberechtigt ist, wer sich zur Weiterausbildung zur Verfügung stellt und gewillt ist, im höheren Grade Besseres zu leisten.« (Oberst i. Gst. Heinrich Wanner)

Generation.« (Der Offizier als Soldatenerzieher, Wehrpsycholog. Vorlesung für Offiziere, besonders Einheitskommandanten und Instr.-Anwärter, von Oberstleutnant Meier.)

»Die Armee als geistiges Widerstandszentrum und Ordnungsfaktor: Einen wesentlichen Beitrag zur Selbsterhaltung aber leistet die Armee bereits heute mit ihrem Einfluss auf die männlichen und einen Teil der weiblichen Bevölkerung im Sinne des nationalen Zusammenhalts. Dieser Beitrag darf angesichts der zunehmenden Radikalisierung des politischen Lebens und namentlich der fortschreitenden Krise der Autorität, die sich auch in der Schweiz noch zuspitzen wird, nicht unterschätzt werden.« (Allg. Schw. Militärzeitschrift, Nov. 69, S. 673)

Militärgruppe FSZ
Alle Zeichnungen sind dem Soldatenbuch entnommen.

Chemie

Vorbereitung auf Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni

Untere Zäune 21, Zürich 1
Tel. 34 50 77

CHANGE CHANGE CHANGE CHANGE

Fremde Noten
Reisechecks
Swiss Cheque

Kantonalbank



Es braucht die Kraft des Gemütes und inneres Ergreifensein...

HOCHSCHUL- PLANUNG

EINE SONDERBEILAGE ZUM

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule

Nr. 4

48. Jahrgang

Juli 1970

Zwischen Sachzwängen und Idealen

Von Thomas Fries

»Die Studentenschaft begrüsst dringend den Ausbau der Universität, glaubt aber, dass der Problematik des KSR-Berichtes noch verarbeitet werden muss, bevor die Strickhof-Planung weiter vorangetrieben wird.«

Dieser Grundsatz wurde vom GSR in der Debatte über den Strickhof-Bericht des KSR (erschienen in der Juli-Nr. des »ZS«) im letzten Februar 1970 einstimmig beschlossen. Es drückt sich darin ziemlich genau das Dilemma der Studentenvertreter über die vorliegende Strickhof-Planung aus. Auf der einen Seite steht das unbestrittene, dringende Bedürfnis fast aller Institute nach mehr Raum, das gerade auch die Studenten immer mehr belastet, auf der andern Seite bestehen gegenüber den vorhandenen Planungsgrundlagen Bedenken, die eine Zustimmung zum Projekt vorderhand verunmöglichen. Da man aber zweifellos die Planung nicht wieder von vorn aufrufen kann (es sei denn, man werde durch ein Nein des Zürcher Volkes dazu gezwungen), werden sich die Anstrengungen der Studenten darauf konzentrieren müssen, die bestehenden Grundlagen zu überarbeiten und zu verbessern und vor allem für die Zukunft für bessere Voraussetzungen zu sorgen. Im »Strickhof-Bericht« wurden die Beobachtungen und Überlegungen, die uns zu dieser Stellungnahme führten, ausführlich dargestellt. Inzwischen hat sich die Lage z. T. verändert; man sieht bestimmte Dinge genauer. Insbesondere haben sich aber für die Universität eine Reihe von Konsequenzen ergeben. Weiter ist festzustellen, dass sich die Planungsprobleme allenthalben bemerkbar machen (vor allem in negativer Hinsicht) und das Problembewusstsein für diese Fragen sich nach und nach schärft. Schliesslich hat der Streik der Psychologen gezeigt, dass die Raumnott ein buchstäblich unenträgliches Mass anzunehmen beginnt und dass zumindest eine Gruppe von Studenten diese Situation nicht mehr einfach hinnehmen will.

Quantitative und qualitative Aenderungen

Was ist überhaupt Planung? Für viele Leute ist das Problem sehr einfach: eines Tages hat man zu wenig Platz, dann sucht man Platz, baut ein mehr oder weniger schönes Projekt, und dann geht es wieder. So wurde bis vor nicht allzu langer Zeit auch tatsächlich »geplant«, die Ergebnisse davon sehen wir heute. Bezeichnend ist auch, dass das Wort Planung ebenfalls bis vor nicht allzu langer Zeit für viele Leute keinen guten Klang hatte; ein Planer galt und gilt manchmal auch heute noch als »Kommunist«, zumindest als höchst verdächtiger Intellektueller mit illusorischen Vorstellungen. Heute aber beginnt man sich an den zuständigen Stellen um Leute mit Planungserfahrungen zu reissen. Eine Universitätsplanung gab es deshalb während Jahrzehnten überhaupt nicht; man lebte von der Hand in den Mund, was auch schlecht und richtig ging, denn die Universität veränderte sich qualitativ und quantitativ nur wenig. Dagegen hat seit Beginn der sechziger Jahre ein sehr rascher Wandel eingesetzt: Die Studentenzahlen stiegen von 2590 (WS 1960/61) auf 8340 (WS 1969/70), also eine Zunahme von über 300%! In diesem Sommersemester ist zwar (wie meistens im Sommersemester) ein leichter Rückgang zu verzeichnen, die Expansion der Mittelschulen und die Umschichtung der Bildung lassen aber einen weiteren, vermutlich weniger rapiden Zuwachs erwarten. Neben dieser quantitativen Erweiterung der Studentenzahlen (das Lehrpersonal erhöhte sich im gleichen Zeitraum viel weniger stark (1960/61: 82 ordentliche und 40 ao. Professoren, 1969/70: 120 ordentliche und 54 ao. Professoren), die alle Erwartungen übertraf, entwickelten sich auch ver-

schiedene Wissenszweige rapid, völlig neue Gebiete entstanden, und damit stiegen natürlich auch die Bedürfnisse der Institute an Raum und technischen Einrichtungen enorm. Im weiteren haben sich auch die Vorstellungen über das Lernen verändert: während noch zu Beginn des Jahrzehnts die Magistral-

vorlesung den Mittelpunkt bildete, tendiert man heute auf Arbeit in kleinen Gruppen, auf Verminderung der Vorlesungen zugunsten der Seminarübungen, auf forschendes Lernen, auf Mitbestimmung und Mitverantwortung der Lernenden beim Lehr- und Wissenschaftsbetrieb.

eine verhältnismässig geringe Studentenquote hat, die andere Staaten schon Jahre zuvor erreicht oder überschritten hatten... weiter dass sich auch die öffentlichen Aufwendungen für Bildung und Wissenschaft in geringem Umfang halten und dass die Schweiz in bezug auf die Sozialstruktur der Bildung ein vergleichsweise unterentwickeltes Land ist. Daneben enthält die Prognose auch schon Ansätze zu einer Bedarfsplanung: Man fragt nach dem Akademikerbedarf der Schweiz; welche Akademiker werden in welchen Sparten und in welcher Zahl benötigt? Welche Rückwirkungen ergeben sich daraus für die Universität, für die Mittelschulen? Welchen Wert hat eine höhere Bildung heute? usw. Und nicht zuletzt wird darin auch die Entwicklung der Mittelschulen berücksichtigt, denn kein Student kommt aus dem Nichts an eine Universität.

Sind Prognosen auf die Wünsche der Planer zugeschnitten?

Mit allen diesen offensichtlichen Veränderungen sind wir schon mitten im Problem der Planung drin. Will man Neubauten erstellen, so sollte man doch ungefähr wissen für welches Volumen. Wie viele Studenten sind aber zu erwarten 1970, 1975, 1980, 1990? Und wieviel Platz brauchen sie? Brauchen sie mehr Hörsaalplätze oder eher Labor- und sonstige Arbeitsplätze? Braucht es eher Grossauditorien oder mehr Räume für Gruppenarbeit und -unterricht? Diese Fragen hat man schon 1961 gesehen: 1962 und 1964 wurden Studentenzahlenprognosen erstellt; sie sind katastrophal falsch. Die Prognose von 1962 erwartet für das Jahr 1980 6670, für das Jahr 2000 8360 Studenten. Wenig später wurde sie vom Statistischen Seminar der Universität revidiert, wo man tiefere Zahlen prophezeite: für 1980 5500 und für 2000 6420 Studenten. 1964 zeigte sich bereits klar, dass diese Zahlen nicht stimmen konnten. Eine neue Prognose wurde angefertigt, doch auch sie hat sich als völlig ungenügend erwiesen. Für 1980 werden dort 7460, für 2000 9440 Studierende erwartet; diese Prognose figuriert im Richtplan von 1969 immer noch als Richtzahl, obwohl die Studentenzahl, die darin für 1990 vorausgesagt war, damals bereits erreicht war.

Warum sind diese Prognosen derart falsch? »Prognosen sind immer eine unsichere Sache«, wird gerne behauptet. Doch es gibt auch Prognosen, die stimmen, z. B. eine für die gesamtschweizerische Entwicklung ausgefertigte Berechnung von Prof. Kneschaurek. Woher dieser Unterschied kommt, zeigt sich leicht, wenn man die Prognosen nach ihren Kriterien befragt. Während die ersten beiden Zürcher Prognosen lediglich die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigen, geht die dritte immerhin (allerdings ohne jede nähere Begründung) von einer Erhöhung der Studentenquote auf 9,0 der 20- bis 24-jährigen aus. Dagegen berücksichtigt die

Prognose von Prof. Kneschaurek: Kritische Bemerkungen zu den Prognosen über die Entwicklung des Hochschulstudiums in der Schweiz und Schlussfolgerungen in bezug auf den notwendigen Ausbau unserer Hochschulen; in: Wirtschaft und Recht, Nr. 3, 1963, S. 155-167) wesentlich mehr inhaltliche Faktoren, indem sie mit den Verhältnissen im Ausland Vergleiche anstellt. So zeigt sich etwa, dass die Schweiz

In Deutschland: Erhöhung der Studentenzahlen um 250 Prozent

Damit hat sich ein Problem, das zu Beginn noch relativ einfach aussah, bereits recht kompliziert entwickelt. Heute ist die Lage noch schwieriger geworden. In Deutschland etwa ist ein vollständiges Umdenken gegenüber der höheren Bildung erfolgt. Man rechnet nach Angaben des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung damit, dass bis 1980 50% eines Altersjahrganges das Abitur absolvieren und davon wiederum 50% ein Hochschulstudium ergreifen. Das bedeutet eine etwa 250%ige Erhöhung des heutigen Verhältnisses! Sogleich stellt sich aber

auch die Frage: Können alle Absolventen eine entsprechende Anstellung finden? Welche Stellen bietet die Wirtschaft an (Bedarfsplanung)? Und schliesslich die wichtigste: Wer bezahlt? In Deutschland würde die Erfüllung des genannten Plansolls eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Wissenschaft und Bildung von 5 auf 8% des Bruttosozialproduktes bedingen. Gerade diese grundlegenden Finanzierungsprobleme stellen sich auch bei uns in nicht minderer Masse, wenn sie auch gegen aussen hin weniger in Erscheinung treten.

Ein dringendes Erfordernis: Nationale Koordination

Ein weiteres Problem stellt sich so gleich: die wirtschaftliche Bedarfsplanung erfolgt in erster Linie auf gesamtschweizerischer Ebene. Zusätzlich trägt der Bund 40-60% der Investitionen für Hochschulneubauten und einen weiteren Teil der Betriebsausgaben. Die Hochschulen sind also ein *gesamthafes, nationales Problem*; eine Koordination ist absolut erforderlich. Wenn etwa die Neugründungen in Aarau und Luzern erörtert werden, so haben diese Programme auf die Planung der Erweiterungsbauten in den andern Schweizer Hochschulen grossen Einfluss. Wenn

auf einem bestimmten Gebiet, wie etwa der Medizin, ein besonders akutes Platzproblem besteht, müssen Neugründungen und Erweiterungen nachhelfen und sich gegenseitig unterstützen; in Aarau wurde nun aber ausgerechnet die Humanmedizin aus dem vorgesehenen Plan ausgeschieden. In Luzern sind nur propädeutische Studiengänge vorgesehen; das hat wiederum auf die Konzeption der Erweiterung in Zürich einen gewissen Einfluss, denn gerade die Diplomanden und Doktoranden der Naturwissenschaften brauchen ausserordentlich viel Platz

und Material. Planung ist also weitgehend auch eine Frage der Koordination. Diese Koordination muss aber politisch möglich sein; ein Gremium wie etwa die Schweizerische Hochschulkonferenz muss die Kompetenz für eine koordinierende Tätigkeit erhalten - der Weg der Subventionsverweigerung, den sie gegenwärtig als einziges Recht besitzt, ist höchstens eine negative Koordination, keinesfalls aber eine sinnvolle Planung. Gesetzliche Grundlagen für eine Koordination müssen also erst einmal geschaffen werden, wobei da natürlich allgemein politische Einflüsse (z. B. der Föderalismus) wirksam werden.

Strukturelles Denken und Planen

Es zeigt sich demnach, dass sich auf die Projektierung eines Hochschulbaus eine ganze Reihe von Faktoren auswirkt, die zueinander in sehr vielschichtigen Verbindungen stehen; und nur ganz wenige Faktoren sind speziell bautechnischer Natur. Diese Faktoren stehen aber nicht gleichberechtigt zueinander; auf der einen Seite sind sie mehr oder weniger bekannt, mehr oder weniger innerhalb des Systems bestimmt, auf der andern Seite sind sie ungleichzeitig. Was das erstere anbelangt, so zeigt schon das Beispiel Strickhof, dass nur eine optimale Aufklärung über die verschiedenen Faktoren optimale Planungsgrundlagen schafft; je schlechter und knapper die Informationen, desto unbrauchbarer die Planungsansätze. Die Planung muss also versuchen, das ganze Netz der Faktoren so weit als möglich zu erhellen; sie muss insbesondere die einzelnen Faktoren aus ihrer Isolierung (welche wissenschaftlich unhaltbar ist) lösen und die Verbindungen herstellen. Hierin gewinnt der alte Gedanke der »Universitäts« ein neues Profil; in der Tat werden oder sollten ja alle diese Gebiete (wie in unserem Beispiel die Bildungsplanung, die Bildungsforschung, die Bildungsökonomie, die Statistik, das Verwaltungsrecht usw.) in der Universität behandelt werden, und tatsächlich liegen dort denn auch schon Resultate vor, die nur darauf warten, verwertet zu werden. Dieses interdisziplinäre Arbeitspotential muss für die Planung ausgenutzt werden, was freilich die Entwicklung eines entsprechenden organisatorischen Planungssystems verlangt.

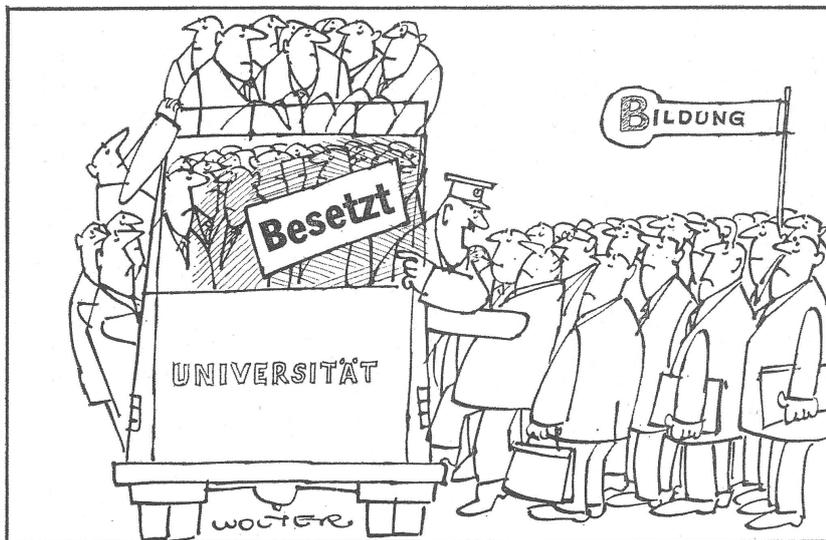
Zwischen Sachzwängen und Entscheidungsspielräumen

Ein derartiges System lässt sich nun nicht Schritt für Schritt verbessern, denn, wie schon gesagt, die verschiedenen Faktoren verhalten sich ungleichzeitig zueinander. So ist die Tatsache, dass in Zürich und seiner nächsten Umgebung nur das Strickhof-Areal als grösserer Freiraum vorhanden ist, ein im Laufe der Zeit herausgebildeter Faktor, den man nicht rückgängig machen kann. Ein solcher Faktor wird zum Sachzwang. Es nützt unter diesen Umständen also relativ wenig, wenn man sich heute Gedanken über die Wünschbarkeit einer Beibehaltung der räumlichen Einheit der Universität macht. Eine andere Frage ist freilich, wie man einen Sachzwang einschätzt. Die niedrige Ausnutzungsziffer des Hochschulviertels etwa ist ein Sachzwang, der unter bestimmten politischen Voraussetzungen geändert werden könnte; dann wäre die Beibehaltung einer Gesamt-Universität im Hochschulviertel unter Umständen noch möglich. (Durch die Errichtung der Kantonsschule Rämibühl ist freilich ein neuer Sachzwang geschaffen worden, der eine solche Konzeption zumindest sehr erschwert.)

Diese Sachzwänge bestehen immer; die Planung kann also nie an einem »Punkt null« einsetzen, von vorn beginnen; sie setzt gewollt oder ungewollt immer schon mitten drin ein, und während sie ihre eigenen Grundlagen verbessert, muss sie bereits realisieren; sie muss bauen, auch dann, wenn die Bauten bei ihrer Fertigstellung von den Planungsgrundlagen her bereits wieder überholt sind.

Damit sind zwei sehr wichtige Postulate gegeben:

(Fortsetzung auf Seite 16)



»Mann, haben Sie keine Ahnung, was ein neuer Bus kostet!«

(Aus: »Der Spiegel«)



Fluntern

Die Bank für Professoren,
Assistenten, Studenten
berät Sie in Ihren finanziellen
Problemen, wie

Kredit

für Praxiseröffnung,
Zahlungsverkehr mit In-
und Ausland, Kapitalanlage.



Lassen Sie sich von uns beraten.
Unser Verwalter H. P. Keller
steht zu Ihrer Verfügung.

Telefon 475747, bei der alten
Kirche Fluntern, Tram 6 und 5,
zu Fuss 5 Minuten ob
Kantonsspital.

Coiffeur E. Hotz
Zürich 1 Rindermarkt 19

Für Studenten
**Ermässigung
Haarschneiden**
ausgenommen
am Samstag
Dienstag den ganzen
Tag geschlossen



Einige Studenten
werden in den
Semesterferien drei,
vier oder mehr
Wochen auf dem
Flugplatz z. B. als
Gepäckarbeiter
tätig sein.

Sie interessieren sich auch? Wir sen-
den Ihnen gerne ein Anmeldeformu-
lar.

Swissair, Personaldienst/PBB,
8058 Zürich, Tel. 83 56 11, Intern 4071



Vor und nach dem Kolleg
eine Erfrischung im

Café Studio
Zürich, beim Pfauen

Und für verwöhnte Ansprüche

Hotel Florida
Bar, Restaurant, Sitzungszimmer
Seefeldstrasse 63

FIDES

sucht

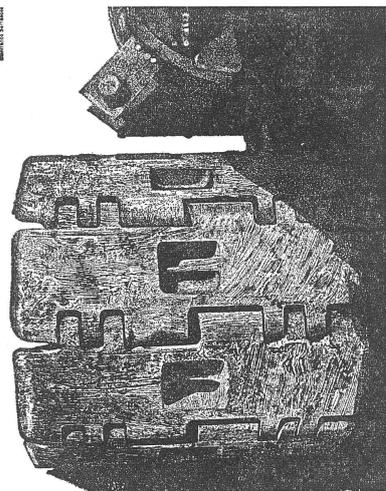
Mathematiker Physiker Ingenieure

schweizerischer Nationalität, die über eine Grundausbildung in Datenver-
arbeitung verfügen und an einer Weiterbildung in ihren Anwendungs-
bereichen interessiert sind. Wir bearbeiten umfangreiche und vielseitige
Aufträge in der Schweiz und im Ausland. Zu unseren Auftraggebern ge-
hören namhafte Unternehmen aus Industrie, Finanzwirtschaft und Verkehr
sowie der öffentlichen Verwaltung.

Wir bieten Ihnen ein angenehmes Betriebsklima, interessante und an-
spruchsvolle Aufgaben, Erweiterung der Erfahrungen und Weiterbildungsmö-
glichkeiten in einem Team aufgeschlossener und vielseitig qualifizierter
Kollegen, gutes Salär, soziale Entrichtungen etc.

Senden Sie Ihre Bewerbungen mit kurzen Angaben über Ihre bisherige
Tätigkeit an den Personalchef der

FIDES Treuhand-Vereinigung
Hochhaus z. Palme, Bleicherweg 33
8002 Zürich
Telephon (051) 25 78 40



Baumaschinen

Robert Aebi AG

Zürich
Uraniastrasse 31/33
Telefon 051/231750

GAULOISES



**Französischer
Charme und die Gauloises:
das sind Dinge, die ich mag.
Und – die Gauloises ist ja
die Zigarette mit
echt französischem Tabak.**

Auszüge aus dem Fachstellenbericht

Hochschulplanung:

Die ersten Entscheidungen sind die wichtigsten

Vor rund 10 Monaten hat die Schweizerische Hochschulkonferenz gemäss einer Verordnung des Hochschulförderungsgesetzes eine »Fachstelle für Hochschulbauten« eingesetzt, welche – so das Reglement der Fachstelle – die Hochschulkonferenz bei der Beurteilung der Bauvorhaben und Projekte nach ihrer planerischen, technischen und wirtschaftlichen Konzeption unterstützen soll. Zudem hat die Fachstelle »allgemeine Richtlinien für Planung von Universitätsbauten« aufzustellen.

In einem ersten Bericht vom April 1970 befasst sich die Fachstelle mit den ihr zugeteilten Aufgaben, mit »grundsätzlichen Überlegungen zu ihrer eigenen Arbeit«, mit dem heute üblichen Vorgehen bei Hochschulplanungen, wo Kritik erst dann einsetzen kann, wenn wesentliche Entscheidungen bereits getroffen sind. »Die gesetzlichen Grundlagen und das Reglement der Fachstelle – so in der Einleitung dieses Berichtes – lassen deutlich erkennen, dass der Wille zu einer umfassenden Beratung der Hochschulkonferenz durch die Fachstelle vorhanden ist, andererseits aber zur Wahrung des »kooperativen Föderalismus« besonders in der Aufgabe der Beurteilung der Gesuche, Einschränkungen festzustellen sind, welche an der Wirksamkeit der Fachstelle Zweifel aufkommen lassen.«

Die folgenden Auszüge aus dem »Fachstellenbericht«, welcher allerdings von der Hochschulkonferenz noch nicht genehmigt worden ist, lassen deutlich werden, dass das heutige Verfahren, das Kontrollen erst dann möglich macht, wenn die wesentlichen Entscheidungen bereits getroffen sind, wenig Sinn hat. Demgegenüber schlägt die Fachstelle vor, dass verbindliche Richtlinien und Normen aufgestellt werden müssten und die Hochschulkonferenz resp. die ihr untergeordnete Fachstelle bereits vor der Vorplanung beigezogen wird.

Die Analyse der gesetzlichen Grundlagen der Fachstelle (siehe Kästchen) lassen zwei grundsätzlich verschiedene Aufgabenbereiche erkennen: Einerseits soll die Fachstelle Gesuche im Zusammenhang mit der Subventionsprechung für Hochschulbauten beurteilen, andererseits Vorschläge und Empfehlungen für zweckmässige und kostengünstige Hochschulbauten ausarbeiten.

Beschnittene Funktionen

Das Gesetz geht offensichtlich davon aus, dass die Kantone vor Einleitung des Vorverfahrens je für sich das Bedürfnis und den Investitionsaufwand abklären und das Raumprogramm aufstellen. Es liegt jedoch im Aufgabenbereich der Hochschulkonferenz und des Wissenschaftsrates, gemäss Art. 23.2 HFV (Vorverfahren) die »Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer sinnvollen Zusammenarbeit aller schweizerischen Hochschulen und auf ihre Zweckmässigkeit zu prüfen. Aber

auch diese Prüfung ist laut der geltenden Bestimmungen erst in einem Zeitpunkt möglich, wenn die Programme bereits festgelegt sind.

Die Fachstelle möchte hier hervorheben, dass die »sinnvolle Zusammenarbeit aller schweizerischen Hochschulen« eminente Auswirkung auf die Bemessung eines Planungs-, Bedarfs- und Raumprogrammes haben kann.

Damit kommt der Planungsperiode vor Einleitung des Vorverfahrens, insbesondere der Erarbeitung der planerischen und wirtschaftlichen Konzeption, aus gesamtgesellschaftlichen Aspekten, eine besondere Bedeutung zu.

Diese Aufgabe, insbesondere die Beurteilung der planerischen und wirtschaftlichen Konzeption, wird jedoch mit dem Wortlaut des Art. 23.1 HFV (Vorverfahren) »nach Abklärung des Bedürfnisses, Festsetzung des maximalen Investitionsaufwandes und Ausarbeitung des Raumprogrammes...« wesentlich eingeschränkt.

Kein Einfluss auf die wichtigsten Entscheidungen

Die Beurteilung der Gesuche wird durch den Umstand, dass diese nach der Festlegung der wesentlichen Planungsentscheide, auf welche die Fachstelle keinen Einfluss hat, darauf beschränkt, die eingereichten Unterlagen mit dem vorhandenen und dem noch zu erarbeitenden Material zu vergleichen. Gegebenenfalls kann die Fachstelle die einreichende Instanz auf festgestellte Divergenzen aufmerksam machen. Eine einigermaßen wirksame Beurteilung wird lediglich im technischen Bereich möglich sein. Aber auch hier wird das bereits vorliegende Raumprogramm, welches der Beurteilung entzogen ist, seinen wesentlichen Einfluss auf die technischen Aspekte eines Bauvorhabens ausüben, so dass die Beurteilung eines Gesuches sich de facto auf eine Prüfung der sinnvollen Übereinstimmung der Projekte mit den vorgegebenen Unterlagen beschränkt.

Wie verbindlich sollen Richtlinien sein?

Die zweite Aufgabenstellung ist sowohl in der vorliegenden Fassung (siehe Kästchen: Reglement Art. 4.2) wie in einem von der SAKH (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Koordination im Hochschulbau) ausgearbeiteten Gegenvorschlag ungenügend. Neben organisatorischen Regelungen müssen vor allem die Definitionen der Begriffe »Festlegungen«, »Normen«, »Richtlinien« und »Empfehlungen« präzisiert werden. Die Festlegungen, Normen und Richtlinien sollen sich weniger auf die Lösung der gestellten Aufgaben, d.h. auf die Ausführung, sondern vielmehr auf die zu erbringende Leistung, d.h. auf die Aufgabenstellung, beziehen.

Zweifelloso liegt es im Interesse der Hochschulkonferenz im allgemeinen und der Fachstelle im besonderen, nicht erst im Prüfungsverfahren auf die Empfehlungen und Richtlinien hinweisen zu müssen, sondern als beratendes Organ schon vor dem Vorverfahren, also in der Planungsphase, aufzutreten, in welcher die planerische und wirt-

schon, dass die Gewichtigkeit dieser Situation sehr unterschiedlich ist. Sie haben zum Teil rein privaten Charakter und stark spezialisierte Aufgabenbereiche, was eine Koordination ihrer Bemühungen sehr erschweren dürfte.

Es soll hier nur kurz die Stellung des Wissenschaftsrates und der Hochschulkonferenz sowie der Fachstelle untersucht werden.

Der grosse Umfang dieser Bemühungen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewichtigkeit dieser Institutionen sehr unterschiedlich ist.

Sie haben teilweise rein privaten Charakter und stark spezialisierte Aufgabenbereiche, was die Koordination ihrer Bemühungen sehr erschweren dürfte.

Es soll im folgenden darum nur die Stellung der Fachstelle innerhalb der institutionellen Struktur des Hochschulförderungsgesetzes untersucht werden (siehe Schema Nr. 14, unten).

Der Wissenschaftsrat und die Hochschulkonferenz sind als konsultative Organe eingesetzt.

Das folgende Zitat soll deren Verhältnis und Aufgabenbereiche beleuchten:

»Beide Organe sind an sich gleichrangig. Aus ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung und anderen funktionellen Ausrichtungen ergibt sich indessen eine sinnvolle Arbeitsteilung. Dem Wissenschaftsrat kommen eher grundsätzliche und richtliniensetzende Aufgaben zu, der Hochschulkonferenz eher solche der praktischen Ausführung. Der Wissenschaftsrat wird sich um eine Gesamtschau der schweizerischen Hochschulproblematik bemühen müssen; er wird gestützt darauf Grundsätze und Richtlinien für die Gestaltung und Entwicklung der Hochschulen formulieren. Die Hochschulkonferenz hieviederum wird die Stelle sein, in der sich Kantone und Universitäten zur Beratung und kooperativen Lösung der gemeinsamen Aufgaben vereinigen.«

(Nach H. Scheurer, Abteilung für Wissenschaft und Forschung »Hochschulförderung«.)

Die Fachstelle ist als Arbeitsgremium in baulichen und planerischen Fragen der Hochschulkonferenz beigeordnet, wobei sie in ihrer richtliniensetzenden Funktion vom Institut für Hochbauforschung an der ETH und der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Koordination im Hochschulbau sowie von weiteren Experten unterstützt werden kann.

Die Aufgabe des Wissenschaftsrates ist es, eine Gesamtschau der schweizerischen Wissenschaftspolitik zu erarbeiten und daraus »Grundsätze und Richt-

Die gesetzlichen Grundlagen der Fachstelle

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hochschulförderung

Art. 4.2 Die Hochschulkonferenz schafft eine Fachstelle für Hochschulbauten, die im besonderen Vorschläge für zweckmässige und kostengünstige Hochschulbauten ausarbeitet.

Reglement der Fachstelle für Hochschulbauten

- Art. 4.1 Die Fachstelle für Hochschulbauten unterstützt die Schweizerische Hochschulkonferenz bei der Beurteilung der Bauvorhaben und Projekte nach ihrer planerischen, technischen und wirtschaftlichen Konzeption.
- 2 Sie stellt allgemeine Richtlinien für Planung und Universitätsbauten auf, in Verbindung mit dem Institut für Hochbauforschung der ETH und mit der Arbeitsgemeinschaft für Koordination im Hochschulbau.
- 3 Sie stellt zuhanden der Kantone Dokumentation zur Verfügung.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hochschulförderung

Art. 23 Vorverfahren

- 1 Nach Abklärung des Bedürfnisses, Festsetzung des maximalen Investitionsaufwandes und Ausarbeitung des Raumprogrammes kann jeder Träger einer Hochschule oder Institution in bezug auf Investitionsvorhaben, für das es einen Beitrag in Anspruch nehmen will, bei der Hochschulkonferenz das Vorverfahren einleiten.
- 2 Das Vorverfahren dient der Vorabklärung, Verbesserung und Bereinigung der Investitionsvorhaben im Hinblick auf das Hauptverfahren. Die Projekte sind namentlich auf ihre Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer sinnvollen Zusammenarbeit aller schweizerischen Hochschulen und auf ihre Zweckmässigkeit zu prüfen.
- 3 Der Wissenschaftsrat kann von sich aus oder auf Ersuchen hin gegenüber der Hochschulkonferenz zu einzelnen Fragen Stellung nehmen.
- 4 Ein Vorverfahren ist auf jeden Fall einzuleiten, wenn es sich um grosse Sachinvestitionen handelt. Als solche gelten Aufwendungen für Gebäude von 5 Millionen Franken und mehr sowie Kosten für Apparatsbeschaffungen von 1 Million Franken und mehr. Die Hochschulkonferenz hat bezüglich dieser Vorhaben stets die Meinungsäusserung des Wissenschaftsrates einzuholen.

Art. 24 Hauptverfahren

Nach Abschluss eines Vorverfahrens reicht der Gesuchsteller das ausgearbeitete Projekt bei der Hochschulkonferenz ein. Diese leitet es nach allfälliger Bereinigung mit dem Gesuchsteller, zusammen mit ihrem Antrag an den Wissenschaftsrat, zuhanden des Departements des Innern weiter.

linien für die Gestaltung und Entwicklung der Hochschulen abzuleiten. Diese Aufgabe erhält auch besonderes Gewicht im Hinblick auf die Prüfung von Projekten, wie sie in der Hochschulverordnung Art. 23 (Vorverfahren) vorgesehen ist.

Die Projekte sind dabei namentlich auf ihre Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer sinnvollen Zusammen-

arbeit aller schweizerischen Hochschulen, zu prüfen. Dies setzt Konzeption voraus, die neben bildungspolitischen auch landsplanerische und hochschulplanerische Aspekte umfasst. Die Fachstelle möchte darauf hinweisen, dass ihres Wissens bis jetzt kein Organ existiert, das auf der Ebene des Wissenschaftsrates diese Aufgabe erfüllt.

Die Komplexität von Hochschulplanungen

Um ihren Aufgabenbereich auf der sachlichen Ebene der Hochschulplanung näher zu bestimmen, versuchte die Fachstelle, die auftretenden Probleme und ihre gegenseitige Verknüpfung darzustellen. (Siehe Schema

Nr. 2.) Das Schema zeigt die Komplexität des Gebietes der Hochschulplanung und versucht eine Gliederung der wesentlichen Einflussbereiche:

Das spezielle Gebiet der Bauplanung steht in einer Wechselwirkung mit dem Bereich der Bildungsplanung einerseits und mit dem Bereich der Orts-, Regional- und Landesplanung andererseits.

Ausgehend von der Beurteilung von Gesuchen durch die Fachstelle lässt sich folgendes sagen: Wesentliche und weittragende Entscheide sind bei der Einreichung eines Projektes im Vorverfahren schon gefallen. Die Fachstelle muss sie vorläufig als Voraussetzungen in ihre Beurteilung aufnehmen, wenn sie nicht einfach den ganzen Prozess einer Hochschulplanung bremsen oder gar blockieren will. Ihre Einwände können sich dann meist nur auf der Ebene von bautechnischen Verbesserungen bewegen. (Siehe Schema Nr. 2.)

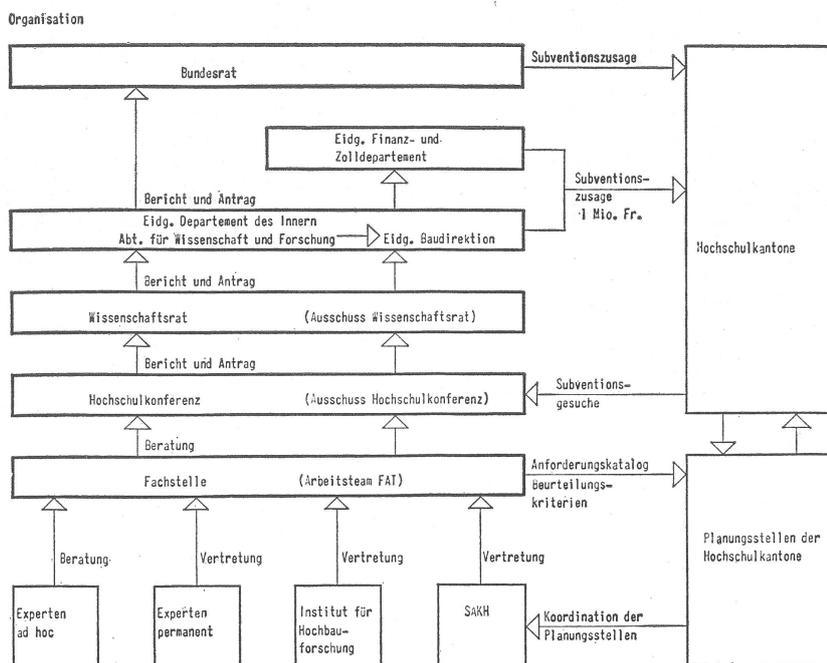
Die Vorschläge der Fachstelle, in der allgemeinen Formulierung der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hochschulförderung (Art. 4.2.4) umfassen im Prinzip das ganze Gebiet der Hochschulplanung. Die Ausdehnung der Tätigkeit der Fachstelle auf eine Vorplanungsphase würde aber wegen der Komplexität der Probleme eine weitgehende Zusammenarbeit mit Fachleuten anderer Disziplinen verlangen.

Nachholbedarf schlägt sich in »Sachzwängen« nieder

Der Versuch, die auftretenden, komplexen Probleme der Hochschulplanung grundsätzlich anzupacken und Missständen Abhilfe zu schaffen, stösst auf den Widerstand von 3 Gruppen von Sachzwängen, die dieses Unterfangen verhindern (siehe Claus Offe: »Sachzwang und Entscheidungsspielraum«, Stadtbauwelt 23, Heft 38/39 1969).

1. Institutionelle Sachzwänge: Sie bestehen im Ungenügen und der Schwerfälligkeit von gesetzlichen Grundlagen

Schema Nr. 1



(Fortsetzung von S. 15)

und dem Fehlen von Institutionen, die als Träger der Planungen in Frage kämen.

2. Sachzwänge, die aus einem Zeitdruck resultieren: Sie entstehen unter dem Druck von unmittelbar und dringend auftretenden Problemen, die mittels ad hoc gefasster Entschlüsse und Entscheidungen zu lösen versucht werden und dadurch ihrerseits wieder die künftige Entwicklung präjudizieren.

3. Knappheit von materiellen Mitteln. Dieser Zwangslage gilt es in Zukunft so weit als möglich zu entgehen und einen ständig sich erweiternden Entscheidungsspielraum zu schaffen, der eine grundsätzlichere Lösung der auftretenden Probleme erlaubt.

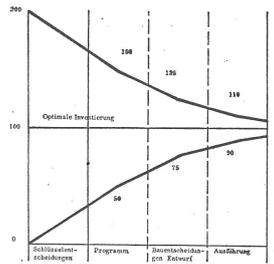
Untersuchung der Planungsmechanismen

Das Aufzeigen der Problematik und der Wunsch, sich aus der Zwangslage zu befreien, darf nun aber niemals dazu führen, dass ein Bruch in der Kontinuität der Entwicklung entsteht, sondern die Fachstelle erachtet es als äusserst wichtig, dass die reibungslose Abwicklung der Geschäfte der Fachstelle, nämlich die Behandlung von Gesuchen gewährleistet bleibt.

Gleichzeitig und parallel dazu muss der Prozess der allmählichen Befreiung aus den Sachzwängen eingeleitet werden, um den nötigen Entscheidungsspielraum zu schaffen.

Eine erste Voraussetzung dazu, die auch unmittelbare Früchte tragen könnte im Hinblick auf die Revision des Hochschulförderungsgesetzes, wäre die Untersuchung von Planungsmechanismen, wie sie bei einer Hochschulplanung auftreten. Dabei müssten grundsätzlich die folgenden drei Aspekte berücksichtigt werden, aus denen Folgerungen für einen rationellen und wirksamen Planungsablauf resultieren könnten:

1. Der Umfang einer Hochschulplanung und die gegenseitige Verflechtung der auftretenden Problemkreise. Dabei



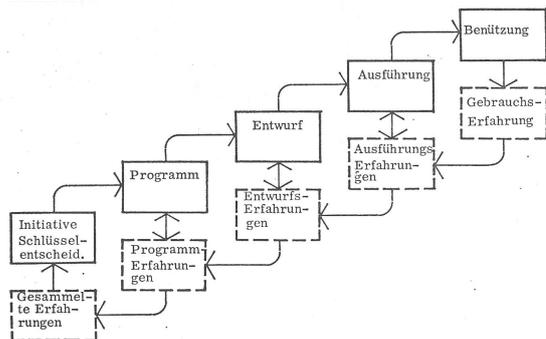
Mit der zunehmenden Nähe zur Ausführung eines Projektes nimmt die Tragweite der Entscheidungen ab. Die wichtigsten Entscheide werden am Anfang getroffen.

wären grundsätzlich alle Faktoren, die die eigentliche Bauplanung beeinflussen (wie z.B. Bildungs- und Landesplanung) zu berücksichtigen.

2. Der Prozesscharakter der Planung, d.h. deren zeitlicher Ablauf in ihren wesentlichen Phasen.

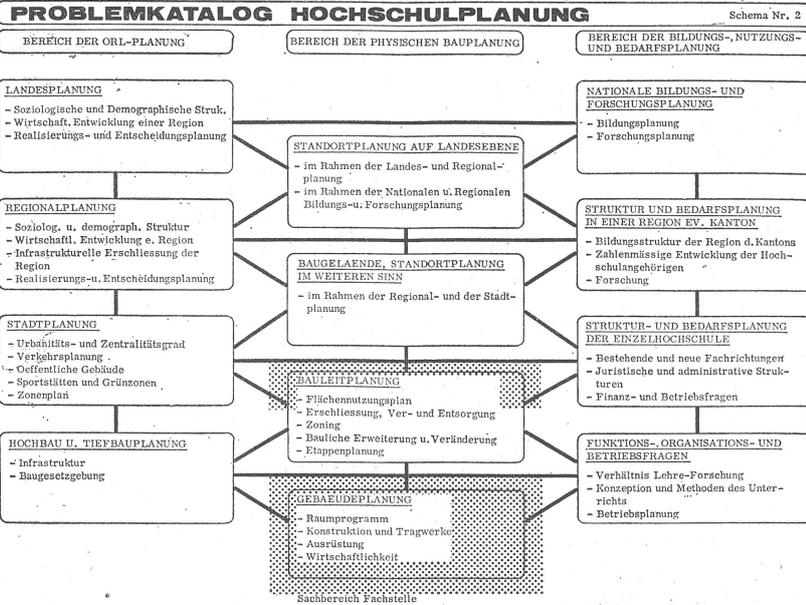
3. Der institutionelle Rahmen von Planungen, d.h. die politischen Gremien, beauftragten Fachleute und die

Bauprozess und Rückkopplung der Erfahrungen Schema Nr. 3



Nach K. L. de Vries, Direktor des Bouwcentrums, Rotterdam

Das Planungsprojekt wird in verschiedene zeitlich aufeinanderfolgende Phasen aufgeteilt. Gemachte Erfahrungen müssen dauernd rückgekoppelt und in den laufenden Entscheidungsprozess integriert werden.



gesetzlich vorgeschriebenen Entscheidungsmechanismen.

Diese Arbeit mit theoretischem Charakter könnte in Zukunft beitragen, eine ganze Reihe von meist nur institutionell oder verfahrenstechnisch bedingten Sachzwängen aufzuheben. Sie sollte aber nicht als Beitrag zur Lösung von Sofortaufgaben unter den jetzigen Bedingungen aufgefasst werden.

Der Charakter des Hochschulförderungsgesetzes als Subventionsgesetz bringt es mit sich, dass das letzte Mittel zur Durchsetzung der Koordination in der schweizerischen Hochschulplanung nur in der Möglichkeit besteht, Subventionen zu verweigern. Dieser Umstand liegt in der föderalistischen Struktur unserer Verfassung begründet. So übernimmt denn die Hochschulkonferenz in ihrer Eigenschaft als Organ des kooperativen Föderalismus viele der Koordinationsaufgaben auf wissenschaftspolitischem Gebiet, ohne den Grundsatz der Autonomie der Kantone zu verletzen.

Es lässt sich nun fragen, ob auf dem Gebiet der Hochschulplanung nicht eine ähnliche Lösung anzustreben wäre, die eine wirksame Koordination der kantonalen Hochschulplanungen in einem früheren Zeitpunkt erlauben würde, als es im jetzigen Beurteilungsverfahren bei der Subventionsprechung der Fall ist.

Wie schon weiter oben ausgeführt wurde, erfordert eine sinnvolle Zusammenarbeit der schweizerischen Hochschulen auch Konzeptionen auf hochschulpolitischem Gebiet, die erst noch erarbeitet werden müssen. So haben einige europäische Länder spezialisierte Institutionen geschaffen, die sich nur mit Hochschulplanung befassen und auch theoretische Arbeiten leisten, die in diesem immer komplexer werdenden Gebiet zur Voraussetzung einer fundierten Arbeit der einzelnen Planungsstellen werden.

Die Komplexität des Gebietes der Hochschulplanung und deren Verflechtung

mit anderen Wissensgebieten lässt es als falsch erscheinen, Arbeitsgrenzen einseitig nur mit Fachleuten einer bestimmten Disziplin zu bilden. Viele Probleme lassen sich nur lösen in Zusammenarbeit mit Fachleuten anderer Disziplinen.

Der Prozesscharakter einer Planung lässt weiter als sinnvoll erscheinen, dass die Beurteilung fertiger Projekte in den Hintergrund rückt, gegenüber der Begleitung eines Planungsablaufes durch Experten, die gegenüber den planenden Stellen eine Beraterfunktion übernehmen.

Es muss garantiert werden, dass die neuesten Erkenntnisse möglichst wirkungsvoll und schnell in die Projekte Eingang finden, und es muss dafür gesorgt werden, dass sie überhaupt Eingang finden können. Hier zeigt sich die Problematik von Festlegungen, Normen, Richtlinien und Empfehlungen, da diese einmal institutionalisiert, sich oft als trüg und hemmend und deshalb als nicht zweckmässig erweisen.

Um der Gefahr zu entgehen, dass die Entwicklung in der Hochschulplanung mehr und mehr nach Richtlinien, Schemata und Normen in Richtung einer Pseudowissenschaft entartet, ist die ständige Suche nach neuen Ideen und Lösungen von allergrösster Wichtigkeit.

Dies kann allerdings nicht bedeuten, dass diese Suche nach neuen Ideen einer spezialisierten Institution übertragen wird. Diese Aufgabe sollte auf breiter Basis aufgenommen werden, damit wirklich die neuesten Erfahrungen, ohne auf institutionelle Barrieren zu stossen, in laufende Projekte und Planungen aufgenommen werden können. Die Mitwirkung der Fachstelle bei der Vorbereitung und Jurierung von Wettbewerben wäre z.B. eine der Aktivitäten in dieser Richtung, die von wesentlicher Bedeutung sein könnte. Die Fachstelle sieht es als ihre Aufgabe, gegenüber solchen Entwicklungen offen zu bleiben, Versuche zu ermutigen und Untersuchungen zu fördern, die ausgefahrenen Wege zu verlassen und in wirkliches Neuland vorzustossen.

(Fortsetzung von Seite 13)

Zwischen Sachzwängen und Idealen

1. Jede Planung muss in ihre Ueberlegung einbeziehen, welche neuen Sachzwänge die Realisierung ihrer Projekte mit sich bringt. Wenn z.B. das Fonds-Gesetz in seiner ursprünglichen Gestalt (Antrag des Regierungsrates) angenommen worden wäre, hätte die darin enthaltene Finanzierungsart eine lange Bauzeit notwendigerweise impliziert. Damit hätte man sich z.B. für eine wirksame Bekämpfung des Numerus clausus, aber auch etwa für die Anwendung von Fertigbauweise von vornherein die Hände gebunden. Das hätte wiederum zahlreiche Konsequenzen gehabt.

2. Die Planung sollte flexibel sein. Dabei ist diese Flexibilität keine Grösse, die man beliebig einsetzen kann, denn neben den variablen Faktoren (wie etwa die relative Grösse der Innenräume eines Baus) gibt es auch feste, unveränderliche (wie die Ausnutzungsziffer oder die Zufahrtswege). Im zweiten Fall müssen Entscheidungen getroffen werden; diese Entscheide sind von grundsätzlicher Bedeutung und müssen deshalb von möglichst allen Betroffenen gefällt werden. Leider war das bisher nicht so; so weiss man seit mindestens fünf Jahren, dass die Landwirtschaftliche Schule auf dem Strickhof verlegt werden muss, wenn die Universität dort je erweitert werden soll. Die entsprechende Abstimmung wird jedoch erst zu Ende dieses Jahres erfolgt.

gen; sollte der Stimmbürger seine Zustimmung verweigern (und eine Abstimmung sollte ja kein Plebiszit sein), steht man vor dem Nichts, und der grösste Teil von über fünf Jahren Planungsarbeit ist nutzlos geworden. Ein solcher Entscheidungsprozess ist ein planungspolitischer Unsin.

Die Artikel der folgenden Seiten sollen die Weiterentwicklung dieser sehr flechtigen theoretischen Materialien liefern, denn die Studentenschaft ist der Meinung, dass es nun in erster Linie an der Universität und damit an den Studenten liegt, die Verbesserung der Planung zu leisten; im andern Fall wird ein Debakel grössten Stils unvermeidlich sein. Die Initiierung dieser Arbeit ist heute zu einem hochschulpolitischen Problem geworden; wir möchten deshalb im folgenden die Kernfrage nach dem Zusammenhang von innerer und äusserer Reform und den sich daraus ergebenden Konsequenzen im Hinblick auf die Experimentierphase darstellen.

Hemdärmel hinaufkrepeln?

Das planerische Denken - oder besser gesagt: das Denken der Progressiven unter den Planern - hat im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts eine entscheidende Wendung durchgemacht: die Wendung von einer eindimensional-kasualen Betrachtungsweise zur strukturellen. Es sei dahingestellt, inwieweit dieses Denken auch theoretisch etwas Neues darstellt oder inwieweit es mit den traditionellen Denkinstrumenten ebensogut vollziehbar ist; unübersehbar ist jedenfalls die Parallelität des Auftretens solcher strukturellen Betrachtungsweisen in fast allen Wissenschaften, und ebenfalls parallel entwickelte sich die Möglichkeit, solche strukturellen Dynamiken mathematisch darzustellen und tatsächlich auch - dank dem Computer - zu qualifizieren.

Ganz grob gesagt betrachtet dieses moderne »strukturelle« Denken die Phänomene als gehalten und beeinflusst von einer Vielzahl von aufeinander wirkenden Kräften, so dass jeder augenblickliche Zustand ein Gleichgewichtszustand von höchster Komplexität ist und jede Störung dieses Gleichgewichtes oder eines der stabilisierenden Faktoren zu vom »gesunden Menschenverstand« nicht vorhersehbaren Wirkungen führen kann. Eingriffe in solche Systeme müssen genau geplant sein, wenn sie tatsächlich zu dem Ziel führen sollen, das durch sie angestrebt wird. Steuerungsmittel urbanistischer Entwicklung sind eine Vielzahl von Faktoren, die vom Strassenbahntarif bis zum Ausbildungsprogramm der örtlichen Berufsschulen reichen. Die Wirkung, welche man durch die Manipulation eines dieser Faktoren erreicht, ist nicht durch einleuchtigsaues kausales Abschätzen, sondern nur durch die Ausarbeitung modellartiger Vorstellungen voraussehbar.

Akzeptiert man einmal diese Kennzeichnung des modernen Planerendens, so eröffnen sich diverse Lernprobleme. Einmal ist zu fragen, inwieweit sich diese Betrachtungsweise bei den Fachleuten selbst durchsetzen wird. Weit herum sind ja die Planerstellen noch mit Leuten besetzt, die nach der alten Routine arbeiten, die vom Verkehr verstopfte Strassen verbreitern oder den Verkehr durch die Schaffung von Parkplätzen verflüssigen wollen. Die beamteten Planer sind umgeben von einem privatwirtschaftlich organisierten Ingenieurs- und Architekturstand, der die gleichen Ausbildungsgänge genoss und dem sie geistig und kulturell verpflichtet sind. Diese Bauleute sind ohnehin auf ein direktes Eingreifen, also auf die eindimensionale Symptombekämpfung hin ausgerichtet. Ihre Autostereotypie, die Beurteilung, die sie sich selbst angeeignet lassen, ist jene des »Tätigen«; sie sehen sich als Männer, welche nicht lange fackeln, sondern mutig eingreifen, keine Probleme wälzen, sondern die komplizierten Fragen anderer vereinfachen und auf geniale Art lösen. Dieser Berufsstand redet viel von Verantwortung und versteht darunter das Recht, hin und wieder einen groben Fehler zu begehen; das Tragen dieser Verantwortung wird durch eine gute Haftpflichtversicherung sowie durch verständnisvolle »neutrale« Gutachter erleichtert, die meist desselben Geistes Kind sind. Das Umlernen dieses Berufsstandes wird mindestens eine Generation dauern. Beschleunigt wird es höchstens in jenen Sparten, die sich mit nord-amerikanischer Konkurrenz auseinandersetzen haben, beispielsweise beim Export ingenieurmässiger Dienstleistungen.

(Ein kurzer Auszug aus dem Artikel (Stadt Bauwelt 1969, Heft 38/39) Artikulation heisst Partizipationa von Dr. Lucius Burckhard)

Jurisprudenz Nationalökonomie Architektur

findet der Student neu und antiquarisch in reicher Auswahl bei

Buchhandlung und Antiquariat Raunhardt

Inhaber Gerhard Heinimann & Co.

Zürich 1, Kirchgasse 17, Tel. (051) 32 13 68 beim Grossmünster

WURZEL

Mühlegasse 19 bei der Zentralbibliothek Tel. 32 14 80

Marburg

Im Jahre 1527 wurde die Philipp-Universität (benannt nach dem Gründer) als erste protestantische Universität in Deutschland gegründet. Seither hat sie sich ziemlich regellos im Stadttinnern ausgebreitet, die zunehmende Raumnot konnte in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen durch eine Reihe von Neubauten in der Stadt abgefangen werden. Für die naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen, wo die Raumnot noch drückender ist, konnte aber im Stadttinnern kein Platz mehr gefunden werden. 1962 wurde darum ihre Verlegung auf die Lahnberge vorgesehen. Dies bedeutet faktisch eine Zerteilung der Universität, deren Konsequenzen noch nicht abzusehen sind. Die Studentenschaft fürchtet, dass dadurch die Aufteilung der Universitäten in Natur- und Geisteswissenschaften faktisch zementiert wird. Sie war bei diesem Entscheid noch nicht präsent, da sie in diesem Zeitpunkt noch nicht so politisch war wie heute. Aber auch jetzt fehlt noch ein Konzept, wie auf diese Tatsache reagiert werden könnte (ASA Marburg).

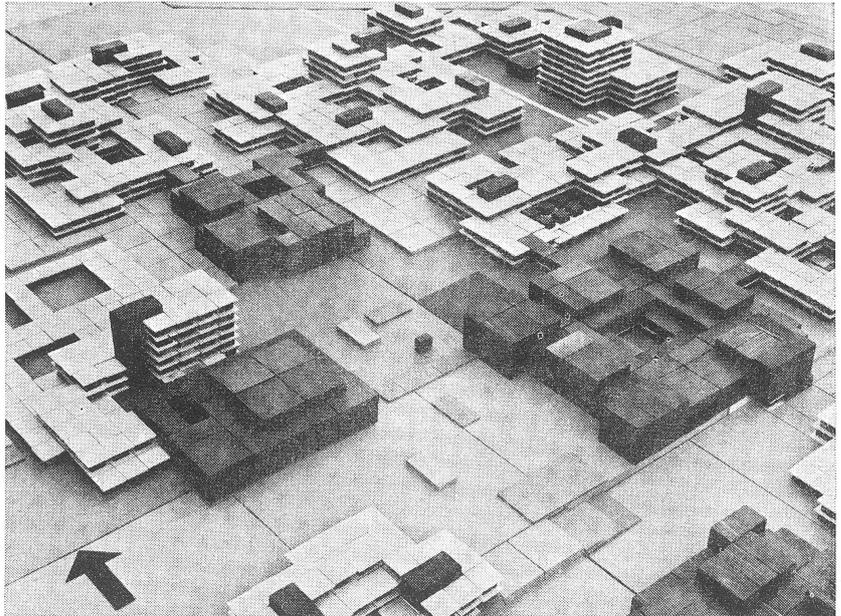
Das Bauprojekt auf den Lahnbergen

Im Jahre 1962 fasste das Kabinett der hessischen Landesregierung den Beschluss, die Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät auf einem rund 250 ha grossen staatlichen Forstgelände auf den Lahnbergen anzusiedeln.

Der Ausbau der geisteswissenschaftlichen Disziplinen sollte weiter im Stadttinnern erfolgen: Theologie, Rechts- und Staatswissenschaften und die Philosophische Fakultät.

Gründe für diesen Entschluss:

- Rücksicht auf vorhandenen, wertvollen Baubestand
- Realisierung von bareifen Ausbauplänen ohne Zeitverlust
- Kein Bruch zwischen Universität und Stadt
- Vermeiden eines Campus



Die Entwicklung der Studentenzahlen

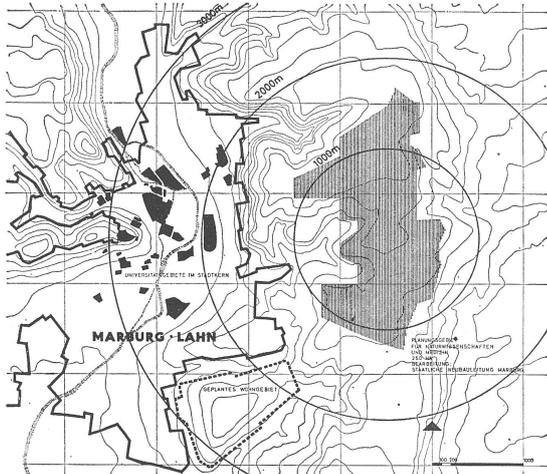
Die Philipp-Universität Marburg hat seit 1950 einen explosionsartigen Anstieg ihrer Studentenzahlen erlebt, der alle Prognosen überstieg (siehe Abb. A und B). Der Wissenschaftsrat sah in seinen Empfehlungen von 1960 für den Ausbau der Universität Marburg eine Richtzahl von 6250 Studierenden im gesamten und je 1200 für Naturwissenschaftler und Mediziner vor. (Die 1964 sichtbare Stabilisierung ist nur aufgrund von Zulassungsbeschränkungen, vor allem in der Medizin, erfolgt.)

Vorgesehene Grösse der Universität

Diese bemisst sich vorerst nach der Kapazität der Stadt. Marburg ist mit knapp 50 000 Einwohnern die kleinste Universitätsstadt der Bundesrepublik, und von der relativ geringen Grösse der Stadt her sind dem Wachstum der Universität Grenzen gesetzt.

Die Universität hatte (1965) bei rund 8200 Studenten etwa 4200 Köpfe Personal. Während die Wissenschaftler von ausserhalb kommen, muss das handwerkliche, technische und sonstige Hilfspersonal aus der Stadt und ihrer Umgebung gewonnen werden. Bis zum Umkreise von 30 km ist aber das Reservoir schon weitgehend ausgeschöpft, und zwar vornehmlich durch die Universität. Den Personalbestand der Universität um wesentlich mehr als 1000 Personen zu vergrössern, würde kaum gelingen.

Mit Rücksicht auf diese eingeschränkten Möglichkeiten geht die Ausbauplanung davon aus, dass die Universität ihre gegenwärtige Studentenzahl nur geringfügig auf etwa 8500 Studenten steigern und notfalls unter Ausnutzung aller Reserven in stande sein soll, höchstens 10 000 Studenten aufzunehmen. Mit diesen Dimensionen dürfte die Universität in einer günstigen Grössenordnung



Den politischen und finanziellen Schwierigkeiten einer Universitterweiterung im Stadttinnern wird ausgewichen durch eine Teilverlegung auf das »freie Feld«. Kollisionen mit wirtschaftlich und politisch mächtigen Interessen werden weitgehend vermieden. Das Problem wird der politischen Dimension entkleidet und womoglich auf ein technisches reduziert.

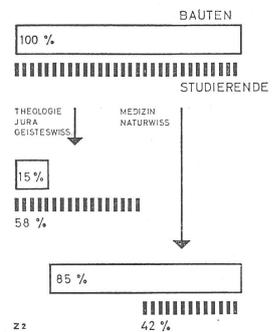
Gesamtnutzfläche der Bauten auf den Lahnbergen:

Insgesamt ergaben die Berechnungen einen Bedarf von rund 620 000 qm Brutto-Geschossfläche, von denen etwa 33% auf die Naturwissenschaften, 10%

auf die vorklinischen und theoretisch-medizinischen Anstalten, 35% auf das Klinikum und 20% auf sonstige Einrichtungen (Institut für Leibesübungen, Versorgungseinrichtungen, Personalunterknfte) entfallen.

Umbauter Raum 2,5 Mio. m³
 Voraussichtliche Kosten 1,3 Mio. DM
 Vorgesehene Studenten-, Personal- und Patientenzahlen:

Studenten der Naturwissenschaften, der Medizin und des Instituts für Leibesübungen	4 000
Personal der naturwissenschaftlichen u. medizinischen Institute	2 000
Personal der Kliniken	2 500
Stationäre Patienten der Kliniken	1 700
Ambulante Patienten der Kliniken	800
Schüler der Krankenpflegeschulen usw.	500
Besucher und Begleitpersonen von Patienten	500
Familienangehörige in Dienstwohnungen	200
Sonstige (Lieferanten usw.)	300
Summe:	rund 12 500



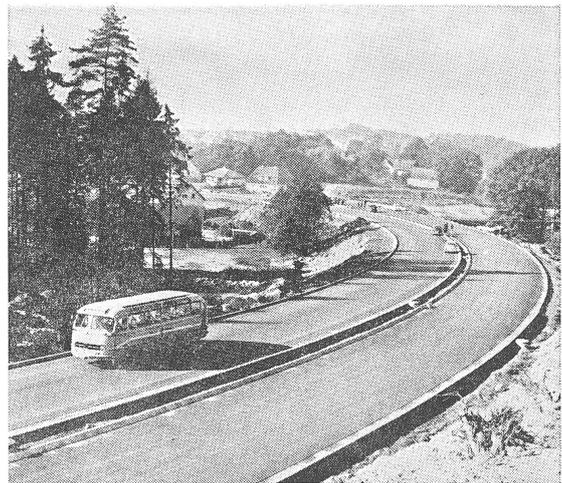
Finanzierung und Bauplanung

1962 wurden die Kosten des Lahnbergprojektes mit 800 Mio. DM ermittelt. Durch eine jährliche Erhöhung des Baukostenindex um 7,5% stieg dieser Betrag bis ins Jahr 1965 auf 1100 Mio. DM. Dazu kommen rund 200 Mio. DM an Geräten, so dass sich die Gesamtkosten des Projektes auf 1300 Mio. be-

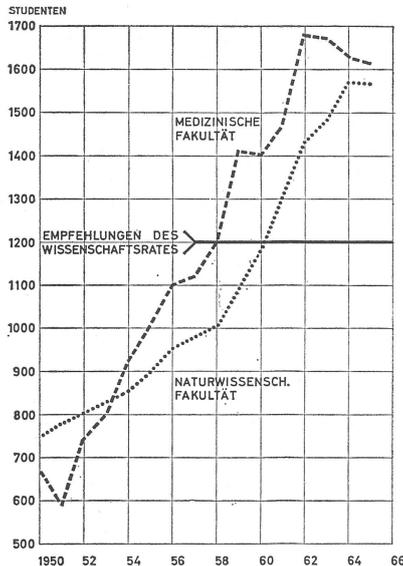
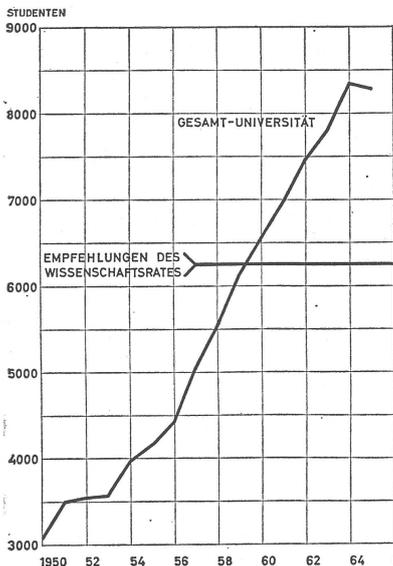
Verhältnis von Studentenzahlen u. Bau-massen nach Abschluss des Neubaus auf den Lahnbergen.

die Finanzierung starken Konjunkturschwankungen unterworfen war.

Rezession 1966: Ausbau der Chemischen Institute verzögert: Baubeginn



Die Verbindung zwischen Hochschule und Stadt wird reduziert auf die »Verbindung zwischen zwei Punkten« - durch gut ausgebaute Schnellverkehrsstrassen.



Sind Prognosen der Studentenzahlen noch glaubhaft? Auch in Marburg wurden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates weit überschritten. Solche »Prognosen« entstanden bis heute einseitig nach den Bedarfsschtzungen der Wirtschaft und nicht auf Grund einer Bildungskonzeption, die Ausbildung auch als Mittel zur Emanzipation des einzelnen auffasst.

laufen. Ein Zeitplan wurde aufgestellt, der garantieren sollte, dass das Projekt in etwa 13 bis 15 Jahren fertiggestellt werden könnte.

Dies bedeutet eine jährliche Investitionsrate von 100 Mio. DM. Die Kapazität der Bauwirtschaft wird dadurch ausgelastet, wobei durch die Rationalisierung des Bausystems ermoglicht wurde, überregionale Grossfirmen einzusetzen (Hoch-Tief für den Rohbau; MAN für die raumabschliessenden Elemente). Die örtliche Baukapazitt hätte für eine solch hohe Investitionsrate niemals ausgereicht. Es zeigt sich aber, dass der kontinuierliche Zeitplan nicht eingehalten werden konnte, da

1967 statt 1965. Sofortprogramm 1970 für ca. 1000 Naturwissenschaftsstudenten und 80 Physikstudenten, 20 000 qm Nutzfläche. Bauzeit: Beginn Februar 1970, Fertigstellung im Sommer 1971 vorgesehen.

Entscheidungs- und Planungsablauf

Die Universitäten im Lande Hessen unterstehen dem Kultusministerium. Deren Bauten aber unterstehen dem Staatshochbauamt und dem Finanzministerium. Für das Projekt Lahnberge wurde im Jahre 1962 das Staatliche

(Fortsetzung auf Seite 18)

(Fortsetzung von S. 17)

Marburg

Universitäts-Neubauamt Marburg gebildet. Die Bauten in der Stadt werden weiter vom Universitäts-Bauamt Marburg betreut.

Studentisches Wohnen

Das Wohnproblem ist für die Studenten ziemlich dringend. Die meisten wohnen in Untermiete in der Stadt oder in verschiedenen Studentenheimen, die durch das Studentenwerk mit Hilfe staatlicher Zuschüsse errichtet und betrieben werden, meist ausserhalb der Stadt liegen und etwa 2000 Studenten Platz bieten. Da man keinen Campus schaffen wollte, wurden auf den Lahnbergen keine Wohnungen vorgesehen.

Am Rande des Lahnbergegeländes sind an geeigneter Stelle Flächen für den Bau von Studentenwohnheimen reserviert worden. Für den Wohnungsbau hat die Hessische Landesregierung ein Gelände von rund 90 ha zur Verfügung gestellt, das in der Nähe der Lahnberge liegt. Damit die Bildung eines Universitätsghettos mit all seinen soziologischen Nachteilen vermieden wird, sollen auf diesem Gelände Wohnungen sowohl für die Universitätsbediensteten als auch für die übrige städtische Bevölkerung gebaut und in der Weise verteilt werden, dass jedes 3. Objekt - Baugrundstück, Kaufeigenheim oder Mietwohnung - einem Universitäts-

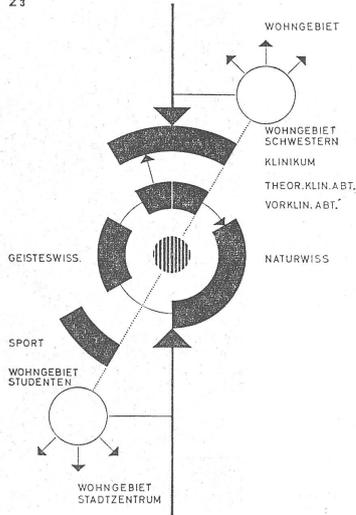
bediensteten vorbehalten bleibt. Die Bebauung hat begonnen.

Gesamthochschule für Kassel

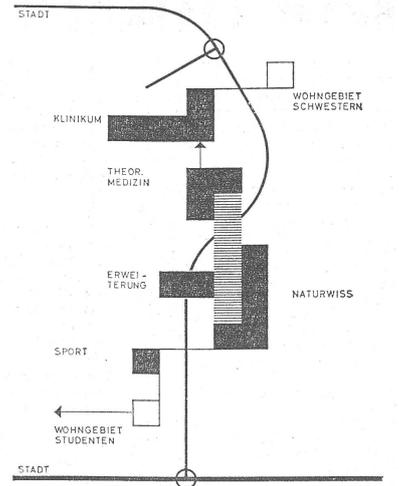
Am 18. Februar 1970 beschloss das hessische Kabinett, in Kassel eine integrierte Gesamthochschule zu errichten. Die Schwerpunkte von Lehre und Forschung sollen in den Naturwissenschaften, in den Ingenieurwissenschaften, in der Lehre- und Ausbildung in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern sowie in der Umwelt-, Freizeit- und Kommunikationsforschung liegen. In der Endstufe sind etwa 10 000 Studienplätze vorgesehen. Mit dem Baubeginn kann Ende dieses, Anfang nächsten Jahres gerechnet werden. Einen medizinischen Fachbereich wird die Hochschule zunächst nicht haben. Dafür soll das Stadtkrankenhaus als Lehrkrankenhaus anerkannt werden. Der Allgemeine Studentenausschuss (ASTA) der Marburger Universität ist von den übrigen Studentenvertretungen des Landes Hessen beauftragt worden, zusammen mit den bestehenden Studentenvertretungen in Kassel die »studenterschaftliche Arbeit« an der geplanten Gesamthochschule Kassel zu übernehmen.

Auf die Marburger Bauweise soll weiter nicht eingegangen werden, obwohl dieses System ziemlich grosses Aufsehen gemacht hat wegen seiner Flexibilität, die durch die allseitige Adressierbarkeit der Elemente jede Gebäudeform ermöglicht.

Z 3

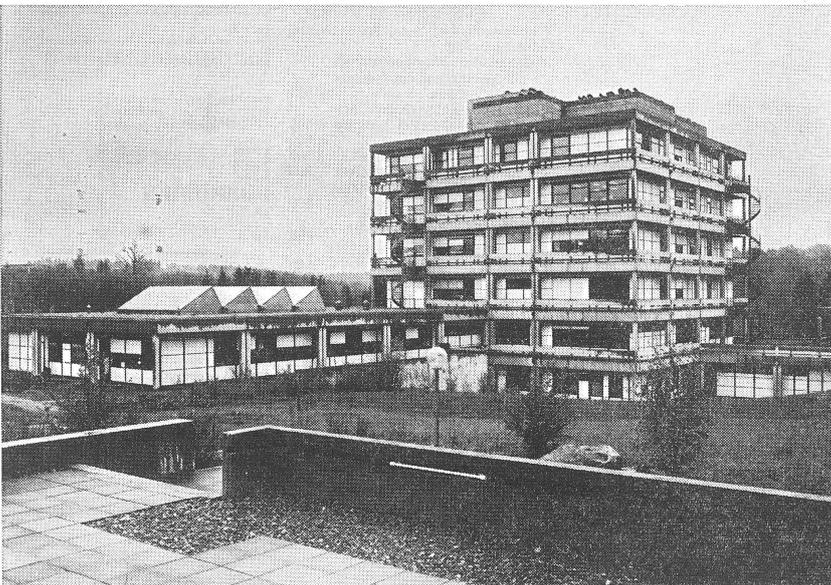


1/24



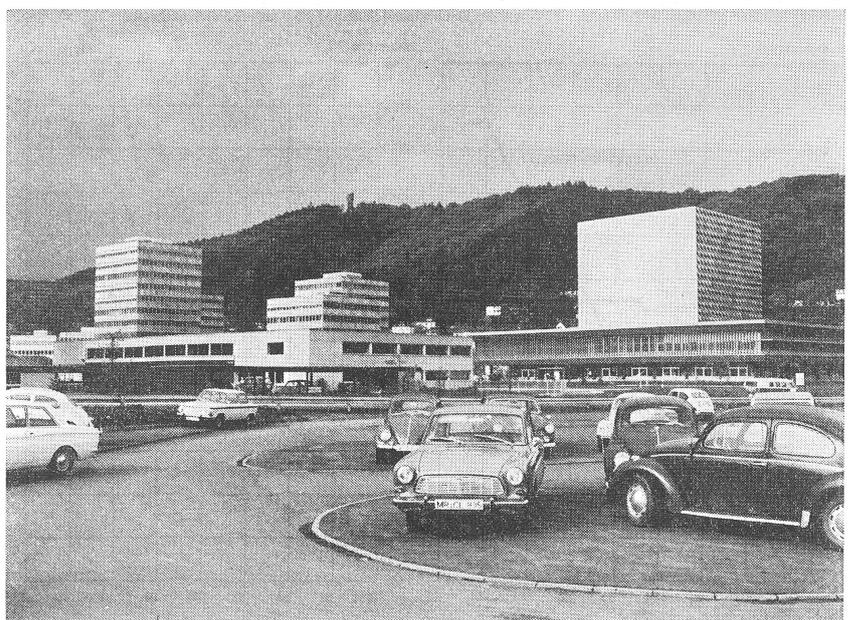
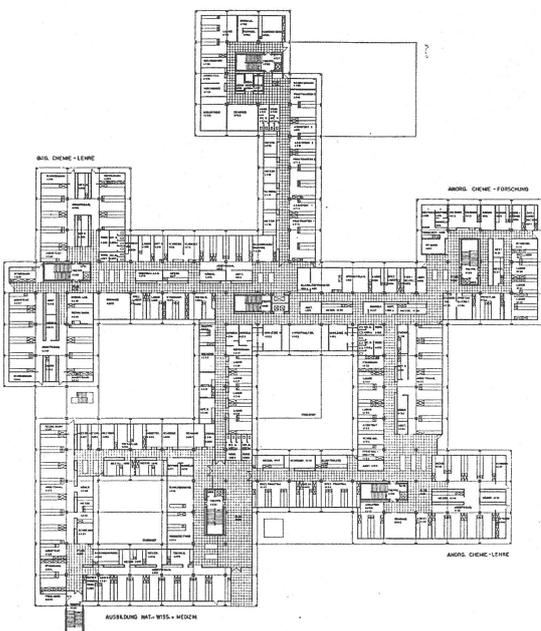
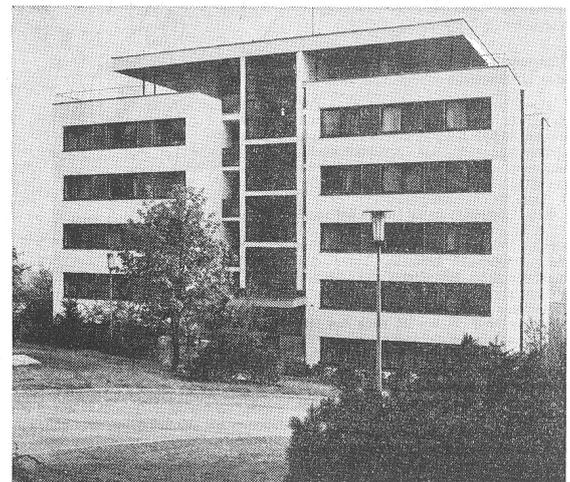
19

Das Idealschema - oder was die Technokraten darunter verstehen - wird möglichst genau auf die Wirklichkeit übertragen.



Das Vorklinische Forschungsinstitut. In den vier Obergeschossen des Hauptbaues sind vier medizinische Forschungs-Lehrstühle untergebracht. Im Flachbau (rechts, nur zum Teil sichtbar) befinden sich allgemeine Räume, links unter den Sheds die Werkstätten.

Überall in den deutschen Universitätsplanungen nehmen die Studenten-Wohnheime eine wesentliche Stellung ein. In Zürich, wo die Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt äusserst prekär ist (siehe Dokumentation »Studentisches Wohnen« des VSETH), werden diese Probleme, obwohl eine Lösung gerade im Zusammenhang mit dem ETH-Neubau Höngrberg und der Universitätsverlegung auf den Strickhof möglich wäre, aus der Zürcher Hochschulplanung ausgeklammert. (Bild unten: Studentenwohnheim in Marburg.)



Die Bauweise, deren tragende Konstruktion aus den vier genormten Stützen, den Eckfeilern der Räume bestehen, erlaubt eine Erweiterung in jede Richtung.

Die geisteswissenschaftlichen Institute am Fusse der Lahnberge. Sie stellen die Erweiterung der »alten Universität« dar. Rechts die Bibliothek, ein Block ohne Fenster.

Dortmund

Dortmund ist eine Industriestadt: Durch ihre räumliche Ausdehnung als flächenmässig fünfgrösste Stadt des Bundesgebietes nimmt sie unter den deutschen Grossstädten eine Sonderstellung ein. Die Siedlungsdichte beträgt trotz des raschen Bevölkerungswachstums von rund 214 000 im Jahre 1910 auf rund 657 000 (Stand März 1966) nur 24 Einw./ha, während sie in anderen Städten vergleichbarer Grösse im Mittel bei ca. 40 Einw./ha liegt. Fast die Hälfte des Dortmund Stadtgebietes ist noch landwirtschaftlich genutzt und nur 22% als Baufläche ausgewiesen. Dortmund verfügt deshalb über ausreichende Baulandreserven, die jedoch zum grossen Teil noch nicht baureif gemacht sind. Sie zu erschliessen, erfordert von der Stadt grosse Investitionen.

Die Universität Dortmund

Die Universität Dortmund ist, wie alle Universitäten im Ruhrgebiet, eine Neugründung. Die Bestrebungen zur Errichtung einer Technischen Hochschule begannen schon anfangs des Jahrhunderts, scheiterten aber aus politischen Gründen.

- 1958 wurde die Gesellschaft der Freunde der Technischen Hochschule in Dortmund gegründet.
- 1959 Raumordnungsplan für TH Dortmund.
- 1960 bot die Stadt Dortmund dem Land Nordrhein-Westfalen kostenlos ein Gelände zur Errichtung der TH an. Zu dieser Zeit traten aber auch Bochum und Essen auf den Plan und meldeten ihre Interessen an einer Hochschule an.
- 1961 entschied sich die Landesregierung zugunsten Bochums.
- 1962 wurde auf politischen Druck der Stadt hin die Errichtung einer TH in Dortmund beschlossen.
- 1963 wurde vom Kultusminister des Landes NRW ein Gründungsausschuss ins Leben gerufen.
- 1965 wurde ein Strukturplan veröffentlicht, der statt einer TH die Errichtung einer Universität vorsah.

Der vorgesehene Standort der Universität

Von den seitens der Stadt Dortmund für den Aufbau angebotenen Geländen Schönau mit 417 ha, Bolmke mit 237 ha und Reichmark mit 433 ha wurde der Standort Schönau als für die Planung der Universität am besten geeignet ausgewählt.

Dieser Standort hat etwa eine Entfernung von 3,5 bis 4 km vom Stadtzentrum. Ein Grundstücksgutachten kam zu dem Ergebnis, dass unter voller Inanspruchnahme des baurechtlich gesicherten Ausmassgrades für Sondergebiete (§ 11 BNV) der Bedarf an Bruttobauland für die Universität Dortmund bei etwa 168 ha liegt. Allerdings würden hierbei schon erhebliche Bebauungsdichten vorliegen. Bei einer weniger dichten Bebauung muss ein Geländebedarf von etwa 220 ha erwartet werden. Die üblichen 100 Prozent Reserve zusätzlich zu dem im Strukturplan vorgesehenen Disziplinen sind hierin enthalten.

Verkehrsmässig wird das Gelände durch eine Autobahn (Ruhrschnellweg) und später durch eine S-Bahn erschlossen (siehe beiliegenden Plan).

(Die später erwähnte Projektgruppe »Standort einer Universität des Instituts für Raumplanung an der Universität Dortmund untersucht den vorgeschlagenen Standort kritisch in Hinblick auf spätere Universitätsgründungen im Ruhrgebiet.)

Städtebaulicher Ideenwettbewerb

1968 »Die Universität Dortmund und ihre Eingliederung in die Stadt« Städtebaulicher Ideenwettbewerb Im einzelnen wird auf die gleichnamige Schrift: Sonderdruck von »Die Bauveraltungen Nr. 1, Januar 1969, Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf, hingewiesen. Der Wettbewerb zeitigte kein Projekt, das ohne Modifikationen hätte übernommen werden können. Eine Reihe der ersten Preisträger sind darum unter der Leitung des Staatshochbauamtes an der Ausführung beteiligt.

Das Aufbau- und Verfügungs-zentrum der Universität Dortmund

Aufgabenstellung
Um eine frühzeitige Aufnahme des Studienbetriebs zu gewährleisten, empfahl der Gründungsausschuss der Universität Dortmund, die Hochschule über ein **Aufbauzentrum am Rande des eigentlichen Planungsgebietes** zu errichten. Nach der Funktion als Aufbauzentrum soll die Anlage, wenn der eigentliche

Wesentliches Merkmal der nach den Vorstellungen des Gründungsausschusses vorgeschlagenen Struktur der neuen Universität ist, dass es sich nicht um eine klassische Technische Hochschule oder Universität handelt, sondern um eine Universität mit den drei Schwerpunktbereichen: **Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.**

Die Universität Dortmund gliedert sich nach der 2. Fassung des Strukturplans in 9 Abteilungen:
Mathematik, Physik, Chemie
Chemietechnik
Fertigungstechnik
Elektrotechnik
Architektur
Raumplanung

Wirtschaftswissenschaften
Sozialwissenschaften
Allgemeine Wissenschaften

Ferner in 4 übergreifende Institute:
Institut für Probleme menschlicher Arbeit

Institut für Unternehmensführung
Institut für internationale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit
Institut für pädagogische und didaktische Forschung.

Neben den zentralen Einrichtungen der Universität, wie z. B. der Bibliothek, dem Sprachinstitut und dem Zentrum für Leibesübungen, sind ein Rechenzentrum, ein analytisches Zentrallaboratorium, ein Gesundheitszentrum, ein musikisches Zentrum sowie studentische Einrichtungen vorgesehen.

Neue, an den bisherigen Universitäten und Technischen Hochschulen im Bundesgebiet nicht vertretene Lehr- und Forschungsbereiche sind die Abteilungen Chemietechnik, Fertigungstechnik und Raumplanung.

Die Abhängigkeit der Strukturpläne von der Wirtschaftsentwicklung zeigt sich in der Anzahl der vorgesehenen Lehrstühle:

Strukturplan 1965: 127 Lehrstühle
Strukturplan 1967: 104 Lehrstühle
Strukturplan 1969: 166 Lehrstühle

Aufbau der Universität abgeschlossen ist, als Verfügungs-zentrum dienen.

Das Aufbau- und Verfügungs-zentrum fand besondere Berücksichtigung in dem im Oktober 1965 veröffentlichten Strukturplan der Universität. Die Gründe für diesen Vorschlag sind:

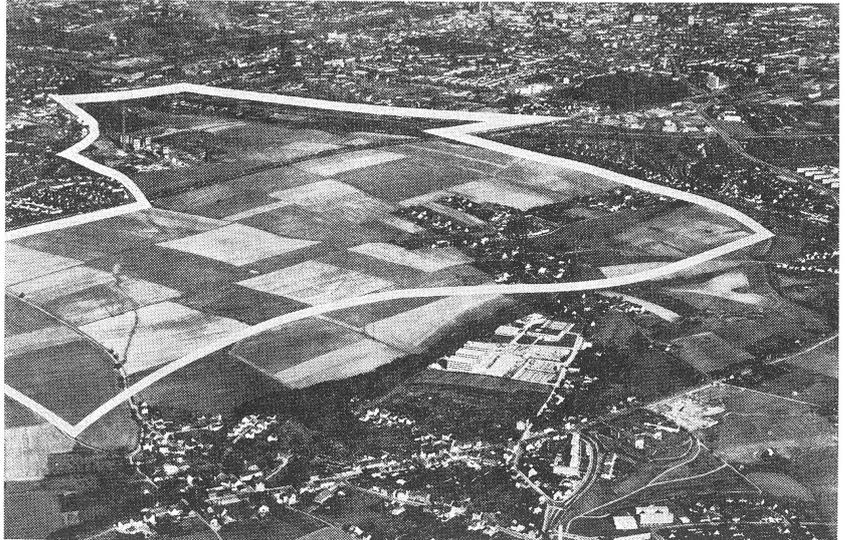
- Frühzeitige Aufnahme des Unterrichts
- Vermeiden eines Planens unter Zeitdruck

Die Planung der Universität Dortmund

Zurzeit steht der Flächennutzungsplan vor dem Abschluss. Ein verbindlicher Bebauungsplan besteht noch nicht. Im Herbst 1970 soll mit dem Bau der Abteilung Chemietechnik begonnen werden. 1974/75 soll für 4000 bis 5000 Studenten gebaut sein.

Plan der Landesregierung NRW:
1975 3 000 Studenten
1980 21 000 Studenten
(Prognosen basierend auf Abiturientenzahlen)

Die Zahlen von 1980 beziehen sich auf die **Gesamthochschule**, die errichtet werden soll; dabei sind die Pädagogi-



Die Universitäten werden an den Stadtrand versetzt, wo dank den grünen Flächen keine juristischen Probleme entstehen. (Luftbild aus SW, unten das Aufbau- und Verfügungs-zentrum)

- Keine Provisorien
- Vielseitige Verwendung nach Aufbau der Hochschule
- Attraktivität für zu berufende Lehrstuhlinhaber
- Angemessene räumliche Beschränkung

Standort

Standortkriterien waren:

- Keine Vorwegnahme der Gesamtplanung
- Anbindung an den Verkehr
- Bereits vorhandene Ver- und Entsorgung
- Städtische Nachbarschaften
- Lage zur künftigen Stadtentwicklung in Universitätsnähe
- Lage zum Planungsgebiet der Universität.

Bei einem dreifachen Wechsel ergibt sich daraus ein Bedarf von 260 Plätzen. Dieses Platzangebot wurde auf 300 aufgerundet.

Im Sommersemester 1969 konnte der Unterricht im Aufbau- und Verfügungs-zentrum erstmals aufgenommen werden. Zum Zeitpunkt unseres Besuches hatte die Universität etwa 200 Studenten; meist in Nachdiplomkursen. Dort befindet sich auch die Planungsstelle der Universität, das Staatshochbauamt für die Universität Dortmund.

sche Fakultät (3000 Studenten) und die Fachhochschulen einbezogen. Investitionsraten von 200 Mio. DM/Jahr werden als möglich erachtet. Die Bauentwicklung wird wahrscheinlich sprunghaft verlaufen: Innerhalb von rund 10 Jahren von 3000 auf etwa 20 000 Studenten.

- Das Prinzip der **Planungsoffenheit**:
- Festlegen nur, was überschaut werden kann;
 - Struktur der Universität
 - Finanzen
 - Weitere Planung durch Bauten nicht präjudizieren;

- Nutzungszonen
- Innere Ausbaufähigkeit gewährleisten

Studentisches Wohnen

Unmittelbar neben der Universität sollen Studentenwohnheime entstehen. Wohnungen und Heime, die zwischen der Universität und dem Stadtkern liegen, sind am meisten gesucht. Das Ruhrgebiet ist ein Ballungsgebiet; in Bochum sind 60% der Studenten Pendler.

Planungs- und Entscheidungsstrukturen

Gründung der Universität: Kabinetts- oder Parlamentsbeschluss.

Kompetenz in Bildungsfragen: Kultusministerium.
Gründungsausschuss: ein beratendes Gremium des Kultusministers; Ausarbeitung des Strukturplanes in Ueber-einstimmung mit den Richtlinien des Wissenschaftsrates; amtiert als Vorgesetzter der Universität; gab Anstoss zu der Errichtung des Aufbau- und Verfügungs-zentrums.

Senat der Universität: Ausarbeitung des Bauprogrammes, das durch das Finanzministerium genehmigt werden muss. Dann ergeht Auftrag ans Bau-ministerium.

Staatshochbauamt für die Universität Dortmund: Auftrag zum Bau des Aufbau- und Verfügungs-zentrums. Gleichzeitig Planung der Universität.

Planungsgruppe unter Leitung des Staatshochbauamtes (ca. 20 Personen bis jetzt):

- Regionalplanung
 - 3 private Architekturbüros
 - 3 Verkehrsberatungsbüros
 - Analyse Universitätsverkehr
 - öffentlicher Verkehr
 - Individual-Verkehr
- Planungsgruppe arbeitet mit der Universität zusammen:
- Mitglieder der Senatskommission
 - Projektgruppe VI, Abteilung für Raumplanung
 - Forschungsgruppe Flächennutzungs-plan (Professoren)

- Studentenvertreter
- Bauministerium: Als beratendes Gremium ist ihm der Baustab zugeordnet; Darin sind folgende Behörden und Gremien vertreten (zeitweise bis zu 50 Personen)
- Kultusministerium
- Finanzministerium
- Universität (Rektor)
- Stadt Dortmund (Baudezernat)
- Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk
- Architekten und Berater

Kritik des jetzigen Standortes

»Standort der Universität Dortmund, Projektgruppe VI am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund

Vorbemerkung:

Die Grundordnung der Universität Dortmund sieht die akademische Selbstverwaltung vor. Die Vertretung der drei Stände in den Hauptgremien bemisst sich nach folgendem Schlüssel: 50% Dozenten, 25% Assistenten, 25% Studenten.

Der Studienplan der Abteilung für Raumplanung sieht die Arbeit in Projektgruppen vor: Deren Inhalte und Ziele werden weitgehend von den Studenten mitbestimmt.

Projektgruppe VI: Universitätsstandort.

Das Thema rührt vom Unbehagen über den jetzt gewählten Standort her. Ziel der Arbeit: Kritik des jetzigen Standortes:

- Universitätsan der Peripherie der Stadt
 - Beziehung zum Zentrum, kulturelle Verflechtung usw.
- Alternativvorschläge für optimalen Standort.

Vorgehen

Analyse von Sachzwängen und Präjudizien

- Landkauf
- wachsende Studentenzahlen
- Kriterien zur Beurteilung von Standorten:

1. Maximaler Einzugsbereich, Erreichbarkeit
2. Möglichkeit der sozialen Integration
3. Verbindung mit vorhandenen Bildungseinrichtungen
4. Ausnutzung vorhandener Infrastrukturen
5. Erhöhung der Zentralitätsfunktion
6. Wirtschaftliche Effekte
7. Verbesserung der Stadtstruktur
8. Verbesserung der Stadtbilder
9. Erweiterungsmöglichkeit der Uni-Struktur
10. Verwirklichung der Gesamthochschule.

Die politischen Implikationen werden in die Arbeit einbezogen. Es wird vorausgesetzt, dass der Planer ein politisches Mandat besitzt (dies schlägt sich auch im Studienplan nieder).

Wenn die Einflussnahme auf den Standort in Dortmund auch gering sein kann, so erhofft man sich doch eine Wirkung der Arbeit für zukünftige Hochschul-Neugründungen. Für Dortmund will man auf folgende Ziele hinwirken:

- bessere Ausarbeitung des Strukturplans
- bessere Ausnutzung der Fläche
- Verschiebung der einzelnen Standorte

Tafel 1: Übersicht zur Struktur der Universität

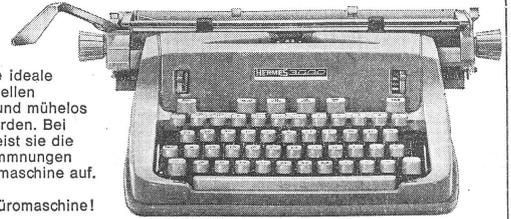
Städtebaulicher Ideenwettbewerb	Institute, Seminare und andere Einrichtungen	Anzahl der Lehrstühle	Bediensteten	geschätzte Anzahl der Hauptfach-Studenten	Anzahl der Nebenfach-Studenten
Übersicht zur Struktur der Universität Dortmund					
Abteilung Mathematik, Physik, Chemie	Institut für Mathematik Institut für Instrumentelle Mathematik Rechenzentrum Institut für Physik Institut für Chemie Analytisches Zentrallaboratorium	15	310	800	1125
Abteilung Chemietechnik	Institut für Chemietechnik	11	250	500	325
Abteilung Fertigungstechnik	Institut für Industrielle Fertigung	9	225	450	450
Abteilung Elektrotechnik	Institut für Allgemeine Elektrotechnik Institut für Nachrichtentechnik Institut für Meßtechnik, Steuerung und Regelung Institut für Hochspannungstechnik und Energieversorgung	12	320	950	450
Abteilung Architektur	Institut für Grundzüge der Architektur Institut für Entwerfen von Hochbauten	8	110	400	150
Abteilung Raumplanung	Institut für Raumplanung	9	100	300	150
Abteilung Wirtschaftswissenschaften	Seminar für Betriebswirtschaft Seminar für Statistik	15	150	1050	500
Abteilung Sozialwissenschaften	Seminar für Soziologie Seminar für Psychologie Seminar für Pädagogik Seminar für Rechtswissenschaften	13	130	900	550
Abteilung Allgemeine Wissenschaften	Seminar für Philosophie und Mathematische Logik Seminar für Geschichte Seminar für Politische Wissenschaft Seminar für Geographie	12	120	650	500
Übergreifende Institute	Institut für Probleme menschlicher Arbeit Institut für Unternehmensführung Institut für internationale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Institut für pädagogische und didaktische Forschung			130	
Zentrale Einrichtungen	Bibliothek Sprachinstitut Hörseminar, Auditorium Maximum Mensa Verwaltung, Gesundheitszentrum Studentenhaus, Studentenbücherei, Musisches Zentrum Gäste- und Professorenhaus Studentenvereine Zentrum für Leibesübungen Betriebsmedizinisches Zentrum Läden				625
INSGESAMT		104	2380	6000	

Reden Sie mit der ältesten Schweizer Bank seit 1755 über anspruchsvolle Bankgeschäfte und neuzeitliche Dienstleistungen



Filliale Heimplatz beim Kunsthaus, Tel. 231855

Neu Jetzt mit Wagenbreite 33 cm für Format A4 quer
HERMES 3000



Eine neue Maschine: Hermes 3000-B ist für Diplomarbeiten die ideale Schreibmaschine. Tabellen können übersichtlich und mühelos niedergeschrieben werden. Bei geringem Ausmass weist sie die wichtigsten Vervollkommnungen einer grossen Schreibmaschine auf. Hermes 3000-B – eine richtige kleine Büromaschine!

A. Baggenstos & Co. Büromaschinen Waisenhausstr. 2 und Uraniastr. 7, 8001 Zürich

Baggenstos

+GF+



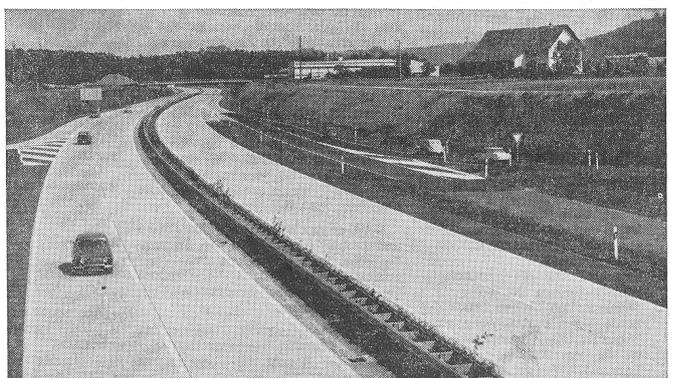
In den 160 Jahren ihres Bestehens haben sich die +GF+ Werke zu einem Unternehmen von internationaler Bedeutung entwickelt. Sie beschäftigen in ihren in- und ausländischen Betrieben über 13'000 Personen.

Dem guten Ruf der +GF+ Giessereierzeugnisse und Maschinen dienen auch unsere Anstrengungen von heute. Wir stützen uns auf tüchtige Arbeiter und Angestellte, auf ein fortschrittliches Forschungs- und Leitungskader.

Hochschulabsolventen verschiedenster Richtung finden bei uns ein vielseitiges Arbeitsfeld und entwicklungsfähige Positionen.

Georg Fischer Aktiengesellschaft, Schaffhausen

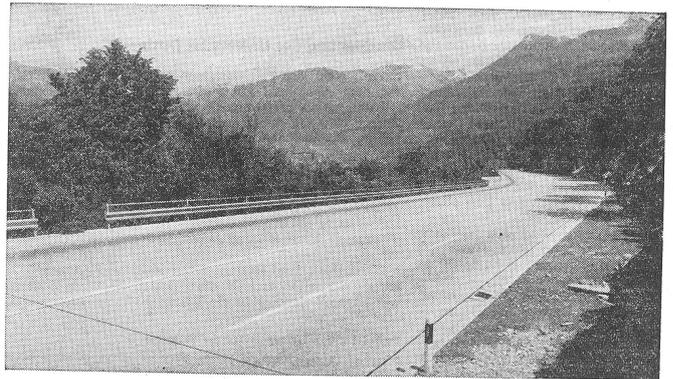
P 346/1a



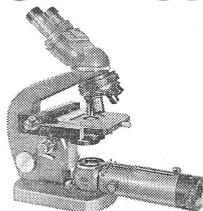
Nationalstrasse N1 Bern—Zürich im Kanton Aargau

Was für Betonstrassen spricht: Güte, Lebensdauer, Sicht!

Monte-Ceneri-Strasse TI



OLYMPUS -Mikroskope



OLYMPUS -Mikroskop, Mod. EC-BI-1
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensator N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenschutzscheiben und Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

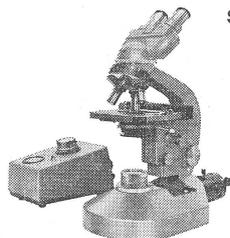
Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1865.—

5 Jahre Fabrikgarantie

Sofort ab Lager lieferbar

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: Weidmann + Sohn, Abt. Präzisions-Instrumente, Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon, Telefon 051 654800



Spezialofferte an Studenten

OLYMPUS -Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI-1
binokular, Stativ EH mit 5er Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensator zentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x, und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenschutzscheiben, im Sockel eingebaute Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 2078.—

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Bochum

Bochum ist eine Industriestadt wie Dortmund und hat etwa 350 000 Einwohner. Das Universitätsgelände befindet sich etwa 4-5 km ausserhalb des Stadtzentrums.

Die Planung der Ruhr-Universität Bochum

Am 18. Juli 1961 beschloss der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Universität in Bochum zu gründen, ein Beschluss, der im Juni 1962 dahingehend erweitert wurde, dass im benachbarten Dortmund eine weitere Hochschule, vorwiegend mit technischen Disziplinen, errichtet wird.

Knapp ein Jahr später, am 4. Mai 1962, legte der Gründungsausschuss der Ruhr-Universität, in den 17 namhafte Professoren aus der ganzen Bundesrepublik berufen worden waren, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den »Strukturplan für eine Hochschule neuen Stils« vor. Hervorragende Merkmale waren die allseitige Verflechtung der wissenschaftlichen Disziplinen, die Schaffung übergreifender Institute und die Eingliederung der Ingenieurwissenschaften.

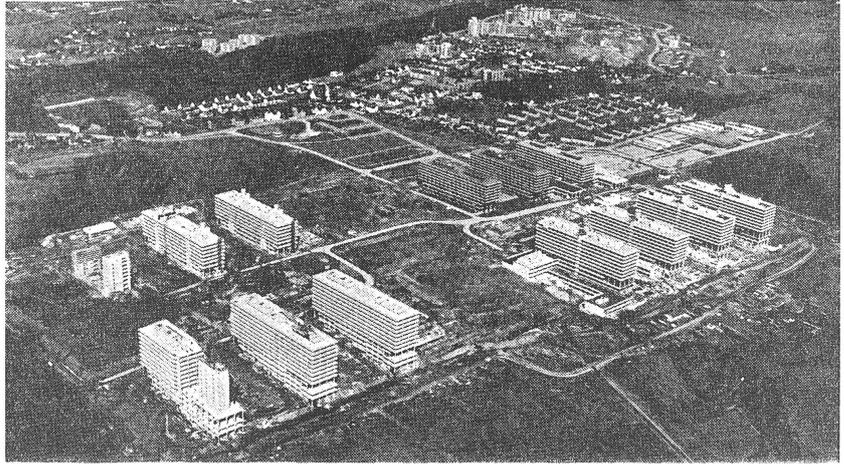
In den am 3. Dezember 1962 vom Gründungsausschuss vorgelegten »Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum« wurden die althergebrachten Fakultäten zugunsten überschaubarer Abteilungen aufgegeben, die einen engen, inneren und sachlichen Zusammenhang aufweisen. Dabei sollten zwischen diesen Abteilungen viele Querverbindungen, u. a. durch Institute, hergestellt werden, die über die Bereiche der Abteilungen hinausgreifen. Diesem Prinzip lag die Auffassung zugrunde, dass sich zwischen den einzelnen Abteilungen, die sich mit echten wissenschaftlichen Einheiten decken und nicht äusserliche Summationen oder Kumulationen von Fächern dar-

stellen, die notwendigen Querverbindungen natürlicher, leichter und elastischer herstellen lassen.

Vorgesehen sind 18 Abteilungen:

- I. Abteilung für Evangelische Theologie
- II. Abteilung für Katholische Theologie
- III. Abteilung für Philosophie, Pädagogik, Psychologie
- IV. Abteilung für Geschichtswissenschaft
- V. Abteilung für Philologie
- VI. Abteilung für Rechtswissenschaft
- VII. Abteilung für Wirtschaftswissenschaft
- VIII. Abteilung für Sozialwissenschaft
- IX. Abteilung für Maschinenbau und konstruktiven Ingenieurbau
- X. Abteilung für Elektrotechnik
- XI. Abteilung für Mathematik
- XII. Abteilung für Physik
- XIII. Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie
- XIV. Abteilung für Chemie
- XV. Abteilung für Biologie
- XVI. Abteilung für Naturwissenschaftliche Medizin
- XVII. Abteilung für Theoretische Medizin
- XVIII. Abteilung für Praktische Medizin

Als äussere Voraussetzung des Grundprinzips der Verflechtung der Disziplinen empfahl der Gründungsausschuss, die einheitliche räumliche Gestaltung der Universität. Institutionen und Organisationen der gesamten Universität sollten an einem Platz und ungeteilt beieinanderliegen. Das sollte sowohl für die Forschung als auch für die Lehre gelten: Die neue Universität sollte als Ganzes im Gesichtskreis der Studenten stehen und ihnen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und Orientierung, aber auch für ihren persönlichen



Altersheime, Spitäler, Verwaltungsgebäude, Arme-Leute-Silos – und Universitäten: Ueberall bestimmen einseitig technische Gesichtspunkte – etwa der Einsatz von Laufkränen für eine ganze Reihe von Blöcken – das Bild der Bauten. Der zweckrational orientierte Planungs- und Verwaltungsapparat richtet sich nach den Gesetzen der Herstellung, nicht nach dem Inhalt der Gebäude. (Luftaufnahme der Ruhr-Universität Bochum, Stand März 1968)

Umgang und für ihre privaten Interessen zugänglich sein.

Damit war auch das Konzept für die Bauleute gegeben.

Aus einem von der Landesregierung ausgeschriebenen Ideenwettbewerb, an dem sich 86 namhafte Architekten des In- und Auslandes beteiligten, ging die Düsseldorfer Architektengemeinschaft Professor Dr. Hentrich und Dipl.-Ing. Petschnigg als erster Preisträger hervor. Von den übrigen eingereichten Arbeiten lag der ausser Konkurrenz eingereichte Entwurf des Staatshochbauamtes für die Universität Bochum den

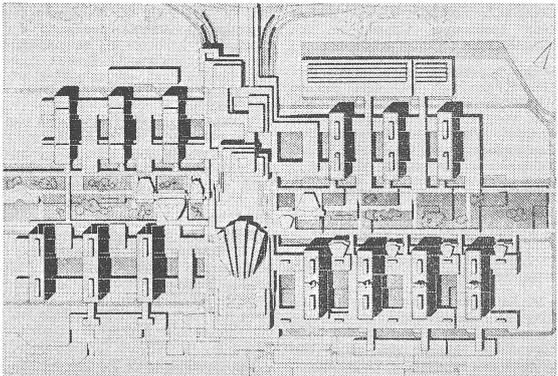
(Fortsetzung auf S. 22)



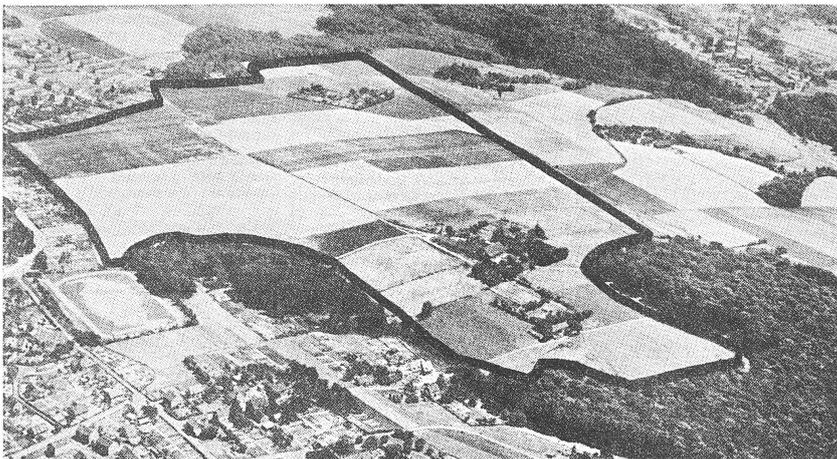
Gliederung und Zuordnung der Abteilungen Distribution of departments Les départements. Structure et interdépendance



Die Untertanen-Fabrik manifestiert sich nicht mehr nur in der inneren Struktur der Hochschulen, sondern auch in ihrem äusseren Bild. Institutsgebäude der Ruhr-Universität Bochum, Stand 1970.



Das Organisationsschema der Universität mit der traditionellen überkommenen Aufteilung in Medizin, Geistes-, Natur- und Ingenieurwissenschaften (oben) wird unvermittelt und abstrakt auf den Plan (unten) übertragen. Der trennende Grünstreifen (in der Horizontalen) wie die »Zentralstellen« (in der Vertikalen) verhindern interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen »Fakultäten«.



Die Flucht aufs »Land« schützt die Planer vor schwierigen rechtlichen, wirtschaftlichen und vor allem auch planerischen Problemen. Durch den Anschluss an ein leistungsfähiges Verkehrsnetz soll die verlorene Beziehung zur Polis wiederhergestellt werden.

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarbband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichnerarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Tel. 27 77 27 (gegründet 1945)

(Fortsetzung von Seite 21)

Bochum

Vorstellungen des Gründungsausschusses am nächsten.

Daher lag es nahe, diese beiden Arbeiten zusammenzufassen und aus den

beiden Teams ein »Planungsbüro für die Universität Bochum« zu bilden.

Am 30. Juni 1965 wurde die Ruhr-Universität Bochum in einem feierlichen Festakt offiziell gegründet und die ersten Gebäude übergeben: IA und IB, die ersten beiden Institutsgebäude

der Ingenieurwissenschaften, in die aber zunächst die Geisteswissenschaften einzogen.

Mit 1215 Studenten nahm die erste Hochschule des Reviers, die Ruhr-Universität Bochum, am 2. November 1965 die Vorlesungen in acht geisteswissenschaftlichen Abteilungen auf. Zur Verfügung standen in zwei Institutsgebäuden bei einer Gesamtbrutto-Grossfläche von 45 500 qm neben den Räumen für 70 Lehrstühle 370 Räume für das wissenschaftliche Personal sowie 2450 Plätze in 25 Hörsälen und 2250 Seminar- und Übungsplätze für die Studenten. Hinzu kamen die provisorische Zentralbibliothek, eine Mensa mit einer Ausgabekapazität von 6000 Essen und drei Studentenwohnheime mit insgesamt 530 Betten. Bereits im zweiten Semester standen in sechs Studentenheimen 1100 Betten zur Verfügung.

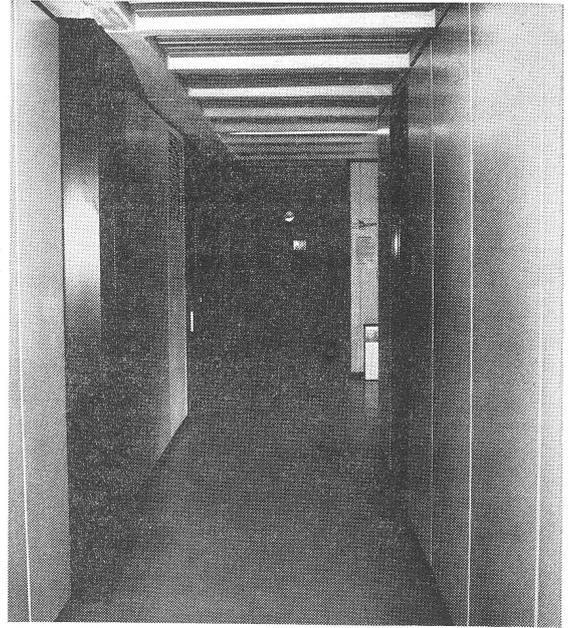
Vorgesehene Studentenzahlen

Die Universität wurde für 10 000 Studenten konzipiert. Heute hat sie diese Zahl schon erreicht, obwohl der Vollausbau noch nicht abgeschlossen ist. Heute wird bei Vollausbau mit 18 000, im Falle einer Verspätung des Ausbaus anderer Universitäten sogar mit 28 000 Studenten gerechnet.

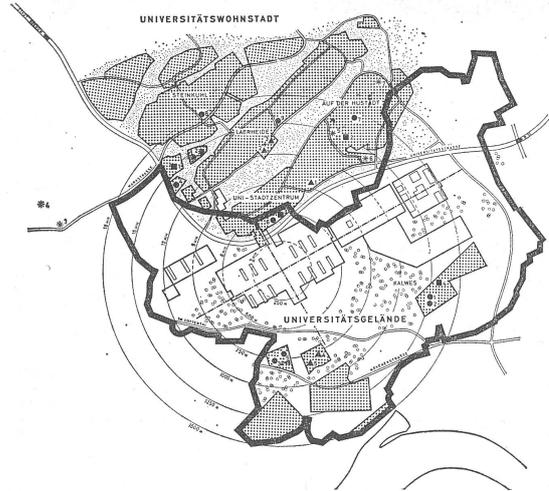
Studentisches Wohnen

In der Nähe der Universität ist eine Wohnstadt geplant für etwa 15 000 bis 20 000 Einwohner. 60% der Studenten sind allerdings bis jetzt Pendler.

Die Ruhr-Universität besitzt bis jetzt den höchsten Prozentsatz von Studenten aus Arbeiterschichten in der BRD (12%).



In den Gängen der neuen Universität in Bochum kommen die Studenten zwangsweise »in Kontakt« miteinander. Ob diese Art von »Kontakt« den fehlenden Kontakt unter den Studenten, der zum Teil von den architektonischen Gegebenheiten bestimmt wird, zu ersetzen vermag?



»Universitätsplanung ist Stadtplanung« (Lucius Burckhardt). Durch Planung »auf der grünen Wiese«, wo die Infrastruktur dementsprechend unterentwickelt ist, kann das Wohnproblem für die Studenten nicht mehr so leicht umgangen werden wie in der Schweiz. Es entstehen campusähnliche Siedlungen mit Dimensionen von Kleinstädten. - Uebersicht über die geplanten Studentenwohnheime (oben).

Zusammenfassungen

Bauplanung

Die drei besuchten Universitäten haben eine gemeinsame bauliche und planerische »Charakteristik, die sie als einer ganz bestimmten »Generation« von Neuplanungen zugehört ausweisen:

- Den ungeheuren quantitativen Problemen, die sich mit dem rapiden Wachstum der Hochschulen stellen, wird versucht, mit Planungen auf der »grünen Wiese« zu begegnen. Den Sachzwängen gesellschaftlicher, institutioneller und juristischer Art, die sich solch grossen Planungen in traditioneller Weise entgegenstellen würden, wird ausgewichen, indem man sich in jeder Weise auf das »freie Feld« zurückzieht: Sondergesetzgebung, Sonderbauordnungen, spezielle Bau- und Planungsämter, freies Gelände usw.

- Marburg nimmt dabei eine Zerteilung der Universität in Kauf, wobei die Trennung säuberlich entlang den überkommenden Grenzen von Natur- und Geisteswissenschaften vorgenommen wird. Dies birgt die Gefahr in sich, dass diese Trennung auch baulich zementiert wird, obwohl sie schon lange aus wissenschaftstheoretischen Gründen und im Interesse interdisziplinärer Studien nicht mehr haltbar ist. Die Universität Dortmund zeigt dabei eine weitere Tendenz der Aufsplitterung durch die in der Konzeption vorgesehene Verlagerung des Schwerpunktes

auf die naturwissenschaftlich-technische Richtung.

- Dortmund und Bochum vermeiden eine Aufteilung der Universität, aber nur um den Preis der Verlegung der gesamten Hochschule ausserhalb der Stadt. Dort kann sie als verwaltungs- und planungstechnische Einheit gesehen werden, was ein möglichst reibungsloses Funktionieren des Apparates garantiert.

- Die Verbindung von Universität und Stadt (verstanden im Sinne der Polis die in Marburg noch als relevant für die Geisteswissenschaften erachtet wird, reduziert sich in Dortmund auf die Verbindung durch Verkehrswege: Autobahnen, S-Bahn usw.

- Das Wohnproblem wird gelöst durch die Errichtung von Studentenheimen oder ganzen Universitätsstädten (Bochum). Bochum kommt dabei einer Campus-Situation sehr nahe, obwohl auch hier das Universitätsgelände und die Wohnstadt säuberlich separiert sind.

- Das zweckrationale Denken im Hinblick auf eine einseitig verstandene Funktionalität, die durch einen allmächtigen Apparat verwaltet und geplant werden kann, erlaubt es, die Rationalisierung des Bauens und Planens so weit zu treiben, dass Quantitäten riesigen Ausmasses in kürzester Zeit realisiert werden können. Weitgehend industrialisierte Bausysteme (Marburg), oder die äusserst rigide

Fraktionierung gleichbleibender Nutzflächen (Bochum) stellen sich in den Dienst dieser Funktion. Die allenfalls verbleibende (oder vorher eingeplante) Flexibilität und Freiheit der Organisation und Nutzung verbleibt vorerst noch in den Händen des Verwaltungsapparates und ist den Benutzern entzogen.

- Die Bedarfsplanung ist weitgehend aus der politischen Diskussion ausgeklammert und hat Tendenz, zur Bedarfssteuerung im Interesse der Industrie zu werden.

- Die Schnelligkeit des Ausbaues wird nicht durch die technischen Gegebenheiten, sondern durch die Finanzplanung und durch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt.

Bildungspolitik

In Deutschland wird seit Anfang der sechziger Jahre von einer Bildungskrise oder Bildungsmissere gesprochen. Die zuständigen Stellen halten die Zahl der Hochschulabsolventen für zu gering. Vor allem an Naturwissenschaftlern, Technikern und Medizinern scheint es zu mangeln. An den Hochschulen herrscht Raumnot. An verschiedenen Fakultäten wurde ein Numerus clausus eingeführt. Diesem quantitativen Problem versucht man durch den Bau neuer Gebäude beizukommen. Allein im Ruhrgebiet sind in Marburg, Dortmund und Bochum neue Universitäten im

Bau, in Kassel und Essen sind weitere geplant.

Als Planungsgrundlagen für die Bauplanung und Baurealisierung dieser Universitäten dienen die sog. Strukturpläne. Sie enthalten Extrapolationen der Studentenentwicklungszahlen, Erfahrungswerte für die Raumbedürfnisse verschiedener Fakultäten und Institute, Angaben über die finanziellen und technischen Möglichkeiten sowie meistens einen vorgegebenen Standort. Gegeben ist meist auch die verkehrstechnische Infrastruktur, wobei der Schwerpunkt offensichtlich auf dem privaten Verkehr liegt.

Die erwählten Universitäten, die aufgrund dieser Strukturpläne in Bau genommen wurden, weisen folgende gemeinsamen Merkmale auf:

- Wo die Trennung der Natur- und der Geisteswissenschaften nicht durch verschiedene Standorte der betreffenden Fakultäten vorgenommen wurde, setzt sie sich durch die scharfe Trennung auf dem Universitätsgelände durch. Dazu kommt noch eine weitere bauliche und institutionelle Isolierung der einzelnen Fakultäten und Fachbereiche, was leicht zur sog. Atomisierung der Universität führt.

- Die Universitätsneubauten befinden sich alle ausserhalb der Städte. Dadurch entsteht eine mehr oder weniger ausgeprägte Campus-Situation. Diese Merkmale des Mikrostandortes der Universität werden z. T. noch verstärkt, indem die Universitätsbevölkerung isoliert in neugebauten Quartieren mit eigenen Dienstleistungsbetrieben in der Nähe der Universitätsanlagen, aber getrennt von der Stadtbevölkerung wohnt.

- Ueberall findet man die strenge Trennung von Universitätsanlagen und Wohngelegenheiten.

- Sämtliche Universitätsneubauten im Ruhrgebiet liegen in der sog. Helweg-Zone, d.h. in der soziologisch und sozioökonomisch privilegiertesten Zone des Ruhrgebietes. Bei der Bestimmung der Makrostandorte hat man sich vor allem nach vorhandenen Industrieanlagen gerichtet, die den künftigen Akademikern Arbeitsplätze liefern.

Die Universitätsbevölkerung kritisiert nun gerade diese, den Neubauten im Ruhrgebiet gemeinsamen Merkmale zum Teil sehr heftig. Man weist auf die stark steigende Zahl der »Drop-outs« hin, auf die steigende Unzufriedenheit und den zunehmenden Streikwillen vor allem der Assistenten und Studenten.

Diese Spannungen werden darauf zurückgeführt, dass sich die Planer und zum Teil auch die Universität selber über den Inhalt der Universität und deren Stellung innerhalb der Gesellschaft nicht im klaren seien. Dadurch werde die Problemstellung verschoben auf die der äusseren Formen und des Betriebes. Dass ohne die inhaltliche Konzeption keine vernünftigen Universitäten gebaut werden können, zeigten die oben beschriebenen Merkmale.

Die betrieblichen Probleme der Universität werden gelöst durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Kriterien. So entsteht ein erster Teufelskreis, indem die Forderung nach einer grösseren Zahl von Hochschulabsolven-

ten auf deren Qualität drückt, dieser Mangel aber durch eine grössere Quantität kompensiert werden soll.

Ein zweiter Zirkel, der diesen ersten noch verstärkt, entsteht durch das ganze Bildungswesen und die staatliche Bildungspolitik. Die Zahl und Qualität der Abiturienten ist zu klein, wodurch nicht genug Lehrer ausgebildet werden können, was auf die Mittelschulen zurückwirkt. Durch mangelnde Attraktivität des Bildungsganges werden die Motivationen meist extrinsische, was sich wiederum nachteilig auf die Qualität der Akademiker auswirkt. Alle diese Mängel sind auf einer inhaltlich vagen oder leeren Konzeption der Universität und der Wissenschaft überhaupt gewachsen.

Dass die Universität trotzdem mehr oder weniger funktionsfähig ist, wird von den Universitätsangehörigen dadurch erklärt, dass die formale und inhaltliche Verwaltung (Wissenschaftsverwaltung) einer hierarchisch gegliederten, technischen Bürokratie unterworfen sei, die durch die Universitätsbevölkerung nicht zu kontrollieren sei. Darüber dürfe auch das eingeführte Mitbestimmungsmodell nicht hinwegtäuschen. Ferner werde die intergenerationale Kontinuität in der Verwaltung des pädagogischen Prozesses durch das krampfhaftes Festhalten an einer übertragene Familienstruktur gefestigt. Dadurch werden die Studenten immer mehr auf die Schulbank gezwungen, was zur erwählten Unattraktivität der Ausbildung führt.

Sowohl Inhalt und Inhaltsbild als auch Inhalt und Erscheinungsbild (deutliche Uebereinstimmung Aufgabe des Planers und Architekten wäre) stimmen nicht mehr überein.

Literatur

Hofstätter: Gruppendynamik, Hamburg 1957 (Didaktik, Studienkonzeption)

Hüfner: Traditionelle Bildungsökonomie und systemorientierte Bildungsplanung, Berlin 1969 (Bildungspolitik)

Weizsäcker: Entwurf einer Baukasten-Gesamthochschule, Stuttgart 1969 (Studienkonzeption, politische Implikationen)

Hofmann: Universität, Ideologie und Gesellschaft, Frankfurt 1965 (Inhalt, Inhaltsbild, Erscheinungsbild)

Autorenkollektiv: Gutachten zu den städtebaulichen Folgen der Hochschulgründung, Uni Stuttgart 1969 (Mikrostandort)

WURZEL

bei der Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST FÜR DAS WISSENSCHAFTLICHE BUCH



Die Universität in Bochum hat seit dem Bezug der ersten Gebäude noch nie »normal funktioniert. Momentan streiken wieder einmal die Assistenten.

Hochschule und Gesellschaft

Von Dr. Lucius Burckhardt

Hochschulplanung darf sich nicht allein auf architektonische oder technische Überlegungen stützen. Hochschulplanung wird hauptsächlich bestimmt durch das jeweilige Verständnis von Bildung, durch die Funktion, die die Universität zu erfüllen hat, durch die Art der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Disziplinen, schliesslich auch – ganz konkret – durch Studiengänge und Struktur der Universitäten. Je nach Ansatz müssten verschiedene Universitätstypen geschaffen

werden. Universitätspolitik ist ein Teil der Bildungspolitik. Gleichzeitig müssen auch die Beziehungen von Universität zur Stadt, zur Polis in die Planung einbezogen werden. Die Umwelt hat einen grosseren Einfluss auf die Universität, als das gemeinhin erkannt wird. Der Artikel von Dr. Lucius Burckhardt (erschienen im »Bund« vom 29. April 1968) kann als Wegweiser zu diesem »strukturellen« Denken dienen.

Die Redaktion

Ziele und Grenzen

Oberstes Ziel des gesamten Universitätswesens als der Spitze unserer Forschung und Ausbildung ist die Herstellung von Einsicht: bisher verschleierte oder rätselhaft zusammenhängende sollen in das Licht des Verständnisses und des Wissen gehoben werden und für denjenigen, welcher die Gedanken des Forschers nachvollziehen will, transparent werden. Insofern ist die Universität ein Bestandteil, ja der wirkungsvollste Teil des säkularen Demokratisierungsprozesses. Demokratisierung in diesem Sinne heisst: die Willkür einzelner durch den verstehenden Konsens der Gemeinschaft ersetzen.

Es ist die vornehmste Aufgabe einer Gesellschaft, objektive, analytische Organe auszuscheiden, welche Urteile über die Gesellschaft selbst fällen können. Ein solches Organ ist die Universität: in ihr kann über die Gesellschaft selbst nachgedacht werden. Sie ist der Ort, wo Dinge gesagt werden dürfen, welche noch nicht in das Bewusstsein und den Konsens der Gesellschaft eingedrungen sind. Deshalb ist der Ruf nach einer »kritischen Universität« ein Pleonasmus: wenn die Universität nicht mehr kritisch ist, so hat sie das Recht auf ihren Namen verloren. Wenn sich heute hinter dem Ruf nach einer kritischen Universität vielleicht Parteilichkeit verbirgt, so ist diese nur das Spiegelbild einer anderen Parteilichkeit, die sich hinter einer gespielten Objektivität zu verbergen weiss.

Mit dieser Pflicht, Transparenz in bisher undurchsichtige Gebiete zu tragen, verbindet sich eine Aufgabe, welche die Universität vor allen anderen Bildungsanstalten auszeichnet. Dient die Schulbildung der Reproduktion des vorhandenen Wissens und damit der Aufrechterhaltung von Tradition und Kultur und der Übergabe des einmal erreichten Standes an die Nachkommen, so dient die Universität der Erneuerung. Sie bewahrt nicht nur die erlangten Kenntnisse und kulturellen Bräuche der Gesellschaft, sondern sie schafft neue Kultur. Deshalb ist, weit mehr als die Schule, die Universität selbst ein veränderliches Gebilde: sie

reformiert sich selbst, und sie verändert die Gesellschaft. Insofern ist die Diskussion über die Universität und ihre Aufgaben eine Diskussion über die Gesellschaft selbst. Eine Gesellschaft, welche ihre Universität nicht erneuern will, will auch sich selbst nicht verändern und geht damit unter.

Sozial gesehen hat die Universität eine paradoxe Aufgabe: sie schafft Gleichheit und schafft Ungleichheit, indem sie objektives und allgemein nachvollziehbares Wissen vermittelt, wendet sie sich an jeden, und jeder ist eingeladen, sich in ihr zu bilden. Ja, die Universität ist interessiert daran, dass alle Bürger die gleiche Chance haben, zu ihr zu kommen, nur dann kann sie die Besten auslesen. Mit dieser Auslese aber schafft sie Ungleichheit: sie vergibt die besten Plätze in der Gesellschaft an jene, welche sich in der Universität bewährt haben. Solchermaßen Ungleichheit zu schaffen ist ein hohes Recht, und wehe dem, der hierbei parteilich ist!

Ist die Universität ein Organ der Gesellschaft, welches über die Gesellschaft hinausragt und richterliche Funktionen wahrnimmt, so muss sie sich gleichzeitig in die Gesellschaft einordnen, welche sie trägt. Die Universität dient auch ökonomischen Zielen und hat einen ökonomischen Rahmen. Sie soll auf eine geeignete Weise und ohne die Gesellschaft finanziell zu überfordern, einen Nachwuchs heranbilden, welcher die Spitzenstellen besetzen kann. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, zu bestimmen, welche Mittel hierfür aufgewendet werden sollen.

Aber über diesen letzten Punkt ist die Universität auch Anwalt ihrer selbst: indem sie Wissen verbreitet, verbreitet sie auch die Kenntnis von der Notwendigkeit des Wissens. Soziologische Umfragen haben ergeben, dass diejenigen gewillt sind, staatliche Gelder für Forschung und Bildung aufzubringen, welche selber gebildet sind. Erst das Wissen verschafft die Einsicht in die Nützlichkeit des Wissens; hier rückt die Universität wieder von einer Dienerrolle in die Führerrolle: sie muss das Wissen vom Wissen verbreiten. Sie hat das Recht, sich selbst zu propagieren.

Zwei Konzeptionen: Humanistische oder technische Universität

Das Universitätswesen kann nach zwei verschiedenen Konzeptionen ausgerichtet sein. Man kann eine Universität so aufbauen, dass sie, für das in der Bevölkerung vorhandene Bildungsbedürfnis, Bildung als Dienstleistung vermittelt; man kann sie aber auch so aufbauen, dass die in einem Produktionsapparat auftretenden Arbeitsplätze, welche Universitätsbildung verlangen, besetzt werden können.

Wir nennen die erste Konzeption die humanistische. Sie geht davon aus, dass Bildung an und für sich gut sei und dass jedwede Verbreitung von Bildung der Gesellschaft dienlich. Wenn ein junger Mann Sanskrit lernen will oder wissen will, aus welchen Mineralien Grünland besteht, so ist das erfreulich und muss gefördert werden. Nach dieser Konzeption ist die Universität gewissermassen ein Selbstbedienungsladen, der umso besser ist, je mehr er zur Verfügung stellt.

Das so beschriebene System wird oft auch als »deutsches« oder das »hum-bolsche« genannt. Es beruht auf der Auffassung, dass jedwede Beschäftigung an der Front des Spezialwissens Zugang schaffe zu dem eigentlich wissenswerten Allgemeinen. Der Student kann gar nicht in die Irre gehen: an den Steinen Grünlands und an den Vokabeln des Sanskrit geht ihm die Philosophie auf. Lernen ist hier identisch mit Forschen, und die Forschung garantiert die Originalität des Lernens. Indem jede Generation forschend das Feld des Wissens durchstreift, bleibt dieses ewig jung und neu. Exponenten

dieser Konzeption sind zwei Figuren, die einst die Lieblingskinder der Universität, heute problematisch geworden sind: der ewige Student und der Privatdozent. Der ewige Student bestatigt die Auffassung, dass Detailwissen Bildung führt; der Privatdozent hatte zu beweisen, dass die Auffassungen der etablierten Lehrstühle dem Veraltungsprozess ausgesetzt und deshalb als relativ zu betrachten sind. Der PD schuf sich seine akademische Stellung durch den Zweifel an den Lehren seiner Lehrer.

Der humanistischen Konzeption steht die Orientierung der Universität an der Berufsstruktur des Landes gegenüber. Es sollen diejenigen Berufe ausgebildet werden, welche in Verwaltung und Wirtschaft gebraucht werden, zuzüglich jene, welche die Kontinuität der Lehre und die Fortsetzung der Forschung aufrechterhalten.

Eine solche rigorose Auffassung tönt banausisch, sie erhält aber ihre Rechtfertigung aus den Erkenntnissen der modernen Nationalökonomie, speziell der Wachstumstheorie. Erst in den letzten Jahren wurde der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Struktur von Lehre und Forschung in einem Lande offenbar. Jene Länder machen die grössten Fortschritte, welche ein Bildungssystem haben, das die erforderlichen Absolventen in genügender Zahl und richtiger Verteilung zur Verfügung stellt. Dieses System muss nicht und darf nicht rigoros sein: gewisse Überschüsse an

Lehrpersonal dienen auch der Aufrechterhaltung einer allgemeinen, gesellschaftlichen Kultur und den Notwendigkeiten der Freizeitbildung und Freizeitunterhaltung. Aber auch diese bilden ein Kader, das sich in den Produktionsapparat auf seine Weise einreicht.

Wenn aber Entwicklung und Ausbildung auf diese Weise verbunden sind, kann es sich ein Land leisten, den Zusammenhang zu ignorieren und weiterhin ein »dem Zufall überlassenes« Bildungssystem zu haben?

Bildung oder Spezialisierung

Der im traditionellen Sinne gebildete Mensch weiss wäxxer. Er hat ein Verständigungsmittel erlernt, welches das Gespräch mit anderen Gebildeten erleichtert und zur Freude macht: eine

Auf Berufsbilder ausgerichtetes Studium?

In moderner Sicht ist jenes Wissen, das an den Schulen vermittelt wird, das wir dann als Bildung zusammenfassen, keineswegs etwas Rundes oder abgeschlossenes. Es ist vielmehr ein recht heterogener Komplex, ein zufälliges Paket, das die Geschichte des Abendlandes im Laufe der Zeit zusammengeschnürt hat. Bei aller Sympathie zu diesem historischen Prozess vermögen wir heute nicht mehr einzusehen, weshalb die Sagen des klassischen Altertums mehr bilden als jene Indiens oder Chinas oder weshalb die lateinische Grammatik das Gehirn besser schulen soll als die abstrakten Regeln der Linguistik. Was wir von den alten Griechen wissen, ist Bildung, was wir von den alten Mexikanern erfahren, ist Spezialwissen. Warum?

Man könnte die Absage an die traditionelle Bildung mit dem Gedanken verbinden, es seien moderne, pragmatische Berufsbilder zu schaffen und an der Universität zu lehren. Für jeden Universitätsberuf ergäbe sich daraus ein Curriculum, welches den Studenten auf die geeignetste Weise zum Ziele führt, nämlich zu einer Stellung im Beruf. Bei diesen Curricula können auch »neue« Berufe berücksichtigt werden, solche, die man bisher allein über eine gebrochene Laufbahn und allzu oft über ein Scheitern erreichte: Journalist, Regisseur, vielleicht Politiker. Müsste man diese nicht ausbilden? Liesse sich nicht aus Sprache, Politik und Geschichte, Geographie vielleicht und einem Kurs in kriegsmässiger Strategie, endlich einmal ein kenntnisreicher Zeitungsschreiber fabrizieren?

Man kann, gewiss, und in anderen Ländern wird es auch getan. Aber die Tatsache, dass die traditionelle Bildung nicht mehr das alleinige gemeinsame Verständigungsmittel zwischen den Berufen sein kann, sollte nicht zu der Auffassung führen, es gebe überhaupt kein verbindendes Wissen. Wir brauchen verbindendes Wissen sowohl für die Teamarbeit zwischen Gelehrten verschiedener Richtung – eine immer wichtiger werdende Arbeitsform – wie auch als Basis für die Entwicklung des einzelnen Gelehrten selber, der in einer sich rasch wandelnden wissenschaftlichen Welt seine Persönlichkeit nicht verlieren soll. Gerade eine allzu genaue Ausbildung auf den Beruf birgt auch die Gefahr in sich, dass für die Anpassung an künftige Situationen nicht vorgesorgt ist.

Was soll unterrichtet werden?

Das Ziel der modernen Berufsausbildung auf Universitäten muss also die Schaffung eines »operablen Wissens« sein, das, ohne auf vermeintlich »wahren« Wahrheiten zu beruhen, den Absolventen durch sein Leben begleitet. Aber was ist »operables Wissen«? Ähnlich wie die Gymnasialbildung ist auch die Universität mit ihren fünf Fakultäten ein historisch gewachsenes Paket, das irgendetwas in den freien Kün-

stempelung auf eine Stelle bei Plato, auf einen Vers im Faust, auf die Schlacht bei Cannä, und der andere versteht und lächelt. Auf ihren Schulen haben die Gebildeten das traditionelle Rund des Wissens mitgeteilt bekommen und anschliessend das Zeugnis der »Reife«. Dieses Reifezeugnis erlaubte ihnen dann den Zugang zum Spezialwissen, sie wurden Ingenieure, Aerzte, Juristen und haben dabei noch vieles gelernt; stets aber betrachteten sie als ihr eigentliches Wissen ihre gemeinsame »Bildung«.

Eine solche gemeinsame Verständigungsgrundlage ist keineswegs gering zu achten. Sie erleichtert ungemein den Verkehr zwischen jenen, die daran teilhaftig sind. Gefährlich ist es nur, wenn diese Bildung verwechselt wird mit dem tatsächlichen Rund des Wissens; wenn man meint, sie enthalte »alles« – mit Ausnahme des Spezialwissens. Dann wird diese Bildung zu einem Wertsystem, das die Einsicht in die veränderten Situationen des heutigen Lebens verschleiert. Der Gebildete zieht sich in den Elfenbeinturm eines Wissens zurück, das mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt, und merkt es nicht, weil er von seinen Kollegen stets bestätigt wird.

sten des Mittelalters seinen Ursprung hat. Die letzte grosse Veränderung war wohl die folgenschwere Trennung der philosophisch-historischen und der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät. Mit diesem Riss zwischen einer in der Sprache und der Geschichte verankerten Philosophie und der Naturwissenschaft begründete sich die Pragmatik des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Sie entsprach der Trennung zwischen den bildenden Künsten und den Ingenieurkünsten, bei welcher bekanntlich der Städtebau zwischen Stuhl und Bank fiel. Der Riss aber in der alten philosophischen Fakultät verwehrte bis vor kurzem die Sicht auf die Tatsache, dass technisches Wissen nicht neutral ist, sondern einen Teil des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bildet. Wir lernen daraus, dass alles Trennen und Scheiden folgeschwer ist, und in der Tat sind viele Wissensgebiete – wir empfinden sie heute als interdisziplinär – aufgrund der Organisation der Fakultäten zurückgeblieben. Wir denken an die Soziologie, die Informationstheorie, die Semantik, Linguistik, Sozialpsychologie und anderes. Die Einteilung des Wissens ist also keinesfalls gleichgültig.

Soll an den Universitäten Neues und Anderes gelehrt werden als bisher? Hier kämen beispielsweise die musischen Fächer in Frage: Theater, Musik, wo bisher nur Literaturwissenschaft und Musikwissenschaft gelehrt wurde. Von einem modernen Standpunkt aus, welcher auch die Kunst als ein Informationsmittel betrachtet, könnte eine solche Erweiterung der Universität höch-

Post-Graduates und Lifelong-Education – Stiefkinder der heutigen Hochschule

Eine Seite, welcher die Universität unbedingt ihre Aufmerksamkeit schenken muss, ist die Fortbildung der Ausgebildeten, die ihre Tätigkeit ausserhalb der Universität finden. Die Hochschulausbildung kann sich heute nicht mehr darauf beschränken, die Leute mit 25 Jahren in den Beruf zu entlassen, den sie dann 45 bis 50 Jahre lang ausüben. Die Anforderungen an das Wissen in den höheren Berufssparten verändern sich heute so rasch, dass niemand ohne Fortbildung auskommt. Diese wird in zwei Zweige zerfallen, und es ist kein Zufall, dass beide erst englische Namen haben: die Post-Graduate-Ausbildung und die Lifelong-Education. Während die Post-Graduate Ausbildung entweder unmittelbar an das Studium anschliesst oder auf einige Jahre Praxis folgt und den Teilnehmer auf ein in den traditionellen Fächern noch nicht erhaltenes Spezialgebiet oder eine Kombination von Gebieten vorbereiten (Landesplanung beispielsweise), hat, versammelt die Lifelong-Education die Angehörigen der dem Fortschritt ausgesetzten Berufe (Mediziner beispielsweise) in periodischen Abständen von fünf oder zehn Jahren,

ste Anregung bringen. Auf der anderen Seite entsteht die Gefahr, dass die Universität ein »Mädchen für alles« wird und dass sich an ihr Personenkreise bilden, welche nicht bis in die Gemeinsamkeiten des Wissens vordringen.

Studium generale oder Vorkurse?

Wichtiger als die Erweiterung ist demnach die freie Kombinierbarkeit. Sie sollte die bisher vernachlässigten interdisziplinären Gebiete fördern. Diese reichen bis hin zu einem Feld, das bis dahin ganz vernachlässigt war und doch eigentlich die primäre Aufgabe der Universität sein sollte: zur Wissenschaft von den Wissenschaften, zur Systemforschung, Bildungsforschung und Bildungsökonomie als Beraterinnen einer Bildungspolitik.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde viel über einen anderen Aufbau des Studiums gesprochen. Man dachte an ein Studium generale, das jedem Studenten einen Ueberblick über das an der Universität gelehrt Wissen geben sollte, und man dachte an Vorkurse, welche den Studenten zuerst mit methodischen Fragen vertraut machen sollten, bevor er auf das inhaltliche Wissen losgelassen wird. Das Studium generale verlor bald an Aktualität; man erkannte, dass es einem alten und verfehlten Bildungsbegriff entstammt – und nicht einmal diesem ganz treu ist. Es verfuhr zur Oberflächlichkeit und zur Annahme, dass das Wissen der Fakultäten in ein allgemeines und spezielles zerfalle.

Die Frage nach einem Vorkurs hat zu Konzeptionen von Rang geführt, speziell in England. Man kann sich vorstellen, dass Studenten, welche die erste Zeit des Studiums mit Logistik, Linguistik, Ethik und Psychologie gefüttert werden (wobei unter Ethik eine ständige Selbstkritik verstanden wird), jedes kommende Wissen mit einer ganz anderen Voraussetzung aufnehmen. Es stellt sich lediglich die Frage, ob es richtig ist, derart schwierige Wissenschaften gerade zu Anfang des Studiums zu dozieren, ob es nicht besser das Studium ständig begleiten sollten. Aber es besteht kein Zweifel, dass derart ausgebildete Leute in bestimmten Positionen den Absolventen konventioneller Lehrgänge überlegen sein müssen. In diesem Sinne ist jedes Experiment von gutem, und es ist niemand in die falsche Schule gegangen. Selbst ein so beschiedenes Experiment wie das der »Hochschule für Gestaltung« in Ulm hat gezeigt, dass die in ihrer ungewöhnlichen Geisteshaltung erzogenen Studenten sich später auch in ungewöhnlichen Stellungen bewähren. Nachteil aller dieser »Phantasia-Universitäten« ist lediglich, dass der Austausch mit anderen Universitäten, die Koordination, nicht gesichert ist. Damit ist eine andere Möglichkeit des Studenten, das Gesichtsfeld zu erweitern, in Gefahr; in früheren Jahrzehnten war es Sitte, während des Studiums mehrmals die Universität zu wechseln.

um ihnen die neuen Erkenntnisse zugänglich zu machen. Beide Bildungszweige haben die nicht zu verachtende Nebenwirkung, die Universität selber weiterzubilden und auf dem laufenden zu halten.

Neue Universitätstypen?

Ganz abgesehen von der Verschiedenartigkeit der Fächer hat die Universität heute recht verschiedene Typen von Studenten auszubilden. Man könne

(Fortsetzung auf Seite 25)

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80



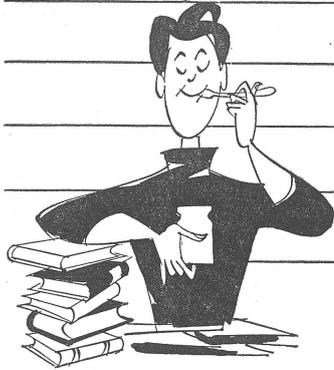
Lee Cooper Limited London Paris

Anpassung gratis. Studenten 5% Rabatt.

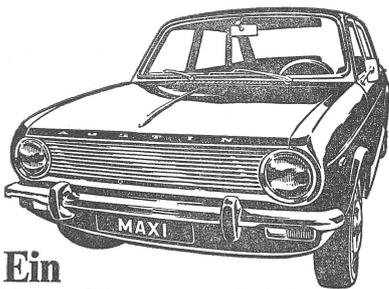
Willy Korn

Mode für Studiker

Sonneggstrasse 21
Zürich



Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes
VZM-Joghurt



Ein
Hotelbett auf Rädern.
Oder ein Transporter.
Vernunft auf Rädern.
Und von aussen «bloss»
eine elegante
Limousine.



Der AUSTIN Maxi 1500

Sein Preis Fr. 9980.-

Probefahrten bei:
Emil Frey AG, Badenerstr. 600, Zürich, Tel. (051) 54 55 00

Jedes Jahr arbeiten gegen hundert Studenten während der Semesterferien oder bei anderer Gelegenheit als

Securitaswächter



bei uns. Die Arbeit des Wächters ist abwechslungsreich und interessant. Der monatliche Verdienst beträgt Fr. 1250.- bis Fr. 1450.-.

Suchen auch Sie eine Ferienbeschäftigung?

Wenn Sie sich für mindestens vier Wochen vollamtlich zur Verfügung stellen können, so nimmt unser Personalchef Ihre Anmeldung gerne entgegen. Für nähere Angaben können Sie sich jederzeit an ihn wenden.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich
Militärstrasse 24, 8021 Zürich, Tel. 27 43 10



DIAVOX

INSTITUT MODERNE DE LANGUES
1000 LAUSANNE
avenue de Beaulieu 19, Tél. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle –
Laboratoire de langues
Français - Anglais - Allemand

Notre particularité:
Pour chaque heure de classe 1 heure de
laboratoire de langues.

Stages complets et intensifs de 8 et
11 semaines (240 et 330 heures)

Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

30% Studentenrabatt: Der Tages-Anzeiger freut sich, dass seine Zeitung und sein farbiges Magazin gerade von den kritischsten Schweizern gelesen werden.

«Das Reflektieren ist das Hinausgehen über eine einzelne Bestimmung, ihr Vergleichen mit anderen und das Zusammenfassen derselben in eine bestimmte.» (F. Hegel: Philosophische Propädeutik, dritter Kursus, zweite Abteilung, dritter Teil: Wissenschaft des Geistes, §167.)
Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren sind Vermögen, die das Lesen von Zeitungen aller Richtungen erspriesslich und vergnüglich machen.

Die Redaktoren des Tages-Anzeigers waren vor ein paar Jahren auch noch Studenten. Heute denken sie, dass es nur etwas gibt, das noch mehr Spass macht als das Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren beim Zeitunglesen: das Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren beim Zeitungsschreiben. Das werden Sie merken, wenn Sie den Tages-Anzeiger lesen. Wenn Sie lesen, was alles an politischer, wirtschaftlicher und kultureller Information in ihm steckt. Wenn Sie samstags dazu noch ein Magazin erhalten, das die Umwälzungen in der Welt widerspiegelt.

Der Tages-Anzeiger gibt auf den Tages-Anzeiger und sein farbiges Wochen-Magazin 30% Studentenrabatt.

Denn er freut sich, wenn anspruchsvolle und kritische Leser ihn lesen. Und auch Kritik an ihm üben.

Coupon

- Ich möchte gerne den Tages-Anzeiger und sein Magazin gratis, drei Wochen zur Ansicht erhalten.
- Ich möchte von Ihrem Spezialangebot Gebrauch machen und bestelle ein verbilligtes Abonnement. (Die ersten drei Wochen sind auch gratis.) Das kostet:
 - Fr. 3.25 statt 4.60 für 1 Monat
 - Fr. 18.50 statt 26.40 für 6 Monate
 - Fr. 9.35 statt 13.35 für 3 Monate
 - Fr. 36.55 statt 52.20 für 12 Monate

Name _____

Strasse _____

Fakultät _____ Semester _____

Postleitzahl/Ort _____ 7070

Tages-Anzeiger Vertriebsabteilung Postfach 8027 Zürich

Tages-Anzeiger

(Fortsetzung von Seite 23)

Hochschule und Gesellschaft

te überlegen, ob für einige dieser Studenten andere Universitätstypen zur Entlastung der historischen Universitäten und zur Steigerung der Wirksamkeit der Lehre geschaffen werden könnten. Diese Typen von Studenten sind:

– Der Student, der rasch in den Beruf will, ein Diplom braucht; er ist in der Regel klug genug, die Vorlesungen zu schwänzen und den Vorführungen auszuweichen, welche ihm vorflüstern, der Student müsse selber denken und forschen.

– Der Student, der in die Wissenschaft will, sich das erforderliche Spezialwissen aneignet und gleichzeitig auch den Forschungsbetrieb kennenlernen will.

– Der Student, der seine Nase in verschiedene Wissenschaften hineinstecken will und gerne eigene und fachfremde Vorlesungen besucht.

– Der Student, der in den Staatsdienst treten will und dem mit einem festgelegten Curriculum am besten gedient ist.

– Der Student, der in die angewandte Forschung, die Technik und die Wirtschaft will und der von der Universität verlangt, dass sie ihm stets das Neueste bietet.

Akzeptiert man für einmal diese summarische Einteilung der Studenten, so sieht man gleich, dass die Universität Heterogenes und Unvereinbares leisten sollte. Für die Adepten der Wissenschaft, also jene, welche den Nachwuchs der Universität selbst bilden, braucht es ein relativ weitgetriebenes Studium, das sich an wenige Studenten richtet. Für die im Hinblick auf die

notwendige wirtschaftliche Aufrüstung keineswegs gering zu schätzenden »technisch orientierten« Studenten braucht es eine ganz andere Art von Vielseitigkeit, Beweglichkeit zwischen den Fakultäten und Kontakt zur Praxis. Dem neugierigen Schnupperer sollte schliesslich etwas geboten werden, das er verstehen und mitnehmen kann und woran er die Rangordnung seiner persönlichen Wertungen bildet. Er ist es, der das Universitätswissen in Form von »Kultur« ins Leben hinstellt – wobei es die Schuld der Universität wäre, wenn dieser Kulturbegriff etwas Verstaubtes hätte.

Nicht nur für bestimmte Fächer, sondern vor allem für diese bestimmten Studententypen könnten Spezialhochschulen gefordert werden: Fachhochschulen beispielsweise für das notwendige Staatspersonal wie Lehrer, Juristen im Staatsdienst usw. Auf der anderen Seite könnte man an einen Hochschultypus denken, der technische Wissenschaften mit wirtschaftlicher Praxis verbindet; mit solchen Absolventen wäre der Entwicklung unseres Landes in kommerzieller Hinsicht dienlich. Gewiss, dem Anhänger der traditionellen Universität im Sinne der Universalität sind solche Gedanken ein Greuel; aber irgendwie muss sich ja die Entlastung der Universität vollziehen, und es ist eherlich, den Kindern gleich ihren Namen zu geben, als eine inoffizielle Differenzierung in »bessere« und »mittelmässige«, »reichere« und »ärmere« Universitäten zu machen, wie das im alten Deutschland der Fall war.

Probleme des Lehrens und Probleme des Lehrenden

Wir sagten eingangs, das Erziehungssystem sei dazu da, gleiche Chancen zu bieten und dann die Plätze im Leben zu verteilen. Unser Erziehungssystem bewerkstelligt dies mit dem System von »Sitzbleiben« und »Durchfallen«. Dieses System ist verlustreich sowohl für die Erziehungsanstalten wie für die Erzeugenen; schon die Mittelschule hätte die Aufgabe, ihre Schüler auf direkterem Wege an die ihnen zuzugedenden Berufsplätze zu bringen.

Wie macht es unsere Universität? Hier zeigt sich so recht, wie unbedacht ein altes System in neue Verhältnisse hineingetragen wurde. Man merkt es schon im Vorlesungsverzeichnis: die grosse, repräsentative Antrittsvorlesung wird vom wichtigsten Vertreter des Faches gelesen – eine Sitte, die aus der Zeit stammt, wo der Lohn des Dozenten aus den Kollegiengebern bestand. Wenn sich der Hauptdozent mit der Anfängervorlesung befasst, wundert es, wenn er die Absolventen nicht mehr kennt? Dennoch fingiert man das alte Universitätssystem: der Student studierte so lange, bis er das Gefühl hatte, die Professoren würden ihn durch ein Examen nicht durchfallen lassen. Das Examen bestand dann in einem gelehrten Gespräch zwischen dem älteren und dem ihm wohlbekannteren jüngeren Forscher.

Die Fiktion, der Student sei ein junger Forscher, wird auch noch in der Dissertation mit ihrem Druckzwang aufrechterhalten. Forschen heisst aber doch, einem Problem auf den Grund gehen, auch wenn das Zeit braucht. Die moderne Universität will aber die knappen Plätze in ihren Bibliotheken, Laboratorien und Seminarien möglichst vielen zur Verfügung stellen und duldet keine Zauderer. Deshalb muss der Doktorand das Geschick haben, in Gebieten zu forschen, die in nützlicher Frist zu einem darstellungsfähigen Resultat führen. Belohnt wird also derjenige, der den Dreh heraus hat, Forscher zu spielen, ohne unbedingt einer zu sein.

Manche Fakultäten oder Abteilungen haben sich des Problems zu erwehren versucht, indem sie eigene Zwischen- und Abschlussklausuren einführen. Mit diesem soll der »Brotdudent« vom »Forschungsstudenten« getrennt werden; dem ersten genügt das Lizenziat, für den zweiten ist der Dokortitel. »Brot« und »Nicht-Brot« ist aber eine zu billige Dialektik, als dass man hiermit ein Problem gelöst hätte. Zu untersuchen wäre vielmehr die Effizienz der heute auf der Universität praktizierten Lehrmethoden, zu prüfen wäre auch eine Methode der Erfolgszuteilung, die den Kandidaten weniger einschüchert,

Erfahrung, deshalb ist ihr eine gewisse Neigung zu gedanklichen Kurzschlüssen und zur Nachfolge einleuchtender Vorbilder eigen. Der rechte Student ist dem Milieu seiner Herkunft bald entfremdet, vollzieht unter extremen Bedingungen einen wissensmässigen Aufstieg und wird in ein anderes Milieu entlassen, als das, aus welchem er herkommt ist. Dieses Typenbild will nun gar nicht auf den Schweizer Studenten stimmen.

Man denke nur schon an den hohen Anteil jener, welche während des Studiums bei ihren Eltern wohnen! In Zürich (Uni und Poly) sind es 45 Prozent; hinzu kommt, dass von den in Untermiete wohnenden Studenten 64 Prozent regelmässig am Wochenende heimfahren, weitere 15 Prozent ab und zu. Der verbleibende Rest, der wenigstens ein Semester lang ununterbrochen von zu Hause wegleibt, besteht vermutlich zu drei Vierteln aus Ausländern. Der Schweizer Student wird also nie ganz aus dem Familienverband, aus dem Kreis der Freunde und Mitschüler entlassen; er bleibt gebunden in Verhältnissen, in die er mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zurückkehrt. Die prägende Kraft studentischen Lebens ist unter diesen Umständen gering, geringer vermutlich als beispielsweise die der Rekrutenschule.

Je nach Einstellung kann man darin mehr Vorteile oder mehr Nachteile sehen; die aus diesen Bedingungen resultierende politische »Vernunft« unserer Studenten kann man als besondere Reife glorifizieren oder als hoffnungslose Einfalt abtun. Jedenfalls aber ist bei Studenten, welche derart stark in bestehende Verhältnisse verstrickt sind, die Aufnahmefähigkeit für alle jene Wissensgebiete vermindert, welche die herkömmlichen Vorstellungen abbauen oder umbauen. Informationen, welche den Filter der traditionellen Vorstellungswelt nicht passieren, fallen da auf taube Ohren.

Dieser Sachverhalte muss man sich auch immer dann bewusst sein, wenn man von der Gründung neuer Universitäten – in Aarau oder Luzern – spricht. Sofern diese Universitäten nur dazu dienen, den in der Nähe wohnenden Landeskindern die Fahrt nach Zürich oder Basel zu ersparen, tragen sie zu einer Modernisierung der Schweiz wenig bei.

Das formale und effektive System decken sich nicht

Das formale System, also der hierarchische und organisatorische Aufbau der Universität, wird heute viel analysiert und kritisiert. Im Zentrum der Kritik steht der Lehrstuhl, der Sessel des ordentlichen Professors. Der ordentliche Professor bildet die Spitze des jeweiligen Faches; infolgedessen ist er überladen mit wissenschaftlichen sowie mit administrativen Pflichten. Natürlich hat er Möglichkeiten, sich zu organisieren, er entlastet sich aber lieber durch Assistenten, Sekretärinnen und sonstige Angestellte als durch Personen, welche ihm mit den Pflichten auch Rechte abnehmen. Insbesondere wird er darauf achten, dass keine ranggleichen Fachkollegen auftreten, welche, weniger durch administrative Pflichten belastet, auf dem wissenschaftlichen Sektor mehr leisten als er. In dieser vom Ordinarius oft gefürchteten Rolle eines lachenden Dritten steht oft der ausserordentliche Professor, der an der eigenen Universität in jeder Hinsicht schlechter gestellt ist als der Ordinarius, sich aber durch seine wissenschaftliche Arbeit vielleicht bekannteren machen kann.

Die Welt der Professoren ruht auf jener der Assistenten und teilweise der Privatdozenten, die sich heute als »Mittelbau mit Recht bemerkbar machen. Unter den Bedingungen der rasch sich wandelnden Erkenntnis in der Wissenschaft sind ja gerade die jüngsten Wissenschaftler oft die produktivsten, insbesondere dann, wenn sie frische Auslandserfahrung haben. Mit Recht wird deshalb kritisiert, dass ihr Avancement von einer einzigen Person abhängt, die sich aber um keinen Preis einholen oder überholen lassen will. Hier ist wahrscheinlich einer der Punkte, in welchen sich die Universität nicht selber zu kurieren vermag, da das Organ, welches allein eine Reform durchführen kann, von einer solchen nur die Schwächung seiner Stellung erwarten kann.

Allen ernstzunehmenden Reformvorschlägen ist deshalb gemeinsam, dass an die Stelle der Lehrstühle die kolle-

giale Leitung von Abteilungen treten muss, wobei die Abteilung eine Instanz ist, welche im Umfang zwischen dem bisherigen Lehrstuhl und der Fakultät steht.

Wie überall, wo eine lebendige Gesellschaft in ein überaltertes Organisationschema eingepasst ist, bilden sich allerdaher halbhohe und inoffizielle Konfigurationen aus. Eine davon ist beispielsweise das wuchernde System der Institute.

Institute: Inoffizielle Königreiche

Die Institute kann man einteilen in kleine und grosse, ausserdem muss man unterscheiden zwischen Instituten »der« und »instituten« von der »Universität«. Kleine Institute dienen dazu, einem Professor, welcher sich anderweitig nicht die selbstverständlichen Mittel zu fruchtbarer Arbeit verschaffen kann, diese zu geben, nämlich ein Büro, ein Telefon und eine Dame, welche dafür sorgt, dass er nicht ständig in seiner Arbeit unterbrochen wird, zudem eine Handbibliothek und einen kleinen Kredit, um diese zu vermehren. Insofern sind kleine Institute eine ebenso harmlose wie notwendige Korrektur des formalen Systems. Grosse Institute aber sind ins Gigantische übersteigerte Lehrstühle, es sind die verlängerten Arme allmächtiger Professoren, welche neben ihren offiziellen noch ein inoffizielles Königreich errichten. Natürlich sind grosse Institute – unter den gegenwärtigen Bedingungen – auch notwendig; an ihnen geschieht wirksame Forschungsarbeit. Die kommende Universitätsreform aber wird darauf achten müssen, dass auch die Institute kollektiv geleitet werden und dass dann nicht an ihnen, dem Mittelbau, jene Rechte vorenthalten werden, die ihm an der Universität endlich zugestanden werden.

Was die Institute »von der« Universität anbelangt, so sind sie oft ans Kommerzielle grenzende Einrichtungen. Mit dem Namen der Universität werden

Forschungsaufträge eingehandelt, die abseits der Universität gegen Bezahlung durchgeführt werden. Das ist keineswegs tadelswert: diese Institute bieten rührigen Gelehrten die Möglichkeit, praxisnahe Forschungsziele aufzuziehen und zu beleben, und sie korrigieren auch die oft benachteiligte finanzielle Stellung einzelner Wissenschaftler. Die Assistenten der Institute »von der« Universität sind in Tuchfühlung mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit und finden von da aus oft bedeutende Stellen.

Wachstum und Reform

Infolge der wachsenden Studentenzahl, der veränderten Anforderungen an die Ausbildung und des Wachstums der Wissenschaft selbst verändert sich die Universität. Sie kann das in dreierlei Weise tun: in der heutigen Weise durch Wucherung und Aufspaltung, durch eine Reform oder mit Neugründungen. Schliesslich kann sie auch resignieren und den Numerus clausus verhängen oder ihre vornehmste Aufgabe, die Aufnahme ausländischer Gäste, einschränken.

Über die bisherige Wachstumsform der Wucherung und Aufspaltung und speziell über deren organisatorische und bauliche Folgen soll der nächste Artikel berichten, der in einem Monat folgt. Was die Reform anbelangt, so stellt sich als erste Frage, wer sie vollziehen kann. Wir sind in die unangenehme Situation geraten, dass jenes Organ der Gesellschaft, das dem Geschehen

woraus sein sollte und infolgedessen die Gesellschaft reformieren kann, stekengeblieben ist und sich nun nicht einmal mehr selber helfen kann. Die Reform der Universität kann weder durch die Organe der Universität noch allein durch die kantonalen Verwaltungen, welchen die Universitäten finanziell unterstehen, vollzogen werden. Die Universitätsreform ist eine Operation an einem der wichtigsten Glieder der nationalen Gesellschaft und muss sich unter der vollen Anteilnahme der Öffentlichkeit und ihrer politischen Organe vollziehen. Die Universitätsreform muss zum obersten Politikum der Schweiz werden. Den Aengstlichen, die vor solcher Publizität einer subtilen Sache zurückschrecken, rufen wir zu: Hier ist das einzige, das letzte Feld, auf welchem eine unruhig gewordene Jugend, eine sich zurückgesetzte Intelligenz sich mit den übrigen Kräften des Volkes öffentlich streiten und öffentlich versöhnen kann. Nicht nur der Universität, dem ganzen Staat wird eine solche Auseinandersetzung dienen.

Es ist leichter, einen neuen Organismus zu gründen, als einen alten zu reformieren. Diese Wahrheit ist der innerste Kern der Bestrebung zur Gründung neuer Universitäten. In Deutschland brauchte es die Gründung der Universität Konstanz, um der Organisation des Medizinstudiums einen neuen Impuls zu geben. Insofern, als eine Neugründung auf das ganze System zurückwirkt, lohnt sie sich auch. Sonst nicht.

Eingebettet im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Forschung

Die Universitätspolitik ist ein Teil der Bildungspolitik. Bildungspolitik – das gibt es ja in der Schweiz offiziell gar nicht, denn die Bildung ist Bestandteil der kantonalen Souveränität. Natürlich gibt es aber trotzdem eine Bildungspolitik, und selbst der Verzicht auf eine solche wäre ein Akt der Bildungspolitik. Auch das Schiff treiben zu lassen ist ein Entschluss des Kapitäns und führt zu bestimmten Resultaten.

Nun muss man sich nicht vorstellen, Bildungspolitik bestehe im souveränen Aufstellen von Lehrplänen und im Verteilen von Krediten gemäss einem generellen Forschungsplan. Die Universität ist auch Teil eines Wirtschaftssystems und eines sozialen Systems. Die Forschung und ihre Anwendung in der Wirtschaft, der militärischen Rüstung und an anderen Orten, und die Rückwirkungen dieser Anwendungen auf die Forschung bilden eine »Superstruktur«, die sich selber in Gang hält und die das Gesetz des Handelns diktiert. Wir können die Forschung und die Lehre nicht losgelöst sehen von Politik und Wirtschaft.

Unter diesen Aspekten sieht auch das Wissen selbst anders aus als das traditionelle Bild der Bildung: unser Wissen ist nicht eine ebene Fläche, die am Rande gegen das Unbekannte vorgeht, wobei alle darauf bedacht sind, das Feld recht lückenlos und rund sein zu lassen. Vielmehr ist dieses Wissen ein Fell voller Löcher und Taschen, an einigen Stellen breit ausgewalzt und weit vorangetrieben, an anderen vernachlässigt. Die Erweiterung des Wissens geschieht nicht im Bestreben, die Lücken auszugleichen, sondern ist diktiert eben von den Geschehnissen der »Superstruktur«. Der Anstoss zur Forschung kann von der Politik, der Wirtschaft oder der Forschung selbst kommen. In allen Fällen verbraucht die Forschung Geld und muss dieses beim Staat oder bei der Wirtschaft holen.

Derjenige, welcher diese Kredite gibt, ist nicht ganz ohne alle Nebenabsichten, kein desinteressierter Mäzen, sondern ein Mann, der versucht, selber etwas von der Sache zu verstehen und den Gang der Forschung so zu leiten, wie er es sich vorstellt. Der Forscher seinerseits ist auch in den Geschehnissen der Politik oder der Wirtschaft nicht ganz unbewandert, nicht zufällig hat er sein Forschungsgebiet ausgesucht und nicht zufällig seinen Kreditgeber gewählt.

In diesem Sinne gibt es weder eine Forschung ganz um ihrer selbst willen noch ein reines Mäzenatentum allein zur Förderung der Wissenschaft. Aufgabe der Universität kann es nicht sein, solche Reinheit herzustellen oder wiederherzustellen, falls es sie jemals

gegeben hat. Sie kann allein das Geschehen korrigieren, indem sie die Zustände bewusst macht, Transparenz und Publizität herstellt und die heimliche Bildungspolitik in eine öffentliche verwandelt. Dazu müsste aber die Universität zuerst sich selbst kennenlernen.

Wenn heute von studentischer Seite eine »kritische Universität« gefordert wird, so kann damit weder eine »parteiliche Universität« gemeint sein noch eine »reine Universität«, welche von allen Gegebenheiten unabhängig wäre. Als sinnvoll können wir den Ruf nach einer kritischen Universität nur akzeptieren, wenn damit eine Universität gemeint ist, welche Bildungspolitik bewusst macht und dazu verwendet, Politik zu treiben. Denn in der Bildung als dem Ort, welcher die Kultur und die Tradition einer Gesellschaft erhält und erneuert, steckt der eigentliche Gegenstand aller Politik.

Infrastrukturelle Voraussetzungen

Die Universität gedeiht nicht im luftleeren Raum, sondern sie wächst auf einem Nährboden; bei uns ist dieser die Stadt. In den Vereinigten Staaten und in England gibt es Universitäten, welche unabhängig sind von der Stadt, ihren eigenen Nährboden ausgebildet haben. Dazu braucht es entweder eine lange Tradition oder eine sehr grosse Universität oder sehr viel Geld pro Kopf des Dozenten und Studenten. Bei uns in unseren kleinen Dimensionen kann die Universität nur auf einer Stadt wachsen. Bieten also nur gerade die grössten Städte der Schweiz die Voraussetzungen für eine Universität? Bilden nur sie eine lebenswerte Umwelt, beispielsweise für einen auswärtigen Dozenten? Gewiss: man kann Biochemie dozieren, ohne ein Theater zu besuchen, ohne Konzerte beizuwohnen, und man kann die Kunstausstellungen auch sonntags mit dem Auto besuchen. Gewiss, Studenten können auch in Studentenheimen wohnen anstatt bei Professorinnenwitwen, sie können in der Kantine essen, im Aufenthaltsraum selber Beat-Musik machen und über Land spazieren, anstatt ins Kino zu gehen. Das alles kann man, wenn es sein muss.

Was man aber nicht kann, ist dozieren und wissenschaftlich arbeiten an einem Ort, wo kein Konsens mit der Bevölkerung besteht – dann ist man besser in einem Campus. Die Universitätsstadt muss eine reich entfaltete Gesellschaft haben; nicht die Honoratiorensgesellschaft früherer Zeiten, wie sie der von Honoratioren beherrschten Universität entsprach; sondern eine Gesellschaft, die wissen will, was auf dem Gebiete des Wissens geschieht, die teilnimmt, die fragt, die mitarbeitet und mitfeiert.



Freihof AG

Universitätsstrasse 11, 8006 Zürich

Telephon 47 08 33 / 32 24 07

Buchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare Buch
Grosse Auswahl an englischsprachigen Titeln

Wir möchten herausfinden, ob Sie ein zukünftiger SWISSAIR → PILOT sind !



Wir nehmen uns Zeit, wenn es um die Beurteilung Ihrer Ausbildungs- und Laufbahnchancen als künftiger Swissair-Pilot geht! Schliesslich hängt nicht nur Ihre zukünftige Lebensgestaltung, sondern auch unsere Zukunft davon ab. Die Swissair benötigt jährlich rund 50 neue Piloten, die einen steilen Aufstieg verkraften können! Sie und wir sind deshalb darauf angewiesen, dass nur Anwärter mit ausreichenden Fähigkeiten ausgebildet werden. Aus Sicherheitsgründen. Aus Kostengründen. Weder Ihnen noch uns wäre nämlich gedient, wenn Sie Ihre Linienpiloten-Ausbildung ungenügender Leistungen wegen abbrechen oder eine so attraktive Laufbahn vorzeitig aufgeben müssten.

Wir können es uns aber auch nicht leisten, Bewerber abzuweisen, die einen solchen Beruf erfolgreich ausfüllen würden! So haben wir auf Grund mehrjähriger Erfahrung ein dreistufiges Auswahlssystem entwickelt, das Gewähr für eine objektive und gültige Beurteilung Ihrer Voraussetzungen bietet.

Wenn Sie Ihre Bewerbung als Linienpilot eingereicht haben, laden wir Sie deshalb ein, folgende Stufen zu «nehmen»:

Die erste Stufe, die sogenannte Vorselektion, besteht aus einer Gruppenprüfung und einer persönlichen Besprechung. Ausserdem überprüfen wir Ihre Koordinationsfähigkeit. Auch wird Ihre Sehschärfe ärztlich untersucht.

Dann möchten wir wissen, wie Sie sich in Ihrem künftigen Arbeitselement bewegen und ob Sie sich darin wohlfühlen.

Deshalb besteht die **zweite Auswahlstufe** in einer fliegerischen Ab-

klärung im Vorkurs der Schweizerischen Luftverkehrsschule. Sie lernen während 14 Tagen kostenlos fliegen. Unsere Fluglehrer stellen fest, ob Sie so präzise und sicher fliegen lernen, wie sich das für einen künftigen Linienpiloten gehört. Reichen Ihre fliegerischen Anlagen aus, um nicht nur Kleinflugzeuge zu steuern, sondern einmal Linienmaschinen mit einem Maximum an Flugsicherheit im dichten Netz des Weltluftverkehrs zu navigieren? Sie selber werden sich die Frage stellen, ob Ihre Flugbegeisterung genügend solide ist, um aus dem Fliegen einen Beruf zu machen.

Damit Sie eine solche Laufbahn nicht vorzeitig abbrechen müssen, weil Sie etwa den Anforderungen der kommenden Flugzeug-Generationen nicht mehr gewachsen wären, oder aus medizinischen Gründen die Linienpilotenlizenz verlieren könnten, ist in unser Auswahlsystem noch eine **dritte Sicherheitsstufe eingebaut: die «Hauptselektion»**. In dieser letzten Abklärung werden Ihre Zukunftsperspektiven als Linienpilot der Swissair abgewogen. Es geht um die Frage Ihrer Laufbahnsicherheit in einem anspruchsvollen Berufsfeld, das sich ständig weiterentwickelt. Innerhalb der Eignungsuntersuchung findet auch die Aufnahmeprüfung an die Schweizerische Luftverkehrsschule statt. Sie ist einer Aufnahmeprüfung an ein Technikum vergleichbar. Haben Sie die Grundlagen in Mathematik, Physik, Geographie und Englisch, um der theoretischen Ausbildung an der SLS folgen zu können? Aufgabenbeispiele finden Sie in den Unterlagen.

Haben Sie auch diese Stufe genommen, so dürfen Sie Ihrer Ausbil-

dung hoffnungsvoll entgegensehen. Und wenn Sie die drei Semester der Luftverkehrsschule und den Umschulungskurs auf den Douglas DC-9, unser Basisflugzeug, abgeschlossen haben, werden Sie kaum einen ebenbürtigen Beruf finden, in dem Sie mit so sicheren Erfolgsaussichten Karriere machen können.

Schweizerische Luftverkehrsschule
Swissair AG/OSR, 8058 Zürich
Telefon 051/835611, intern 6140



Ich erfülle die Anmeldebedingungen als Linienpilotenanwärter (Schweizer Bürger, 20–25 Jahre, 3 Jahre Sekundarschule, abgeschlossene Lehre oder abgeschlossene Mittelschule, absolvierte Rekrutenschule, Englischkenntnisse). Senden Sie mir Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

PZ, Wohnort: _____

Strasse: _____